DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 16. August 1984 - D * * *

Nr. 191 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Deutsche Frage: Bemühungen des SPD-Politikers Apel, seine Äußerungen zur deutschen Frage zu relativieren, sind von Staatsminister Mertes (CDU) als unzureichend zurückgewiesen worden. Apel müsse „ohne wenn und aber zu der von Recht und Ethik gebotenen Aussage aller bisherigen Bundesregierungen zurückkehren, daß die deutsche Frage offen ist", sagte Mertes der WELT. (S. 8)

Innerdeutsche Grenze: Die „DDR" hat mit der Installierung eines neuen Alarmsystems begonnen, meldet der „Stern". Bei Berührung durch einen Flüchtling löse es einen „stillen Alarm" bei den „DDR"-Wachen aus. (S. 8)

Weltbevölkerungskonferenz: Mit einer 88 Empfehlungen umfassenden „Erklärung von Mexiko-Stadt" ist das zweite Treffen dieser Art zu Ende gegangen. Wegen einer Empfehlung, in der indirekt die israelische Siedlungspolitik kritisiert wurde, hatten die USA dem Gesamtpaket nur unter Vorbehalt zugestimmt. (S. 2 und 5)

Erzbischof: Angesichts seiner drohenden Abschiebung wegen angeblicher Beteiligung an Judenverfolgungen in Rumänien hat der rumänische orthodoxe Erzbischof Valerian Trifa die USA verlassen. Er flog nach Portugal.

Iran: Bei Vertrauensabstimmungen im Parlament verlor Ministerpräsident Mussawi ein Viertel seines Kabinetts. Auf Mißbilligung stieß die Amtsführung der Minister der Verteidigung, Gesundheit, Bildung, Industrie und des Hochschulwesens. Sie wurden abgesetzt.

Nicaragua: Erzbischof Orland y Bravo hat den vier Priestern in der Regierung eine Frist bis zum 31. August gesetzt, um ihre Ämter niederzulegen. Die Ausübung öffentlicher Ämter sei mit dem Priesteramt nicht zu vereinbaren.

Freier Handel: Israel und die USA wollen am 18. September ein Abkommen über eine Freihandelszone unterzeichnen. Durch den Wegfall von Zollbeschränkungen sollen israelische Exporte gefördert werden.

Terrorismus: In letzter Minute konnte im Zentrum von Jerusalem ein Sprengstoffanschlag verhindert werden. Die Zehn-Kilo-Bombe war in einem parkenden Auto entdeckt worden.

Reagan: Mit beißender Kritik reagierte der Ostblock auf den Bomben-Witz des Präsidenten. Moskau sprach von „Niedertracht" und einem „geheimen Traum, der an die Oberfläche rutschte".

ZITAT DES TAGES



» Keine andere Stadt, und gewiß nicht Bonn, will Berlin, der Hauptstadt der Deutschen, ihren historischen und geistigen Rang und ihre Zukunftsaufgabe für alle Deutschen streitig machen «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern bei seinem Antrittsbesuch in Bonn (S. 3) FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Die hohen Reallöhne in der Bundesrepublik haben eine Besserung der Beschäftigungslage nicht verhindert. Zu diesem Schluß kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Ländervergleich zwischen der Bundesrepublik und den USA. (S. 9)

Firmenpleiten: Die Zahl der Insolvenzen ist im ersten Halbjahr 1984 um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 6028 zurückgegangen. Im Juni war die Tendenz wieder steigend. (S. 9)

Energie: Für 1984 erwartet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung einen Zunahme des Energieverbrauchs um 2,5 Prozent und damit einen gleich großen Anstieg wie bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Argentinien: Die ausländischen Gläubigerbanken haben es abgelehnt, einen gestern fällig werdenden 125-Millionen-Dollar-Kredit zu verlängern. (S. 10)

Börse: Bei zunächst nur wenig veränderten Kursen kam es erst gegen Börsenschluß an den Aktienmärkten zu lebhafter Geschäftstätigkeit. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 144,2 (144,1). Dollarmittelkurs 2,8787 (2,8951) Mark. Goldpreis pro Feinunze 350,90 (354,00) Dollar.

KULTUR

Versteigerung: Um Bücher und Manuskripte der ehemaligen Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums ist in den USA ein heftiger juristischer Streit entbrannt. Ein Auktionshaus hatte sie trotz Einspruchs jüdischer Gelehrter und Organisationen versteigert. (S. 15)

J. B. Priestley: Der britische Schriftsteller („Ein Inspektor kommt") ist einen Monat vor seinem 90. Geburtstag gestorben. Als Romancier, Essayist, Theater-, Fernseh- und Rundfunkautor war Priestley eine der wichtigsten literarischen Figuren seines Landes in diesem Jahrhundert.

SPORT

Fußball: Bernd Schuster vom FC Barcelona hat spanischen Journalisten mitgeteilt, er werde nie wieder in der deutschen Nationalmannschaft spielen. Grund: Franz Beckenbauer habe über ihn gesagt: „Außer dem großen Mundwerk muß er nun Taten zeigen."

Radsport: Der ehemalige Vize-Weltmeister Dietrich Thurau (Frankfurt) sagte seine Teilnahme an den Weltmeisterschaften Ende August in Barcelona aus gesundheitlichen Gründen ab. Thurau wollte ursprünglich im Punktefahren an den Start gehen.

AUS ALLER WELT

Boeing: Die Produktion des erfolgreichsten Verkehrsflugzeugs der Welt, der Boeing 727, ist nach über 20 Jahren eingestellt worden. 1832 Stück wurden gebaut. (S. 16)

Kranzler: Das traditionsreiche Café am Berliner Kurfürstendamm unterzieht sich einer Schönheitskur. Für 40 Millionen Mark baut der neue Hausherr, ein Schweizer Unternehmen, das Kranzler-Eck um. (S. 3)

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Schauer. 18 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bangemann: Koalition steht im „Zwang zur Einigkeit"

Kein Abschied vom Freiburger FDP-Grundsatzprogramm / WELT-Interview

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der im Februar Hans-Dietrich Genscher als FDP-Vorsitzenden ablösen soll, sieht für die Bonner Koalition einen „Zwang zur Einigkeit". Gleichzeitig warnte er in einem WELT-Interview vor einem Bündnis der SPD mit den Grünen. Seine eigene Partei müsse sich darüber im klaren sein, daß sie nicht „Wanderer zwischen zwei oder drei Welten" sein könne. Sie habe eine Chance, wenn sie sich als Partner im Koalitionsbündnis verstehe. Für die FDP sei heute Geschlossenheit nötiger als je zuvor. Mit Bangemann sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Bangemann, wie beurteilen Sie den gegenwärtigen Zustand der Koalition?

Bangemann: CDU, CSU und FDP müssen sich vor Augen halten, daß diese Koalition heute und auf absehbare Zeit die einzige Möglichkeit ist, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Schon von daher ergibt sich ein Zwang zur Einigkeit. Ich glaube, daß im Bewußtsein dieser Chance und dieser Notwendigkeit auch ein großer Wille zur Einigkeit vorhanden ist. Natürlich gibt es um so mehr Versuche der Koalitionspartner, sich zu profilieren, je näher eine Wahl rückt. Aber es darf nicht so weit getrieben werden, daß darunter dieser Wille zur Einigkeit und auch zum gemeinsamen Erfolg leidet.

WELT: Ist nicht gerade Ihre Partei, die FDP, auf Profilierung aus?

Bangemann: Nichts wäre schädlicher für die CDU, für die CSU und auch für uns, als wenn wir den Versuch machen würden, uns auf Kosten des anderen zu profilieren. Das bringt nichts, weil man im Grunde genommen dem anderen nichts wegnehmen kann, ohne allen zu schaden.

WELT: Nun heißt es in der Union, die FDP müsse die Fünf-Prozent-Hürde alleine überwinden.

Bangemann: Das halte ich durchaus für vernünftig. Im Wahlkampf sind wir Wettbewerber. Und warum soll da einer dem anderen etwas schenken? Etwas anderes ist es, wenn beispielsweise die CDU/CSU in ihrer Gesamtheit ganz bewußt und gewollt darauf aus wäre, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Daraus würde sich etwas entwickeln, das für die Union, aber auch für die Mehrheit der Koalition gefährlich werden würde. Deshalb habe ich auch die Erklärung der CSU begrüßt, ihr Wahlziel sei es, eine Stimme mehr als die SPD und die Grünen zusammen zu erreichen. Das ist eine exakte und koalitionsförderliche Beschreibung eines Wahlziels.

WELT: Sehen Sie die Gefahr von rot-grünen Bündnissen nach den Landtagswahlen im kommenden Jahr?

Bangemann: Der Spitzenkandidat der SPD im Saarland, Oskar Lafontaine, hat das ja schon für den Fall eines Erfolgs gesagt. Das wird sicher auch für Berlin oder Nordrhein-Westfalen trotz gegenteiliger Behauptungen von Johannes Rau und Hans Apel gelten. Denn was man von solchen Behauptungen im Ernstfall zu halten hat, hat ja in Hessen Holger Börner gezeigt: Erst hat er die Grünen mit der Dachlatte verprügeln wollen, und dann hat er sie ihnen als Krückstock geschnitzt und verziert übergeben. Darauf werden wir uns bei den Landtagswahlen und vor al-

● Fortsetzung Seite 8

Mondale für gerechten Anteil Europas

Rechnungshof: US-Verteidigungskosten sinken auch bei höherer Beteiligung der Alliierten nicht

rtr, Little Rock/Washington

Auch der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Walter Mondale, hat jetzt von den europäischen Verbündeten der USA einen höheren Beitrag zu den Verteidigungskosten gefordert. In Little Rock (US-Bundesstaat Arkansas) sagte Mondale, es sei bald so weit, daß die USA mehr für die Verteidigung Westeuropas ausgäben als die Westeuropäer selbst.

Die USA hätten 50 Milliarden Dollar für den Bau von 1 400 modernen Kampfflugzeugen zur Verteidigung Westeuropas aufgewendet, die Europäer aber nicht einmal eine Milliarde, um Stützpunkte für diese Flugzeuge zu errichten. Präsident Reagan warf er vor, die Europäer nicht davon überzeugt zu haben, ihren gerechten Anteil an den Verteidigungskosten zu übernehmen. Er werde dies tun, falls er gewählt werde, sagte Mondale.

Erst vor wenigen Tagen hatte der amerikanische Kongreß die Verbündeten gewarnt, daß der Druck nach Rückführung der in Europa stationierten US-Streitkräfte steigen werde, falls sie nicht einen angemessenen Anteil an den Verteidigungslasten übernähmen (WELT v. 13. August).

Nach Ansicht des amerikanischen Rechnungshofes (GAO) werden die US-Kosten für die NATO auch in Zukunft nicht sinken. Daran änderten auch die mit den europäischen Verbündeten ausgehandelten Programme zur Kostenbeteiligung an den gemeinsamen Verteidigungsausgaben nichts. Allerdings werde durch die steigenden Verpflichtungen der Alliierten die Verteidigungskraft der Allianz gestärkt.

In dem GAO-Bericht wird ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten den wesentlichen Teil der laufenden Kosten für Aufstellung, Betrieb und Wartung der in Großbritannien aufgestellten Marschflugkörper auf sich nähmen. Großbritannien werde weniger als ein Prozent der in den nächsten zehn Jahren benötigten 1,6 Milliarden Dollar dafür aufbringen.

Die USA könnten zwar diese Kosten durch den Abzug von Truppen aus Westeuropa senken, hieß es in dem Bericht. Der Rechnungshof warnte aber gleichzeitig davor, daß eine solche Maßnahme unter bestimmten Umständen auch zu einer Kostenexplosion führen könne, falls die USA nicht gleichzeitig ihre Verpflichtungen in der NATO einschränkten. Nach den Angaben des Rechnungshofes haben die Vereinigten Staaten 1982 mit 122,3 Milliarden Dollar 56 Prozent der Verteidigungsausgaben der westlichen Allianz bestritten.

Will Kreml NATO-Strategie unterlaufen?

Modernisierte Kurzstrecken-Raketen mit konventionellem Sprengstoff Gefahr für Westen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der NATO ist eine neue sowjetische Bedrohung erkannt worden. Es handelt sich um das in der Modernisierung begriffene Potential an sowjetischen Kurzstrecken-Raketen, die auch mit einem konventionellen Gefechtskopf ausgerüstet werden können. Ohne zu Nuklearwaffen greifen zu müssen, verschafft sich die Sowjetunion nach diesen Erkenntnissen eine Option, Ziele im tiefen Hinterland der NATO-Staaten mit ballistischen Raketen angreifen zu können. Das Problem wird in der NATO seit geraumer Zeit gesehen, obwohl Kritiker glauben, daß es noch nicht mit dem gebotenen Ernst in den alliierten Gremien behandelt worden ist.

Ausgangspunkt der westlichen Erkenntnisse ist die seit einigen Jahren anhaltende Modernisierung sowjetischer Kurzstrecken-Raketen durch die neuen Waffen SS-21, SS-22 und SS-23. Sie haben eine Reichweite von 120 bis 1000 Kilometern. Was sie gegenüber den älteren Modellen, die in der NATO die Bezeichnungen „Frog", „Scud" und „Scaleboard" tragen, auszeichnet, ist ihre größere Treffgenauigkeit. Dadurch können sie mit der Aussicht auf Erfolg auch mit konventionellem Sprengstoff ausgerüstet werden und würden vor allem mit moderner „Sub-Munition" zu einer gefährlichen Waffe werden. Bei „Sub-Munition" handelt es sich um eine Vielzahl kleiner Sprengkörper, die ausgestreut werden.

Mit diesen konventionellen Raketen könnte die Sowjetunion Flugplätze und Luftverteidigungsanlagen der NATO angreifen. Sie wäre auch in der Lage, wichtige Häfen für die Versorgung und das Heranführen alliierter Verstärkungen, beispielsweise Rotterdam, Antwerpen und Bremerhaven, unter Feuer zu nehmen. Schließlich könnten sie versuchen, die Atomwaffen der NATO mit konventionellen Mitteln zu vernichten, obwohl diese Option wenig Glaubwürdigkeit besitzen würde.

Alliierte Experten sehen nicht ohne Sorge, daß die Sowjetunion auf dem besten Wege ist, sich hier ein System zu verschaffen, über das im Westen zwar viel geredet wird, das aber weder vorhanden ist noch in absehbarer Zeit zur Verfügung gestellt werden kann: Gemeint ist die Modernisierung mit weitreichenden konventionellen Waffen zur Bekämpfung der den sowjetischen Angriffstruppen nachfolgenden Verbände.

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat die Ausrüstung mit Waffensystemen dieser Art zwar immer wieder gefordert, geschehen ist im Westen jedoch bisher so gut wie nichts. Einer der Gründe: Der Bau dieser Waffen ist mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden.

Insgesamt wird die Sowjetunion voraussichtlich 1455 neue Kurzstrecken-Raketen in Dienst stellen. Ein

■ Fortsetzung Seite 8

Sekretärinnen – hoch bezahlt

A. TÄNZER, Gummersbach

Die deutschen Sekretärinnen gehören zu den höchstbezahlten der Welt, aber ihre Gehälter differieren je nach Erfahrung, Funktion und Region beträchtlich – um bis zu dreißig Prozent. Eine Phonotypistin bringt es im Durchschnitt auf 2437 Mark monatlich, die Chefsekretärin überspringt dagegen bereits leicht die 4000-Mark-Grenze. Das ergibt die neueste Gehaltsstudie der Kienbaum-Personalberatung GmbH, Gummersbach, über die Vergütungsstruktur von Schreib- und Bürokräften im Jahre 1984.

Entscheidend für die Bezahlung ist weniger die Ausbildung, sondern in erster Linie die ausgeübte Funktion der Bürokräfte. Die höheren Anforderungen an Qualifikation und Verantwortung spreizen die Verdienstskala beträchtlich. Kaum weniger gehaltsbestimmend ist die Region, in der das arbeitgebende Unternehmen seinen Sitz hat. Das Gefälle zwischen Stadt und Land verursacht nicht selten Gehaltsunterschiede von zwanzig bis dreißig Prozent. Am höchsten werden die Sekretärinnen in drei deutschen Großstädten bezahlt: Frankfurt, Düsseldorf und Köln. Ihre monatlichen Bezüge liegen um rund zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Am unteren Ende der Gehaltsskala rangieren die Sekretariatskräfte in Kleinstädten und Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern. Im Schnitt müssen sie sich mit zehn Prozent weniger als im Bundesdurchschnitt zufrieden geben. Die Studie nennt die Gehaltsunterschiede „beträchtlich", erklärt sie jedoch nicht mit den in Stadt und Land unterschiedlichen Lebenshaltungskosten. Entscheidend sei vielmehr die spezielle Arbeitsmarktsituation am Ort.

Eine Abteilungssekretärin in München beispielsweise bringt es auf 3263 Mark brutto im Monat, in einer ländlichen Gemeinde mit 15 000 Einwohnern dagegen nur auf 2920 Mark. Eine Telefonistin in Hamburg kann 2880 Mark auf ihren Gehaltskonto verbuchen, in einer Kleinstadt jedoch nur 2400 Mark.

Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich beachtliche Spannen, die umso stärker auseinanderdriften, je höher die Sekretariatsfunktion ist. So kann die Leiterin eines Schreibbüros weniger als 2000, aber ohne weiteres auch mehr als 6000 Mark verdienen. Ferner ergab die Studie, daß die Vergütung stark vom Lebensalter geprägt ist. Darin kommt nach Aussage der 327 befragten Unternehmen (über 10 400 Positionen) vor allem die Berufserfahrung zum Ausdruck. Eine etwa zwanzigjährige Anfangssekretärin bringt es auf 2200 Mark monatlich, mit 35 Jahren hat sie 3300 Mark erklommen.

Die Größe des Unternehmens beeinflußt das Gehalt der „guten Bürogeister" nur wenig. Die Chefsekretärin im Großbetrieb übertrifft den Durchschnitt um zehn Prozent, die einfache Schreibkraft liegt rund fünf Prozent darunter. Die meist besseren Sozialleistungen in Großunternehmen gleichen dies jedoch aus. Bemerkenswert sind die Branchenunterschiede: Spitzenreiter sind die Sekretärinnen in der Datenverarbeitung und Bürotechnik mit 3518 Mark, es folgen Transport und Verkehr (3255) sowie Chemie und Mineralölverarbeitung (3246), während Holz und Papier mit 2499 Mark monatlich das Schlußlicht bildet.

International haben deutsche Sekretärinnen die Bronzemedaille errungen: Die Damen in Düsseldorf beispielsweise liegen mit einem Bruttojahreseinkommen (1983) von 40 000 Mark auf Platz drei hinter Zürich und Kopenhagen.

DER KOMMENTAR

Berlin

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Der Bundespräsident steht über der Tagespolitik. Gleichwohl kommt es vor, daß er die Notwendigkeit erkennt, einen entgleisenden Parteienstreit zurechtzurücken und verbiesterte Kampfhähne auf den Boden der staatspolitischen Gemeinsamkeit zurückzuholen. Dann findet ein einfallsreicher Bundespräsident zur rechten Zeit die richtige Gelegenheit, das Gebotene unanfechtbar zu sagen. Wie zum Beispiel Richard von Weizsäcker gestern in Bonn.

Das deutsche Staatsoberhaupt machte seinen Antrittsbesuch in der Bundeshauptstadt. Mancher könnte meinen, Weizsäcker habe der gastgebenden Stadt eine grobe Unfreundlichkeit gesagt, als er anmerkte, Bonn sei keineswegs die „Hauptstadt unseres Vaterlandes, die Hauptstadt Deutschlands"; keine andere Stadt, „und gewiß nicht Bonn", wolle Berlin den Rang als „Hauptstadt der Deutschen" streitig machen. Doch der Bundespräsident tat Bonn keinen Tort an. Er sagte nur, was der Oberbürgermeister der Bundeshauptstadt genauso sagen würde. So sehr Bonn als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland auch reüssiert, es bleibt dabei: diese Bundeshauptstadt will und kann Berlin weder seinen historischen und geistigen Rang noch seine „Zukunftsaufgabe für alle Deutschen" (Weizsäcker) abnehmen.

Hatte Hans Apel, der sozialdemokratische Spitzenkandidat für die Berlin-Wahl im März, nicht gerade Streit mit der Behauptung vom Zaun gebrochen, die deutsche Frage sei nicht mehr offen? Und hatte Egon Bahr nicht als Virtuose politischer Semantik den Eindruck zu erwecken versucht, der Bundespräsident könne mit seinem „Newsweek"-Interview als ein Kronzeuge Apels in Anspruch genommen werden?

Weizsäcker verlor darüber kein Wort. Und doch war alles, was er sagte, eine Antwort. Der sozialdemokratische Spitzenkandidat für Berlin kann nicht treffender widerlegt werden als durch die Gegenüberstellung der Aufgaben Berlins und Bonns.

Der Bundespräsident vertritt über allen Parteien das Allgemeine unserer Nation. Hoffentlich hat Hans Apel Ohren zu hören. Bei aller Heftigkeit des Wunsches nach politischer Bewegungsfreiheit, es ist demokratische Tugend, sich in die Staatsräson zu fügen. Und die Staatsräson sagt: Berlin ist die „Hauptstadt Deutschlands", es hat eine „Zukunftsaufgabe für alle Deutschen".

Und diese Zukunft geben wir nicht preis.

Gensche reist im November nach Warschau

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird in der zweiten Novemberhälfte als erster westlicher Außenminister nach der Aufhebung des Kriegszustandes Polen besuchen. Wie gestern bekannt wurde, ist zwischen Bonn und Warschau ein Termin ausgehandelt worden, der jedoch erst nach Festlegung weiterer Einzelheiten veröffentlicht werden soll.

Genscher hatte eine Polen-Reise schon seit längerem im Auge, war zu ihrer Realisierung jedoch erst nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen bereit. Dazu gehörte die Beseitigung aller Hindernisse für das kirchliche Hilfsprogramm zugunsten der polnischen Landwirtschaft. Genscher hat den Dialog mit Warschau in jüngster Zeit mehrfach als wichtig bezeichnet und die Beziehungen zu Polen als „einen der bedeutsamsten Aspekte unserer Außenpolitik" charakterisiert. Wahrscheinlich hat die Aufhebung verschiedener Boykottmaßnahmen der USA zu Genschers Entschluß beigetragen, seine Reise nunmehr fest zu vereinbaren.

Äußerungen des Bundesaußenministers zur Ost-Politik und vor allem zu den deutsch-polnischen Beziehungen waren in der vergangenen Woche von den Warschauer Medien – trotz genereller Beteiligung an der gegen Bonn gerichteten sowjetischen Propaganda-Kampagne – mit gewissen Vorbehalten positiv bewertet worden. So erklärte „Zycie Warszawy", die Äußerungen Genschers seien „ihrem Tenor und Inhalt nach" zwar „wertvoll, aber nicht repräsentativ für die Politik der BRD".

Diepgen erinnert Apel an die Lage Berlins

DW. Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), hat gestern den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und Berliner SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel aufgefordert, ein „unmißverständliches Bekenntnis" zu der „unbestreitbaren Tatsache" abzulegen, „daß die deutsche Frage nach wie vor offen" sei. In einer Erklärung betonte er, daß „Berlin und seine politische Situation ohne das Bewußtsein über den inneren Zusammenhang mit der offenen deutschen Frage" nicht begriffen werden könne. Deutschlandpolitik „ist ohne die Zielsetzung der Einheit der Nation nicht denkbar".

Im anhaltenden Streit um die Äußerung Apels hat SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski die Bundesregierung aufgerufen, das „unsinnige öffentliche Gerede" darüber schleunigst zu unterbinden. Im SPD-Pressedienst schrieb Wischnewski, diese Aufforderung richte er in Übereinstimmung mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß insbesondere an Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher. Der SPD-Politiker fügte hinzu, andernfalls wäre der bevorstehende Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker gefährdet. Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen ging gestern über Apels Äußerung noch hinaus. Er schlug gleichzeitig die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft vor, wie sie von Ost-Berlin seit langem gefordert wird.

Seite 8: Aussage zurücknehmen

SPD und Grüne fordern besseren Bodenschutz

Innenministerium kündigt Entwurf für umfassendes Konzept an

rtr, Bonn

SPD und Grüne haben von der Bundesregierung gestern umfangreiche Maßnahmen zum Schutz des Bodens und Wassers verlangt. Die SPD legte ein eigenes Bodenschutzkonzept vor. Der Regierung, die am selben Tag für den Herbst ein umfassendes Konzept ankündigte, hielt sie vor, auf diesem Gebiet bisher nichts unternommen zu haben. Die Grünen schlugen ein Programm zur Verbesserung des Wasserschutzes vor.

Der SPD-Abgeordnete Freimut Duve wies darauf hin, daß pro Jahr mehr als zwei Zentner Schwefeldioxid auf jeden Hektar Boden niedergingen. Andere Umweltschutzmaßnahmen müßten Stückwerk bleiben, wenn sich nicht alle Nutzer und Verschmutzer des Bodens zu einer „gemeinsamen Jahrhundertanstrengung" zusammenschlössen.

Das SPD-Konzept verlangt u. a. ein Schadstoffabgabegesetz, das die Einführung schadstoffarmer Produktionstechniken begünstigen soll. Verringert werden sollen die Abfallentstehung, die Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft und der „Landschaftsverbrauch" durch flächensparendes Bauen. Die SPD fordert ferner eine Erhöhung der Abwasserabgabe und die Einführung der Verbandsklage in das Naturschutzrecht.

Die Grünen treten in ihrem Wasserschutzprogramm dafür ein, den Wasserverbrauch auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Die Industrie forderten sie auf, ihren Verbrauch durch Einrichtung eigener Wasserkreisläufe vom Grundwasser abzukoppeln.

Den von der SPD erhobenen Vorwurf der Untätigkeit an die Bundesregierung wies CDU-Sprecher von Tiesenhausen entschieden zurück. Die SPD selbst habe den Umweltschutz 13 Jahre lang verschlafen; Taten könne bisher allein die Regierung Kohl aufweisen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Spranger (CSU), kündigte für Beginn nächster Woche einen Entwurf für ein Bodenschutzkonzept an, der noch im Herbst dem Kabinett zugeleitet werden solle.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Palaver und Polemik

Von Werner Thomas

Die Bevölkerungskonferenz in Mexico City ist nach bewährtem UN-Motto verlaufen: viel Geschrei und wenig Wolle, und: Der Westen soll zahlen, aber wenn er das mit Auflagen verbindet, so verletzt er unsere Souveränität. Die Autoren des Schlußdokuments hatten ihre liebe Mühe, durch Vagheit amerikanische und sowjetische Wünsche zu berücksichtigen.

Die Amerikaner lancierten immerhin einen Hinweis auf die freie Marktwirtschaft. Die Sowjets verankerten die Notwendigkeit der Abrüstung und des Friedens – hier ohne Seitenhieb auf die angeblich friedensgefährdenden „aggressiven Kreise des Imperialismus", von denen der Delegierte Newsorow in seiner Rede noch Bewegendes zu sagen gewußt hatte.

In alledem aber ist bereits der Fluch solcher Konferenzen beschlossen: daß man, indem man mit mehr oder weniger routinierter Kommuniqué-Artistik Differenzen überbrückt, der Sache nicht weiterhilft. Die Amerikaner haben immerhin ein gewisses Signal gegen den Konsenszwang auf dem niedrigsten intellektuellen Nenner – „aus Rücksicht auf die Gefühle der Entwicklungsländer" – gesetzt, indem sie sich nicht einfach zu Handlangern der Abtreibung machen ließen. Der übelste Vorgang aber war die so routiniert wie unzulänglich kaschierte Resolution gegen die Siedlungspolitik.

Der amerikanische Delegierte hat den versammelten Polemikern mutig die Stirn geboten; die deutsche Vertretung hat, wie üblich, gar vorsichtig stillgehalten. Da gibt es wohl noch lange keine Wende zu Mut und Ehrlichkeit. Wie wäre es, wenn die Deutschen einmal so einer Konferenz die Meinung sagten? Etwa, daß Überbevölkerung und Hunger nichts mit der Frage zu tun haben, wie die Israelis der arabischen Kriegsbedrohung begegnen. Und daß, wer solche Themen zu solchem Anlaß an den Haaren herbeizieht, damit nur seine Unseriosität und sein Desinteresse an der Not in der Dritten Welt entlarvt.

Der Hochzeitslader

Von Heinz Barth

Treibminen läßt Libyens Khadhafi, der Prophet mit den Augen eines blutdürstigen Wiesels, nicht nur im Roten Meer fallen. Politische Treibminen zu säen, war schon immer seine Passion. Der visionäre Fundamentalist versuchte sein Land, als sei es eine panarabische Odaliske, schon mit allen islamischen Ländern zu verheiraten, die darüber mit sich reden ließen.

1973 probierte er es mit dem Ägypten Sadats, mit dem er sich bald überwarf. Die Schuhe Nassers, die er sich anziehen wollte, erwiesen sich als zu groß. 1980 proklamierte er mit Syrien einen neuen Einheitsstaat, der den Zionismus vernichten sollte. Das währte nicht lange. 1981 brachte die Khadhafi-Paktitis ein anti-westliches Bündnis mit Äthiopien und Südjemen zustande, das bedeutungslos blieb.

Als der Libyer im Machrek, dem arabischen Osten, keine Partner mehr für seine gefürchteten Umarmungen fand, schaltete er auf den Maghreb, den arabischen Westen, um. Zum nächsten Anschluß-Kandidaten hatte er das prowestliche Tunesien Bourguibas erkoren – eine Idee von exquisiter Sinnlosigkeit, die prompt mit Ehekrach noch vor der Hochzeit endete. Die Rache an der widerspenstigen Braut folgte auf dem Fuß, als Khadhafi Unruhen in Tunesien organisieren und Ölleitungen sprengen ließ.

Der letzte Kandidat für seine politischen Zärtlichkeiten ist der unwahrscheinlichste von allen – König Hassan II. von Marokko. Man traf sich in Oujda an der algerischen Grenze und harrte des Dritten im Bund, des algerischen Staatschefs Chadli, um das grandiose Khadhafi-Projekt eines Groß-Maghreb zu verwirklichen. Doch Chadli kam nicht zum Rendezvous. Er mochte sich weder der Führung des unsteten Libyers anvertrauen, noch ihm verzeihen, daß dieser nach jahrelangem gemeinsamen Kampf die Polisario verraten hatte.

Denn im Streit um die Westsahara ist Marokko Sieger geblieben. Hassan, Amerikas zuverlässigster Verbündeter in Nordafrika, zahlte dafür einen mäßigen Preis. Er versprach, Libyen im Tschad zu unterstützen und Khadhafi nicht in seinen Träumen von einem Vereinigten Maghreb zu stören. Aus diesen wird so wenig wie aus anderen panarabischen Zusammenschlüssen. Der König hat das Geschäft gemacht und bewiesen, daß er schärfer denken kann als der wirrköpfige Diktator.

Entlarvend

Von Enno v. Loewenstern

Ronald Reagan ist ein „Schwerkrimineller", ein „Massenmörder", ein „Irrer", ein „offenbar unzurechnungsfähiger Greis". Diese indirekt oder direkt auf den Präsidenten gemünzten Äußerungen finden wir nicht in der „Prawda", sondern in einem Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ihr Pressedienst PPP gießt diese Kübel über Reagan aus nach dessen Scherz in einem Mikrophontest, er habe soeben die Sowjetunion für vogelfrei erklärt und in fünf Minuten starteten die Bomber. Dazu der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt: Reagan habe sich „entlarvt".

Nun kann man gewiß Reagans Scherz geschmacklos nennen. Wer nie zynische Witze in kleinem Kreis reißt, werfe den ersten Stein. In den ersten Tagen des Radios verlor ein österreichischer Ansager seinen Posten, als er nach den üblichen salbungsvollen Gutenachtworten ein: „Und ihr könnt mich alle ...!" nachschob in der Annahme, das Mikrophon sei schon abgeschaltet. Man darf sich eben nicht erwischen lassen von denen, die selber noch nicht erwischt wurden.

Aber: „entlarvend"? Natürlich hat Reagan sich diesen Witz eben deshalb geleistet, weil er nicht so denkt. Er machte sich das Vergnügen, einmal so daherzureden, wie es ihm von den Hysterikern der Apokalypse in den Mund gelegt wird, um diese zu karikieren. Übrigens: Daß Andropow angeblich einmal einem russischen Bankettgast ein Glas über die Länge des Tisches gab mit den Worten: „Sie sehen, der Arm des KGB reicht weit!", wurde gerade in Amerika als Indiz dafür angesehen, daß der Mann Humor habe und man also mit ihm reden könne.

Die Entrüstung über Reagan wäre legitim, wenn sie augenzwinkernd hinter vorgehaltener Hand – und bei garantiert abgeschaltetem Mikrophon – sagte: Wir haben ihn schon verstanden, aber wir lassen uns die Gelegenheit nicht entgehen. So etwa, wie Mondale verhalten bemerkt, er finde das nicht witzig. Ausdrücke wie „Massenmörder" und „Irrer" allerdings lassen vermuten, daß bestimmte Kreise von ihrem Antiamerikanismus in einen vielleicht nicht „unzurechnungsfähigen", aber jedenfalls nicht mehr urteilsfähigen Zustand hineingetrieben wurden. Den Russen immerhin trauen wir zu, daß sie Reagan verstanden haben.



Freie Bahn dem Richtigen KLAUS BÖHLE

Gewaltverzicht hoch zehn

Von Bernt Conrad

„Gewaltverzicht" heißt das Zauberwort, mit dem die Verkrustungen zwischen West und Ost aufgebrochen werden sollen. Es ist mehr als eine Mode, es ist, auf neudeutsch gesagt, ein Trend. Und alle, alle hängen ihm an: Kohl und Genscher, Bahr und Honecker, Gromyko und Ceausescu. Ein Begriff, dem so viel Zuneigung entgegengebracht wird und der gleichzeitig an vielen Punkten der Erde, wie in Afghanistan, so brutal mit der Wirklichkeit kollidiert, verdient es, genauer unter die Lupe genommen zu werden.

Tatsächlich war der Gedanke schon 1945 am Ende des Zweiten Weltkrieges aktuell, nachdem man früher eher von Nichtangriffspakten sprach. Sämtliche Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen unterwarfen sich bei der Gründung mit Artikel 2 der UNO-Charta einem strikten Gewaltverbot, das noch heute gültig ist. Was die Sowjetunion nie daran hinderte, im „eigenen" Bereich mit brutalen Mitteln für Gehorsam zu sorgen und in allen übrigen Ecken der Welt blutige „Befreiungs"-Kriege anzuheizen, wo immer sie sich davon eine Ausbreitung ihrer Macht versprach.

Bereits in jenen frühen Jahren aber bemühte sich die Bundesregierung unter Konrad Adenauer, das Thema als Ansatzpunkt für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zum Osten zu benutzen. 1956 erklärte sie sich in einer in Moskau überreichten Note zu einem verbindlichen Gewaltverzicht gegenüber der Sowjetunion und anderen östlichen Nachbarländern bereit. 1959 brachte sie die Idee im Vorfeld der Genfer Außenministerkonferenz noch einmal ins Spiel. Beide Male stellte der Osten unakzeptable Vorbedingungen.

Das gleiche erlebte Bundeskanzler Ludwig Erhard mit seiner „Friedensnote" vom 25. 3. 1966, die den Vorschlag von Gewaltverzichtserklärungen ebenso wieder aufnahm wie die Regierungserklärung seines Nachfolgers Kurt-Georg Kiesinger am 12. 12. 1966.

Erst als sich die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt zu erheblichen Zugeständnissen an die politischen und rechtlichen Forderungen des Kreml bereit fand, wurde ein gegenseitiger Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt im Moskauer Vertrag vom 12. 8. 1970, im Grundlagenvertrag mit der „DDR" und in den anderen Ostverträgen niedergelegt. 1975 folgte die besonders unmißverständlich formulierte Verpflichtung zum Gewaltverzicht in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Dies alles hätte eigentlich reichen müssen. Doch ausgerechnet die Sowjets, deren Breschnew-Doktrin über die eingeschränkte Souveränität kommunistischer Bruderstaaten dem Gewaltverzicht direkt widerspricht, hatten noch längst nicht genug. Sie veranlaßten 1983 eine Initiative des Ostblocks für einen Gewaltverzichtsvertrag zwischen den Mitgliedern des Warschauer Paktes und der NATO. Anfang 1984 wiederholten sie den Vorschlag auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE); er liegt noch heute auf dem Tisch.

Der Westen reagierte darauf mit verständlicher Skepsis. Denn welch anderen Sinn konnte eine derartige Inflationierung des Gewaltverzichts haben, als von eklatanten Verletzungen der Gewaltlosigkeit – etwa in Afghanistan, Indochina, Polen oder an der innerdeutschen Grenze – abzulenken und gleichzeitig die durch eine Übermacht sowjetischer SS-20-Raketen bedrohten Westeuropäer mit Friedensphrasen einzulullen? In ungewollter Bestätigung dieses Verdachts hat Moskau im bisherigen Verlauf der KVAE-Beratungen allen westlichen Vorschlägen für konkrete vertrauensbildende Maßnahmen seine Zustimmung verweigert. Gromyko und die sowjetischen Generäle – das wurde in Stockholm klar – wollen sich hinter dem Schutzschild neuer Gewaltverzichtserklärungen nicht in die militärischen Karten schauen lassen.



Auch seine Vorschläge wurden höhnisch abgewiesen: Erhard FOTO: SVEN SIMON

Hier nun hatte Genscher geglaubt, den Hebel ansetzen zu können, indem er als erster westlicher Außenminister schon im vergangenen Jahr zu den sowjetischen Vorschlägen „Ja, aber ..." anstatt „Nein" sagte und den verbalen Gewaltverzicht mit den vom Westen angestrebten konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen koppelte. Dahinter stand die Idee, „Gewaltandrohung konkret zu verhindern und Gewaltanwendung dort, wo sie andauert, zu beenden", wie es der Bundeskanzler, den Genscher bald für seine Aktion gewonnen hatte, im Juli 1983 in Moskau formulierte.

Der Gedanke hat einiges für sich; zumindest ist er öffentlichkeitswirksam. Darum haben sich ihm sukzessive die anderen NATO-Partner und am Ende auch Präsident Reagan mit seiner Dubliner Rede vom 3. 6. 1984 angeschlossen.

Ein Realist wird allerdings kaum erwarten, daß die Sowjets auf diese Linie einschwenken werden. Denn sie sind ja gerade nicht darauf erpicht, an Interventionen wie in Afghanistan gehindert und im Innern ihres eigenen Landes auf Kriegsvorbereitungen beobachtet zu werden. Deshalb ist auch die Vorstellung illusorisch, Kohl und Honecker könnten den Gewaltverzicht bei Besuch des SED-Chefs Ende September mit Hilfe einer gemeinsamen Initiative voranbringen. Weil der Kreml nicht will, kann sich Honecker auf keine Konkretisierung einlassen.

Das Zauberwort „Gewaltverzicht" ist im Augenblick nicht mehr als eine Propagandawaffe. Moskau verzichtet dort – nur dort – auf Gewalt, wo es glaubt, sie nicht wagen zu können.

IM GESPRÄCH Morales Bermudez

Selber wieder aktiviert

Von Manfred Neuber

In Peru hat ein pensionierter General von demokratischem Kaliber einen politischen Feldzug eröffnet, der sein Land aus der doppelten Bedrohung von Guerrilla-Terror und Wirtschaftsbankrott befreien soll. Francisco Morales Bermudez, Staatschef von 1975 bis 1980, will nach den Wahlen im nächsten Frühjahr wieder in den Präsidenten-Palast in Lima einziehen.

„Demokratische Front der nationalen Einheit" heißt seine Sammlungsbewegung, die von der Mitte nach rechts reicht. Sie wird von maßgeblichen Finanz- und Wirtschaftskreisen unterstützt und soll alle bürgerlichen Kräfte vereinen. So hofft man in Lima, den Verfall der Regierungsmehrheit unter dem schwachen Präsidenten Fernando Belaunde Terry auffangen zu können.

Dessen christlich-demokratische Volkspartei erlitt bei Kommunalwahlen so schwere Verluste, daß die Marxisten schon für den 14. April 1985 frohlocken, falls ihre Vereinigte Linke bis dahin nicht – wie früher – zerstritten ist. Perus sozialdemokratische Traditionspartei Apra, die mehrmals um den Wahlsieg betrogen wurde und mindestens ein Drittel der Wähler hinter sich weiß, bietet mit Alan Garcia einen jungen Volkstribunen auf.

„Morales Bermudez hat keine diktatorischen Neigungen", sagt sein Wahlkampf-Leiter, Rechtsanwalt Carlos Zuzunaga Florez, im Hinblick auf seine Amtszeit am Ende des Militärregimes. „Er stammt aus einer Familie mit demokratischer Tradition." In der Stunde der Not halte er es für seine Pflicht, der Nation noch einmal zu dienen. Zuzunaga Florez zur WELT: „Auf ihn trifft die Vorstellung im Ausland vom machtgierigen Militär überhaupt nicht zu."

Schon der Großvater Remigius Morales Bermudez war Präsident Perus (1890–94); sein Vater, ebenfalls General, wurde 1933 angeblich von Apra-Anhängern ermordet. Der Sohn kam zuerst in eine Jesuitenschule und dann auf eine Militärakademie. Er schloß die Ausbildung mit dem Di-



Mit dem dritten Weg war es nichts: Morales Bermudez FOTO: DIE WELT

plom des hochangesehenen Zentrums für Höhere Studien ab, der „Denkfabrik" der peruanischen Armee.

In der ersten Regierung Belaunde, die 1968 von den Streitkräften gestürzt wurde, fungierte er kurze Zeit als Finanzminister. Dieses Ressort erhielt Morales Bermudez auch von der linksnationalistischen Militärjunta. 1973 avancierte er zum Generalstabschef, 1975 zum Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber in einer Person. Im August 1975 zwang die Generalität den Staatschef Velasco zum Rücktritt, und Morales Bermudez trat an die Spitze.

Er mußte bald einsehen, daß die peruanischen Militärs auf ihrem „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus" in eine Sackgasse geraten waren. Deshalb leitete er die Rückkehr zu demokratisch legitimierten Institutionen ein und rückte vor allem in der Wirtschaftspolitik von den Zielen der „Revolution" drastisch ab. So half 1978 der Internationale Währungsfonds, die Zahlungsunfähigkeit Perus abzuwenden. Dieselbe Gefahr, heute verschärft durch den Terror der Linksextremisten, führt Peru an einen revolutionären Abgrund, vor dem Morales Bermudez sein Land retten will.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NÜRNBERGER Nachrichten

Zur Lage der Koalition meint die Zeitung:

Man darf gespannt sein, welches Konzept dem Kanzler beim Rudern auf dem Wolfgangsee eingefallen ist, um Havarien der Koalition in Zukunft auszuschließen. Allerdings müßte es schon etwas mehr sein als die pure Erkenntnis, daß gute Entscheidungen „reifen müssen" und deshalb tunlichst nicht in Streßsituationen zu treffen seien. Das staatsmännische Handwerk läßt sich aber nicht in einen Acht-Stunden-Tag pressen. Auch ein Bundeskanzler muß schon einmal die Nacht hinnehmen, wenn der Tag zum Regieren nicht mehr gereicht hat.

Frankfurter Allgemeine

Zur Jugendarbeitslosigkeit überlegt das Blatt:

Bewegen wir uns auf eine Drei-Klassen-Gesellschaft zu, in der die ersten im Beruf ihrer Wahl arbeiten, die zweiten hilfsweise einen Beruf ergreifen müssen, für den sie gar nicht ausgebildet sind, und die dritten gar arbeitslos bleiben? Verteidigen diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, ihren Besitzstand, oder sind sie bereit, denen, die leer ausgegangen sind, zu helfen? Bislang gibt es nur ein schlagendes Beispiel dafür, daß eine Gruppe etwas abgibt – und das nicht freiwillig: Die jungen Beamten und Angestellten im Eingangsamt des öffentlichen Dienstes werden um eine Besoldungsgruppe schlechter bezahlt als früher.

Kieler Nachrichten

Zu Apel heißt es hier:

Apels törichte These wird durch Wiederkäuen nicht überzeugender. Denn daß die deutsche Frage weder politisch-historisch noch juristisch gelöst ist, belegt ein knapper Blick ins Bonner Grundgesetz ebenso wie auf die jüngsten, einschlägigen Leitartikel der Sowjet-„Prawda". Offen hingegen ist, wann und wie die deutsche Frage gelöst werden kann. Ob Hans Apel, der auf- und rechte Sozialdemokrat, das wirklich nicht weiß?

DARMSTÄDTER TAGEBLATT

Die Zeitung fragt nach den Hintergründen der Scheidungsstatistik:

Verstärkt geht die Scheidungsinitiative von den Frauen aus – ein Ergebnis der Emanzipation? So einfach sollte man sich die Antwort nicht machen, obgleich die veränderte Rolle der Frau in unserer Gesellschaft, ihr größeres Selbstbewußtsein und die geringere finanzielle Abhängigkeit vom Mann die Situation mitbestimmen dürften. Doch strebt unsere Gesellschaft nicht ohnehin nach der Individualität des Bürgers, die uns auch in der Werbung ständig angetragen wird? Extreme Individualität aber verträgt sich nicht mit den Kompromissen in einer Partnerschaft und führt zwangsläufig zum Egoismus.

Dem Besuch Honeckers kommt zweifach Testwirkung zu

Äquidistanz, Sicherheitspartnerschaft und anderes / Von Rupert Scholz

Die jüngste Propaganda-Kampagne der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik und namentlich gegen das deutsche Festhalten an der Offenheit der deutschen Frage trifft sich mit der korrespondierenden Kritik Moskaus an der DDR und ihrer Politik begrenzter Verständigungsschritte in Deutschland. Beide Kampagnen sind nicht ohne Zusammenhang und werfen ebenso deutschland- wie sicherheitspolitische Fragen auf. Äußerlich drückt sich das Unbehagen der Sowjetunion gegenüber allzuviel Bewegung in Deutschland und Europa aus; insoweit korrespondiert die Kritik an der DDR mit der vor allem an Ungarn. Letztlich geht es der Sowjetunion aber offenkundig nicht nur um die Angst vor Erosionsprozessen in Osteuropa, sondern um das eigene, übersteigert imperiale Sicherheitsinteresse. So erklärt sich der von der Sowjetunion stets betonte Bezug zur NATO-Nachrüstung.

Nicht nur im Hinblick auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik stellt sich die Frage, wie weit der von der DDR reklamierte „Handlungsspielraum" in der Deutschlandpolitik tatsächlich reicht; es stellt sich namentlich die Frage, wie weit dieser „Handlungsspielraum" durch sicherheitspolitische Vorgaben Moskaus definiert ist. Honecker spricht von der „gewissen Sicherheitspartnerschaft", die zwischen den beiden deutschen Staaten anzustreben sei, und von dem „Schaden", den es nach der NATO-Nachrüstung „zu begrenzen" gelte. Beides sind Vokabeln, die politisch nicht ungeschickt eingesetzt werden und die sich mit mancherlei illusionären Vorstellungen in der Bundesrepublik treffen, wenn sie nicht sogar auf diese zielen.

Wer auch bei uns von der „Sicherheitspartnerschaft" mit dem Ostblock spricht, vergißt, daß der Begriff der Sicherheitspartnerschaft bündnispolitisch durch die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO festgelegt ist und, sofern man ihn auch im Verhältnis zum Ostblock aktiviert, in der Konsequenz bei den Vorstellungen einer „Sicherheitspartnerschaft nach beiden Seiten hin" – sprich: bei der sogenannten Äquidistanz zu beiden Weltmächten – endet. Dies, und damit die Abkoppelung der Bundesrepublik von den USA, zu erreichen, ist mit Sicherheit unverändertes Ziel der Sowjetunion. Die weitere Konsequenz einer solchen Politik wäre die der Neutralisierung und – verbunden hiermit – der Verlust an militärischer und politischer Sicherheit, wie sie nur das westliche Bündnis mit seinem Konzept atomarer Abschreckung gegenüber militärischer Aggression und politischer Erpressung gewährleisten kann.

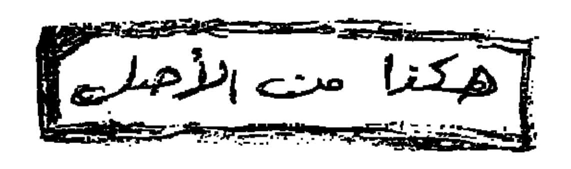
Diese Fakten nennen unverändert die maßgebenden Daten der deutschen Politik. Sie bestimmen und begrenzen auch die Inhalte einer „deutschen Verantwortungsgemeinschaft" für den Frieden in Europa, wie sie zunehmend häufiger beschworen wird.

Unbezweifelbar ist, daß beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden nicht nur angesichts des gemeinsamen historischen Erbes, sondern auch angesichts der geographischen Verbundenheit in der Mitte des geteilten Europas zufällt. Konzeptionell aktuelle Politikfolgerungen lassen sich aus dem Gedanken dieser „deutschen Verantwortungsgemeinschaft" jedoch nicht ziehen.

Als illusionär und gefährlich erweisen sich schließlich Vorstellungen, die von einer deutschen „Sonderrolle" zwischen den beiden Blocksystemen träumen. In politisch praktischer Konsequenz kann es nur darum gehen, einen wirksamen Beitrag zur Minderung innereuropäischer Konflikt- und Spannungspotentiale zu leisten. Bei der Bewältigung dessen fällt in der Tat beiden deutschen Staaten eine primäre Aufgabe zu. Nicht nur eingebunden in die jeweiligen Bündnissysteme geht es deutschland- und sicherheitspolitisch darum, zwischen beiden deutschen Staaten möglichst verläßliche und konsistente Formen der Verständigung und Zusammenarbeit zu entwickeln. Natürlicher Maßstab hierfür sind gemeinsame oder parallele Interessen, wie sie sich auf vielen, nicht nur wirtschaftlichen und kulturellen Feldern entfalten lassen.

Auf die Bereitschaft zu solcher Interessenentfaltung ist der „Handlungsspielraum" der DDR ebenso wie die sowjetische Sicherheitspolitik abzuklopfen. Gerade wenn die sowjetische Sicherheitspolitik Entspannung und gegenseitigen Vertrauensgewinn suchen will, wenn sie also nicht bei imperialer Erstarrung und vordergründiger Propaganda verharren will, muß sie einer solchen interessenorientierten Verständigungspolitik beider deutscher Staaten aufgeschlossen gegenüberstehen. Insoweit kommt dem Besuch Honeckers wahrhaft doppelte Testwirkung zu.

Der Berliner Bundessenator Professor Dr. Rupert Scholz ist Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz



Die – ungangbaren – Wege der Basken

Während im mörderischen Kampf zwischen der baskischen ETA und der spanischen Polizei zum ersten Mal mehr Terroristen als Polizisten sterben, verhärten sich die *Fronten zwischen der* Zentralregierung in Madrid und der baskischen Landesregierung in Vitoria.

Von ROLF GÖRTZ

Es wird hier bald zugehen wie in Ulster", prophezeite uns im April der baskische Ministerpräsident. „Lendakari" (= Führer) Carlos Garaikoexea. Und der bekannte Charme seiner weltmännischen Liebenswürdigkeit schlug um in Zorn. Der Lendakari wirft dem spanischen Regierungschef Felipe González seitdem täglich heftiger vor, die Autonomie der Basken begrenzen zu wollen. Der Regierungschef hält sich zwar exakt an die demokratische Verfassung, aber der Lendakari will sich nicht mit dem dort verankerten Auto*nomiestaat – ähnlich unserem* Bundesstaat – zufriedengeben. Er will mehr, viel mehr.

In einem Gespräch mit der WELT gab Garaikoexea zum ersten Mal bekannt, was die Nationalistenpartei der Basken von der Zukunft erwartet: Einen Staatenbund mit Kastilien, Euskadi (Baskenland), Katalonien und „vielleicht noch Galizien". Vom Balkon eines dörflichen Rathauses forderte er kürzlich auch vor der spanischen Öffentlichkeit die baskische Selbständigkeit in einem Staat – „mag dieser nun Spanien oder Europa *heißen*".

Für Madrid bedeutet dies einen klaren Bruch mit der Verfassung. Für Vitoria, der Landeshauptstadt, nicht so sehr, denn die Verfassung spricht einmal von der „Nation" (Spanien), zum anderen aber im selben Atemzug von „Nationalitäten" (Baskenland, Katalonien usw.). So bemüht sich Madrid, die baskische Forderung zu überhoren. Man will den großen Eklat *vermeiden. Aber alle sind* sicher: er kommt.

Inzwischen nähert sich allerdings der Zustand im Baskenland mit fast täglichen Bombenanschlägen, brennenden Autos, mit Toten und Verwundeten bei Feuergefechten tatsächlich nordirischen Verhältnissen. Aber seit die Etarras den sozialistischen Abgeordneten des Baskenlandes, Enrique Casas, ermordeten, ändert *die sozialistische Regierung* Frankreichs ihr bisheriges Stillhalten gegenüber den Etarras in ihren südfranzösischen Schlupfwinkeln, wo viele von ihnen als politische Flüchtlinge residieren – um von dort aus *ihre Operationen im spanischen Bas*kenland zu leiten.

Paris zeigt sich nunmehr entschlossen, die Etarras auch mit den Mitteln des schmutzigen Krieges aus ihrer Operationsbasis im französischen Baskenland hinauszuwerfen. „Ver*brecher, die in einem demokratischen* Staat – aus welchen Motiven auch immer – gegen die Gesetze vestoßen, werden wir nicht mehr als politische Flüchtlinge anerkennen", wiederholte Foxe, der Innenminister der neuen Regierung Fabius, keine zwei Wochen nach seinem Amtsantritt bei einem ersten Besuch in Madrid. Den ersten Ausweisungen führender Etarras folgt in Kürze die erste Ausliefe*rung von vier in Südfrankreich* verhafteten Terroristen an Spanien.

Ihrer bisher sicheren Basis, ihrer Trainingscamps und ihres Hauptquartiers beraubt, muß die ETA nunmehr „zum letzten Gefecht" der Entscheidung blasen. Da auch die aus Spanien seit Jahren erpreßten Revolutionssteuern nicht mehr über französische Banken laufen dürfen, die Waffen- und Materialbesorgung also schwieriger wird, sieht sich die ETA zur Flucht nach vorne ins spanische Baskenland also gezwungen. Deshalb die heftige Aktivität der letzten zwei *Wochen, deshalb die brennenden Au*tos mit französischen Kennzeichen im spanischen Baskenland.

Die Extremisten werden weniger

Vergebens protestierte der Lendakari gegen Gerichte und Regierung in Frankreich: „So werden wir die baskische Frage nicht lösen." Er fordert dagegen Dreierverhandlungen zwischen der ETA, seiner Landesregierung und Madrider Vertretern am baskischen Friedenstisch. In der Hoffnung, Madrid würde als Preis für ein Ende des Terrorismus dem Bas*kenland mehr Selbstständigkeit zu*gestehen als die Verfassung erlaubt. „Das baskische Volk wehrt sich gegen die Besatzungsmacht aus Madrid", tönen die Extremisten, die allerdings immer weniger werden.

„Wer ist denn das baskische Volk, doch nicht allein die Nationalisten?" fragt Madrids Innenminister Barrionuevo aus seinem portugiesischen Urlaubsort. Tatsächlich erscheinen *die Zukunftsvisionen* der Bewohner des Baskenlandes so heterogen, daß eigentlich niemand in ihrem Namen sprechen kann. Seit den letzten Landtagswahlen stellt die bürgerliche Nationalistenpartei zum zweiten Mal die *Landesregierung – eine Minderheits*regierung! Ihr wiedergewählter Lendakari, die Parteiführung und gewiß auch ein großer Teil der Mitglieder und Wähler wollen insgeheim oder offen tatsächlich die Selbständigkeit eines Baskenlandes. Natürlich im *Rahmen eines bürgerlich-demokrati*schen Systems.

Aber während der Lendakari und seine Umgebung ein modernes, zentral gelenktes Regierungssystem ansteuern, träumen die Traditionalisten, darunter auch viele Wähler der linken Herri Batasuna-Partei, von jener Vergangenheit, die vor langen Jahrhunderten ihre Gültigkeit hatte.

Damals – in den regennassen Wäl*dern und Bergen abseits des politi*schen Geschehens – funktionierte sie auch: die weitgehende Autonomie der einzelnen Städte und Dörfer im *Verband ihrer Täler und schließlich* mit dem Generalthing, der „Rat der Täler" unter der Eiche von Guernika.

Tatsächlich hat es in der Geschichte niemals einen eigenen Baskenstaat im modernen Sinne gegeben. Die Ausnahme im letzten Bürgerkrieg war denn auch mehr das Ergebnis militärischer Trennung durch die Truppen Francos vom übrigen republikanischen Spanien. Und das einstige Königreich Navarra würde kein Historiker „baskisch" nennen, weshalb die baskischen Stämme sich oft genug mit Kastilien gegen Navarra verbündeten.

Ursprünglich dachten wohl auch die Gründer der ETA (übersetzt „Baskenland und Freiheit") an einen solchen Guernika-Thing – nur eben zeitgemäß sozialistisch. Aber seit sich die Etarras sehr bald zum Marxismus-Leninismus bekannten, sieht ihr Baskenland „sozialistisch-revolutionär" aus: „Wir betrachten das Baskenland als Basis der Revolution ge*gen den Kapitalismus in ganz* Spanien und ganz Frankreich", formulierten ihre Ideologen schon vor zehn Jahren.

Zwischen der Volksrepublik der ETA und dem demokratischen Bürgerstaat der Nationalisten des Lendakari klafft also ein tiefer Spalt. Auch die Traditionalisten in der innerbaskischen Dezentralisation, der weitgehend autonomen Städte und Dörfer, würden sich nie einem kommunistischen ETA-Staat einfügen.

... Schon schlagen die baskischen Separatisten untereinander auf sich ein. *Kaum hatten jetzt am Dienstag* die Gäubigen zum Auftakt der Festtage von San Sebastian das traditionelle „Salve" in der Santa-Maria-Kirche gesungen, da stürzten sich die draußen wartenden Linksextremisten der *Herri Batasuna mit Steinen und* Fäusten auf sie. „Garaikoetxa", Verräter schrien sie. „Amnestie für die ETA" eine Straßenschlacht entbrannte zwischen Bürgerlichen und Anarcho-Kommunisten und zum ersten Mal knüppelte die baskische (Landes)-Po*lizei* auf baskische Demonstranten. Sie mußte schließlich von Einheiten der nationalen (Bundes)-Polizei unterstützt werden. Wer sich bisher Illusionen hingab – die ohnehin hypothetische Selbständigkeit des Baskenlandes würde unmittelbar den Bürgerkrieg der Basken untereinander einleiten.

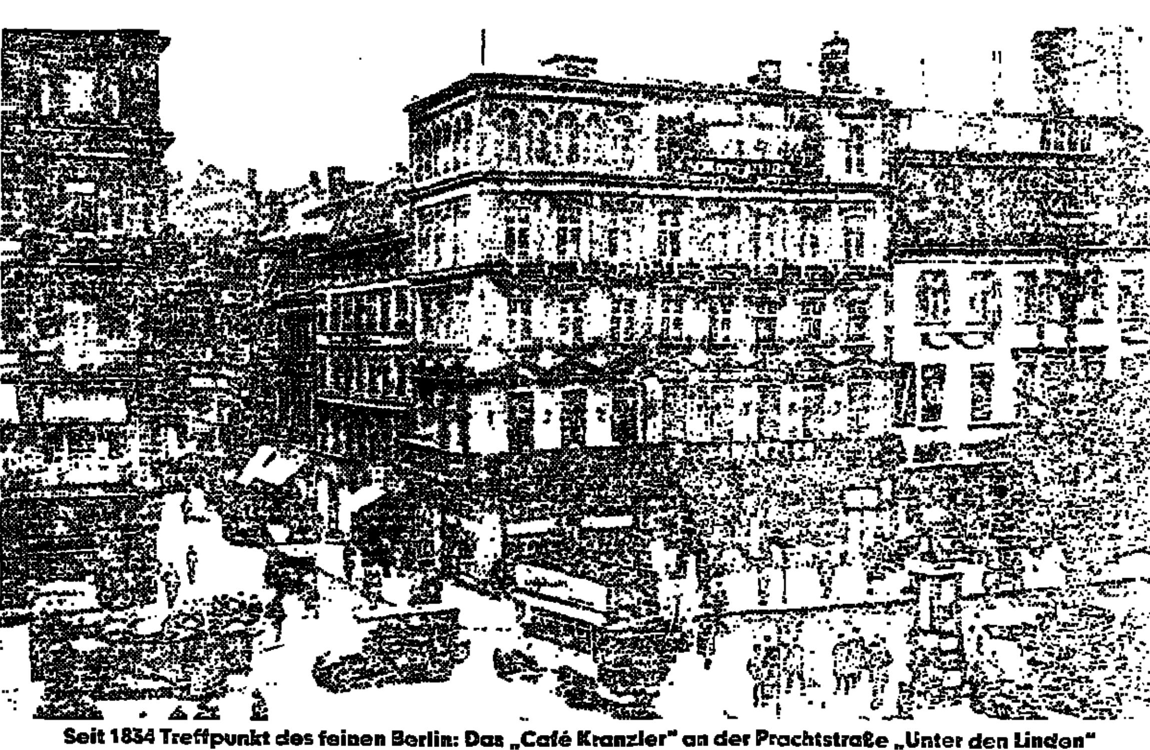
Zwischen Resignation und Auswanderung

Die in San Sebastian aufeinander einschlugen, die „Abertzales" der Linken und Rechten aber machen zusammengenommen bestenfalls die *Häfte der Bewohner* des Baskenlandes insgesamt aus. Neben ihnen leben andere – Ur-Basken und Zugereiste –, die keinen dieser drei Wege in *die Zukunft* gehen wollen. Sie wollen vielmehr baskische Spanier oder spanische Basken bleiben. Die meisten von ihnen wählten die Sozialistische Partei, andere die konservative Volksallianz, wieder andere resignierten, über 40 Prozent gehen nicht mehr zur Wahlurne, und 100 000 wanderten aus.

In der Mehrheit sind dies Nachkommen jener Arbeiter, die mit den *Wellen der Industrialisierung* des vergangenen und dieses Jahrhunderts aus anderen Provinzen ins Baskenland strömten. In den Industrie-Vorstädten von Bilbao und San Sebastian, wo ohnehin kaum jemand Baskisch spricht, bilden diese Einwanderer die weit überwiegende Mehrheit. Die Bürgermeister der Stadtteile um die Werften und Erzgruben gehören der Sozialistischen Arbeiterpartei *Spaniens an. Sie stehen heute oben* auf der Abschußliste der ETA.

Unterdessen wächst auch der Unmut über die Gewalttaten in Frankreich. Etwa tausend Bewohner des französischen Baskenlandes in Saint-Jean de Luz in der Nähe von Biarritz demonstrieten Anfang der Woche gegen „jede Form von Gewalt". Sie wandten sich vor allem gegen Anschläge, die die Interessen der *Tourismus-Branche im Baskenland* weiter beeinträchtigen könnten.

(SAD)



Seit 1834 Treffpunkt des feinen Berlin: Das „Café Kranzler" an der Prachtstraße „Unter den Linden"
FOTO. LANDESBILDSTELLE BERLIN

Kranzler Berlin – künftig nach Schweizer Art

„Kranzler", das ist für Berlin mehr als ein Kaffee- und Kuchen-*Etablissement*. Der Name weckt Erinnerungen an die großen und prunkvollen Zeiten der Stadt. Ein Schweizer Konzern will den verblassenden Glanz wieder aufpolieren.

Von H. R. KARUTZ

Berlin tut gut", verbeißen Berlins Tourismus-Manager – und das mit *großem Erfolg*. Auch der Kurfürstendamm legt wieder mehr Rouge auf. An seiner prominentesten Ecke, knapp vor der Gedächtniskirche, unterzieht sich das „Café Kranzler" einer Schönheitskur. Für 40 Millionen Mark baut ein Schweizer Kaffee-Konzern (Merkur) und ein nobles deutsches Unternehmen (Most) das traditionsreiche Etablissement vom 1. November an um. Im nächsten Frühjahr öffnet es wieder seine Galerien und Terrassen – als „Kranzler", made in Switzerland.

Die „Kempinski AG", bisher Hausherr an der *Ecke Kurfürstendamm/*-Joachimstaler Straße, sicherte den neuen Chef-Konditoren per Lizenzvertrag zu, den Namen des österreichischen Zuckerwerk-Künstlers Johann George Kranzler und die Tradition des Hauses fortzuführen. Eine zeitlang war das Schicksal dieses ehemaligen Stelldicheins der preußischen Gardeleutnants, Pleureusen-Miezen und Bonvivants wie eine Sahnehaube über dem „Kapuziner" in der Schwebe: „Mittelständische Unternehmen wie das Kranzler passen nicht mehr in unsere neue Geschäfts*strategie", begründete „Kempinski"*-Vorstand Karl Walterspiel den Ausstieg des Unternehmens aus der Kaffeehaus-Branche.

Der Eigentümer der Kudamm-Ekke, die „Victoria"-Versicherung, fahndete nach einem fashionablen Nachfolger. Die seit Jahren in Richtung „Bouletten-Meile" abdriftende Prachtstraße sollte vor weiterem Niveau-Verlust bewahrt werden.

Der *Torten-Palast mit den Bedie*nungs-Mammselles in den adretten Spitzenschürzen gehörte trotz der glücklicherweise gebremsten Nivellierung beiderseits von Bismarcks ehemaligem Reitpfad in den Grunewald stets zum absoluten „Muß" jedes Berlin-Touristen. Während der Chaoten-Zeit 1980/81 mußten die Gäste bei gewalttätigen Aufzügen mitunter fluchtartig die Sitz-Terrassen verlassen: das Parkett, von dem aus die intimste Nahsicht auf die Kurfürstendamm-Bühne mit ihren begrenzten Verrücktheiten des berühmtesten *deutschen Bummel-Boulevards* möglich ist.

Landesweit sorgte zuletzt der Sender Freies Berlin für „Kranzler"-*Ruhm*: Aus der bel etage sendete man die Talkshow „Leute". Richard von Weizsäcker und Kabarettist und Skiffer Wolfgang Neuss gerieten sich hier in die Haare. Heinrich Lummer, Berlins Bürgermeister und Buhmann aller Linken, mußte sich hier seiner Haut erwehren. Das Café als Mikrokosmos. Mit Publikum. Wortwechsel. Witze und wohlanständiges Geplauder bei Melange und Schwarzwälder Kirschtorte.

Unter die Leute, die hier auf wei*ßem Gestühl saßen, mischte sich* vom Turnschuh-Touristen bis zum „DDR"-Rentner, der sein Kännchen orderte, alles, was Berlin ausmacht.

Die eigentliche Geschichte dieses Unternehmens fördert – wie bei so vielen in dieser Stadt – die Wehmut über das verlorene Gesicht des alten Berlin zutage. Denn „Kranzler" ist kein Kind des Kurfüstendamms, des alten Berliner Westens. Das heutige *„Kranzler" ist lediglich eine 1932 er*öffnete Filiale. Die Patisserie mit der schönen Patina des Namens siedelte im Kern von Preussisch-Berlin – Unter den Linden. An der berühmtesten aller Straßenkreuzungen dieser 60 Meter breiten und exakt 1390 Meter langen Avenue hatte sich, mitten im Berliner Biedermeier, Kranzler niedergelassen. Der Mann aus Tautendorf in der Nähe Wiens war mit dem Fürsten Hardenberg nach dem Wiener Kongreß an die Spree gelangt.

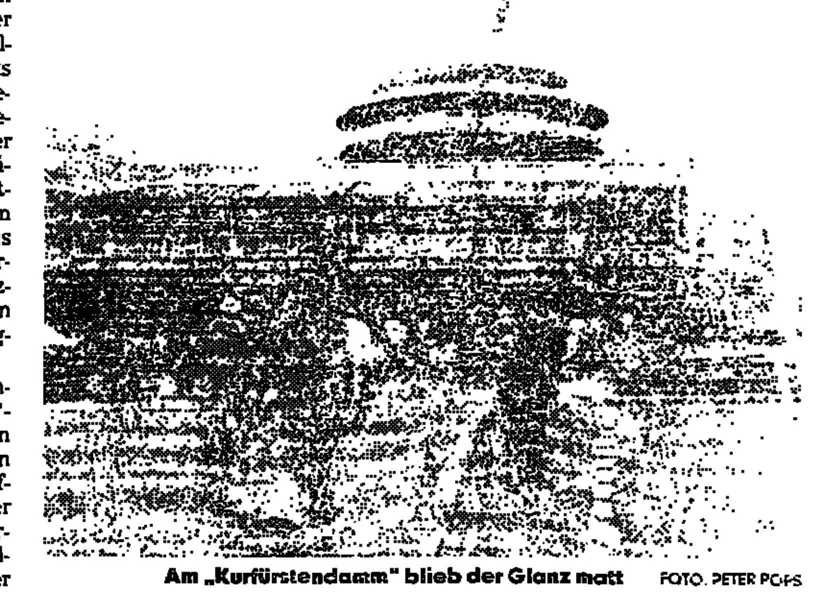
1834 schlug die eigentliche Geburtsstunde dieser „Kaffee-Plantage" *des Deutschen Reiches, als es noch* groß war. Für die beträchtliche Summe von 32 000 Talern kaufte Meister Kranzler die „Italiener-Waarenhandlung" des *Delikatessenhändlers* Christian Samuel Gerold. In feinster Fraktur hing dann vor genau 150 Jahren folgende Annonce des Österreichers aus: „Einem Hohen Adel und werthen Bürgerpublikum thuen wir kund und zu wissen, daß unter den Linden, wo die große Friedrichstraße solche kreuzte (Erster Saal links), der Hofkonditor Kranzler ein Kaffee eröffnet hat. Alle Art Getränke und di*verse Leckereien werden feylgehal*ten. Bedienung von zarter Hand. Für Divertissement des verehrten Publikums sorgt eine Musikbande aus dem schönen Italien importiret und bittet um geneigten Zuspruch."

Um diese Gunst brauchte Kranzler nicht bangen: „Man" saß bei ihm, vis-à-vis vom späteren „Café Bauer" *und labte sich an den Schöpfungen* der Wiener Backkunst-Schule. Unter den Themen auf der Terrasse nahmen: Pferde, Hunde und Tänzerinnen den Spitzenplatz *ein. Denn im „Walhalla* der Gardeleutnants" dominierten „Offiziere und junge Fashionables", wie ein Zeitgenosse schrieb. Ein anderer Chronist spitzte seine Beobaachtungen auf die ungesüßte Feststellung zu: „Hier wird mehr gegessen als gelesen, mehr gesprochen als gedacht." Dabei mangelte es nicht an Journalen aus aller Herren Länder. Aber es überwog die „feine Welt, die *sich von der Abgeschiedenheit der* Rittergüter erholt.

Als einst Theodor Storm in Begleitung seines Freundes Theodor Fontane das Haus in unpassendem Aufzug betrat, hob man an den Tischen leicht die Augenbrauen: „Er trug leinerne Beinkleider und leinerne Weste von jenem sonderbaren Stoff, der wie geibe Seide glänzt und sehr leicht furchtbare Falten schlägt; darüber ein grünes Röckchen, Reisehut und Shawl."

1911 quollen die Klatschspalten der Berliner Blätter über, als das Testament des Kranzler-Sohnes Martin das berühmte Eck-Haus an die Stadt Berlin überschrieb. Mit der Auflage, daraus ein Heim für Findelkinder zu machen. Die Töchter fochten den letzten Willen an, bekamen Recht und verkauften an die „Hotel-Betriebs-AG".

In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1943 ging die ganze Herrlichkeit austro-germanischer Zuckerbäckerei im Feuersturm eines Bombenangriffs unter. Zurück blieb eine Trümmerfläche. Einige Häuser weiter fristete das Haus unter staatlicher HO-Regie bis 1949 ein kümmerliches *Muckefuck-Dasein. Dann* verstummte – zumindest am historischen Ort, im heutigen Ost-Berlin – der Gassenhauer „Du kannst mir mal forn Sechser, weil wir uns beede kenn'n, bei Kranzlern um die Ecke nach Kuchenkrümel renn'n ..."



Am „Kurfürstendamm" blieb der Glanz matt FOTO. PETER POPS

Weizsäckers bönnscher „Stadt-Besuch"

Von EVI KEIL

Staatsbesuche sind in Bonn und für den Bonner Bürger schon etwas Alltägliches. Doch wenn der eigene Präsident kommt, der zudem noch in den eigenen Stadtmauern residiert, ist es doch etwas Besonderes. Gestern machte Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinen Antrittsbesuch in der Bundeshauptstadt – einen „Bönn'schen Staatsbesuch".

Forsche musikalische Töne des Polizei-Musikcorps Düsseldorf lockten morgens um 10 Uhr die Bonner Bürger zum *Rathausplatz*, wo Oberbürgermeister Hans Daniels seinen Gast empfing. Dem israelischen Mädchenchor aus Tel Aviv, der zur Zeit Gast des rheinischen Kinder- und Jugendchors ist, hatte man werbewirksam Papierfähnchen mit dem Bonner Kußmund in die Hand gedrückt, die die Gäste auch kräftig schwenkten.

Wunschgemäß sangen die Bürger und der Präsident dann gemeinsam *die deutsche Nationalhymne*. Weizsäcker. Er habe ein ganz natürliches Verhältnis zur deutschen Hymne, und überhaupt singe er auch gerne. Vorsichtshalber hatten die Protokollbeamten der Stadt Handzettel mit dem Text des Liedes verteilen lassen, damit auch jeder mitsingen konnte.

Feierlich und offiziell wurde es dann bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn, als der Bundespräsident die wachsende Bedeutung Bonns in den letzten 35 Jahren hervorhob. „Bonn hat sich als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland bewährt", lobte der Präsident. Die Stadt sei in diese Aufgabe gut hineingewachsen. Sie sei eine sehr europäische Stadt geworden.

„Die Hauptstadt unseres Vaterlandes, die Hauptstadt Deutschlands, wollte Bonn nie sein. Keine andere Stadt, und gewiß nicht Bonn, will Berlin, der Hauptstadt der Deutschen ihren historischen und geistigen Rang und ihre Zukunftsaufgabe für alle Deutschen streitig machen." Die Berliner hätten in diesem Sinne viel Gutes von Bonn erfahren, sagte Weizsäcker. Der Bundespräsident begrüßte es, daß Bonn weiter zur Bundeshauptstadt ausgebaut wird. Mit der Aufgabe, Parlaments- und Regierungssitz zu sein, sei es jedoch nicht getan. Für die in- und ausländischen Besucher Bonns müsse die Stadt *auch etwas von dem „Gewicht*, der Kultur und dem Selbstverständnis unseres modernen, demokratisch regierten, wissenschaftlich, wirtschaftlich und sozial hochleistungsfähigen Staat vermitteln".

Als Weizsäcker in seiner Rede erklärte, er habe auch einmal in einer Bonner Bürgerinitiative mitgekämpft, war das Erstaunen groß. Beim späteren Nachhaken stellte sich heraus, daß sich die Familie Weizsäkker vor Jahren heftig gegen Ministeriums-Baupläne im regierungsnahen *Johanniter-Viertel gewehrt* hatte, dessen Villenabriß geplant war. „Sie wollten uns da alle raus haben", so später noch beim Gläschen Sekt von Weizsäcker zum *Oberbürgermeister*. Die Landesregierung sei Schuld an den Plänen gewesen, nicht er, konterte das Bonner Stadtoberhaupt.

Was aber sagen Bürger, wenn sie plötzlich einem Staatsoberhaupt gegenüberstehen? Offensichtlich haben ehemalige Berliner und frühere „DDR"-Bürger ein besonderes Mitteilungsbedürfnis, wenn die Chance besteht, einen Präsidenten zu sehen. „Vergessen Sie die DDR nicht", rief die Hausfrau Elly Kaiser, in Zwickau geboren. „Mir war das sehr wichtig, ihm das noch einmal zu sagen", erklärte sie später Reportern.

Berlin solle er auch jetzt im Auge behalten. Mit diesem Wunsch hatte sich der Berliner Steueramtsinspektor Erich Engelmann an den Präsidenten herangedrängt und bekam einen kräftigen Händedruck als Dank.

Erstes Fazit des Bonn-Kontaktes mit den Bürgern: „Der Herr von Weizsäcker sei doch eigentlich ein sehr sympathischer und feiner Mann", so jedenfalls eine begeisterte Damenschar.



Bad in der Menge: Richard von Weizsäcker beim „Stadtbesuch" in Bonn
FOTO: POLY PRESS

Streit zwischen BGS und Zoll um den Grenzdienst

Grenzschutzverband sieht Einsparmöglichkeiten

BERND HUMMEL, Eschwege

Das Nebeneinander von Bundesgrenzschutz und Zoll entlang der innerdeutschen Grenze ist beim Bundesgrenzschutzverband auf Kritik gestoßen. Sein Bundesvorsitzender, Helmut Pfeffer (Bonn), sprach sich dafür aus, den Grenzaufsichtsdienst des Zolls aufzulösen und die grenzpolizeilichen Aufgaben ausschließlich durch den BGS wahrnehmen zu lassen. Pfeffer: „Zollaufgaben sind an dieser Grenze nicht zu erledigen – hier wird ein Dienst künstlich am Leben erhalten."

Tatsächlich erfüllen die 1745 Zollbeamten des Aufsichtsdienstes lediglich übertragene Aufgaben unter der Fachaufsicht des BGS. Die Grundlage dafür bildet das BGS-Gesetz von 1972, nach dem bestimmte Tätigkeiten „auf die Zollverwaltung zur Ausübung übertragen" werden können. Und ein Erlaß vom 20. September 1976 weist beide Dienste an, im Interesse einer wirksamen polizeilichen Überwachung und Sicherung der innerdeutschen Grenze „in engster Weise zusammenzuarbeiten". Pfeffer glaubt: „Das ist ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können." Tatsache ist, daß das Bundesfinanzministerium jährlich 55 Millionen Mark für die Zollbeamten und 10 Millionen Mark für Sachkosten an der innerdeutschen Grenze aufwenden muß.

Konkurrenzdenken

Das Nebeneinander der beiden Dienste ist nicht unproblematisch. Es hat – trotz gegenteiliger offizieller Beteuerungen – in der Praxis immer wieder zu Konkurrenzdenken und Auseinandersetzungen geführt. Der Kommandeur einer BGS-Einsatzabteilung klagt: „Nicht selten wird der BGS durch den Zoll gar nicht oder zu spät über Ereignisse informiert, obwohl der Zoll unserer Fachaufsicht untersteht. Und geht es um Darstellungen in der Öffentlichkeit, so setzt oft ein Wettlauf ein." Daß sich dennoch die Zusammenarbeit insgesamt eingespielt hat, wird auch beim Bundesgrenzschutzverband nicht bestritten, allerdings – so der Bundesvorsitzende – „niemand hat den Mut zuzugeben, daß der Zoll überflüssig ist, weil der BGS seine Aufgaben allein erfüllen kann".

Aber gerade das wird vom Dienstherrn des Zolls, dem Bundesfinanzministerium, energisch bestritten. Dort beruft man sich auf einen 1982 erstellten Bericht an den Bundesrechnungshof, in dem die Frage des Abzugs von der innerdeutschen Grenze behandelt wurde. Das Ergebnis laut Bundesfinanzministerium: „Die Grenzsicherung allein durch den BGS wäre unwirtschaftlich, weil dies mittel- und langfristig eine Personalverstärkung und damit höhere Kosten zur Folge hätte." Die Vorteile des Zolls, sagt man dort, seien unverkennbar: Durch sogenannte Grenzaufsichtsstellen, in denen die Beamten wohnen, könnten lange An- und Abmarschwege vermieden werden. Und weil die Beamten im Grenzgebiet wohnen, verfügten sie über gute Personen- und Geländekenntnisse.

Andere Rechnung

Als Beleg dafür, daß der BGS allein nicht imstande sei, die grenzpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen, greift man im Finanzministerium auf Zahlen zurück. Schon jetzt, heißt es, stünden den 540 Zollbeamten, die täglich Streifendienst an der innerdeutschen Grenze verrichten, lediglich 250 BGS-Beamte im Streifendienst gegenüber. Doch diese Darstellung stößt auf barschen Protest beim BGS. Er führt ins Feld, daß „beim Zoll anders gerechnet" werde: Während der BGS jeweils vier Beamte als eine Streife aufführe, registriere der Zoll im Aufsichtsdienst, auch bei Zweier-*Dienst, jeden Beamten als Grenzstreife.*

Derlei Auseinandersetzungen zwischen den beiden Diensten wertet der BGV-Bundesvorsitzende so: „Es geht längst nicht mehr um die Sache, sondern darum, daß jedes Ministerium seine eigene Truppe behalten möchte." Pfeffer, der sich darin der Zustimmung vieler Kommandeure im BGS sicher sein kann, bestreitet, daß der BGS allein die Grenzsicherung und -überwachung nicht erfüllen kann. Wörtlich: „Das geht ohne zusätzliches Personal und Mehrkosten." Dies sei die originäre Aufgabe des BGS und gehöre allein in dessen Hand. Eine Darstellung, die man beim Bundesinnenministerium – Dienstherr für 20 000 BGS-Beamte – nicht ungern hört. Offiziell freilich ist dort die Auseinandersetzung zwischen den beiden Diensten „kein Thema".

Kriminalamt in Westeuropa Ziel für die Zukunft

AP, Berlin

Durch den Fortfall von Grenzkontrollen ist nach übereinstimmender Auffassung vom Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) ein „Sicherheitsdefizit" entstanden, dem mit neuen Maßnahmen begegnet werden muß. Wie der BDK-Bundesvorsitzende Ingo Herrmann gestern in Berlin nach einem Gespräch mit BKA-Präsident Heinrich Boge mitteilte, waren sich beide Gesprächspartner einig darüber, daß „kurzfristig" nach Wegen gesucht werden müsse, um die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der beteiligten Staaten zu verstärken. Mittelfristig müßten die Staaten gemeinsame Sicherheitsdienststellen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität schaffen. Langfristig sei eine Rechtsangleichung der verschiedenen Länder mit dem Ziel der Errichtung eines „westeuropäischen Kriminalamtes" notwendig. Diese Vorschläge des BDK wie auch des BKA beabsichtigten jedoch nicht, die politische Zielsetzung des Abbaus der Grenzkontrollen zu unterlaufen, sagte Herrmann.

Boge: Gefahr durch RAF nicht gebannt

dpa, Bonn

Trotz jüngster Festnahmen hält der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Heinrich Boge, die terroristische Gefahr durch die Rote Armee Fraktion (RAF) „aufgrund möglicher Rekrutierung aus der Szene" noch nicht für gebannt. In einem Zeitungsinterview erklärte er, daß er die Zahl der derzeit aktiv in der RAF anzusiedelnden Mitglieder auf mindestens sechs bis acht schätze.

Unter Hinweis auf Ermittlungsergebnisse im Zusammenhang mit den acht Festnahmen in Frankfurt und Esslingen sagte Boge, durch die RAF-Mitglieder und ihr Umfeld seien offensichtlich unmittelbare Ausspähungen militärischer Einrichtungen sowie von Angehörigen der Justiz vorgenommen worden. Der terroristische „Nachwuchs" kommt nach seiner Darstellung nicht nur aus dem engeren regionalen, militanten Umfeld. Vielmehr seien auch Personen zur RAF gestoßen, die vorher nicht zur „Szene" gerechnet worden seien.

Finanzpoker um Werra-Entsalzung

Von W. WESSENDORF

Mit einer großen Anfrage in der bremischen Bürgerschaft am 5. September über die „Verzögerung der Weser-Werra-Entsalzung durch den Senat" will die CDU des kleinsten Bundeslandes die Bemühungen der Bundesregierung zur Lösung dieses schwierigen Problems unterstützen. Seit Ende 1983 liegt die verbindliche Erklärung aller Weser-Anliegerländer vor, sich mit 100 Millionen Mark an den notwendigen Investitionsmaßnahmen in der „DDR" beteiligen zu wollen. Indes haben sich Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen noch nicht über den prozentualen Zahlungsschlüssel geeinigt.

Der Sprecher des Bremer Umweltschutzsenators Hermann Pape erklärte gegenüber der WELT: „Wir sind guter Dinge, bald zu einem Abschluß der Verhandlungen zu kommen. Wir wollen nicht pokern, sondern verfolgen die Entsalzung als ernsthaftes Ziel." Der SPD-Landesregierung in Bremen geht es dabei aber nicht nur um die fiskalische Seite, sie will auch, daß die bremische Wirtschaft von dem Projekt profitiert. Pape: „Anlagenteile und Know-how können aus Bremen geliefert werden. Das sichert Arbeitsplätze, auch das ist unser Ziel." Die Verhandlungen sollen demnächst auf ministerieller Ebene weitergeführt werden. Ein Zeitplan steht allerdings noch nicht fest.

Solange zwischen der Arbeitsgemeinschaft Weser aber keine Einigkeit über den unterschiedlichen Beteiligungsschlüssel besteht, kann das Bundesinnenministerium in Bonn die Verhandlungen mit der „DDR" nicht weiterführen. Detaillierte Gespräche über Art und Umfang des Projektes ohne finanzielle

Landesbericht Bremen

Sicherheit soll es mit der „DDR" nicht geben. „Das wäre nicht seriös", hieß es dazu.

Die „DDR" braucht zur Umrüstung ihrer Bergwerke die finanzielle Hilfe aus der Bundesrepublik. Aufgrund einer frühzeitigen Erklärung der Bundesregierung zahlt diese 50 Prozent der anfallenden Gesamtkosten. Dabei fällt die andere Hälfte den vier Weser-Anrainer-Bundesländern zu. Als Obergrenze wurden 200 Millionen Mark fixiert. Vor zirka zwei Jahren wurden die technischen Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" mit der Unterzeichnung der sogenannten „Standpapiere" abgeschlossen. Sie geben den Stand der technischen Lösungsmöglichkeiten wieder. Favorisiert wird das sogenannte Flotationsverfahren, ein innerbetriebliches Aufbereitungsverfahren, um Steinsalze durch Zentrifugen zu isolieren und auf Halde zu geben.

Es geht dabei um drei mit veralteter Technik ausgestattete Kalibergwerke in der „DDR". Sie liegen in Unterbreizbach, Merkers und Dorndorf. Diese drei Anlagen wurden als Hauptverschmutzer der Werra ausgemacht. Sie sollen künftig statt ihrer veralteten, die neue Technik verwenden. Außerdem sind noch zwei bundesdeutsche Werke in Hattorf und Heringen betroffen. Sie sollen mit einer noch anspruchsvolleren als der geschilderten Technik das Steinsalz trocken abtrennen. An der Weser selbst existieren keine Werke, die eine Versalzung größeren Ausmaßes herbeiführen.

Nach Abschluß der innerdeutschen Gespräche über die technische Lösung des Problems der Weser-Werra-Versalzung fanden unterdessen weitere Konsultationen mit der „DDR" statt. Die „DDR" hat dabei stets auf einen Fortgang in der Lösung der Versalzungsfrage gedrungen. Sie macht Fortschritte auf anderen Gebieten eindeutig von der Klärung dieses Problems abhängig.

Es handelt sich insgesamt um ein aus vier Punkten zusammengestelltes Paket:

1. Reduzierung der Salzbelastung der Weser;
2. Ableitung der Salzreste der beiden obengenannten bundesdeutschen Werke in mehreren hundert Metern Tiefe in porösem Gestein auf bundesdeutschen Boden;
3. Kaliabbau im Grenzbereich erfordert unter Tage die Ziehung gerader Linien mit Hilfe von Flächenaustausch und
4. Sicherheitsfragen unter Tage, z.B. Sprengzeiten.

Es wird nun befürchtet, daß durch das Stocken der internen Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft Weser letztlich dieses Paket wieder aufgeschnürt wird und nur die für die „DDR" wichtigen Fragen zur Lösung kommen, wie etwa die Ableitung der Salzreste und der Kaliabbau im Grenzbereich.

Bislang wurde der hessischen Landesregierung der Vorwurf gemacht, mit einem „Finanzpoker" der Verwirklichung der vereinbarten Entsalzung von Werra und Fulda entgegenzuwirken. Der Stadtstaat Bremen versuchte vergeblich zu schlichten, Streitpunkt ist die Grundlage für den Verteilerschlüssel.

Flottenverband trat Reise nach Fernost an

rtr/AP, Wilhelmshaven

Zu einer Ausbildungsreise in den Indischen Ozean hat ein Verband der Deutschen Bundesmarine aus den Fregatten „Niedersachsen" und „Lübeck" sowie aus dem Versorgungsschiff „Glücksburg" gestern Wilhelmshaven verlassen. Der Verband mit rund 550 Seeleuten an Bord soll nach Angaben eines Marinesprechers auf der dreieinhalbmonatigen Reise Häfen in fünf Ländern besuchen.

Auf dem Weg in den Indischen Ozean werde der Verband den Suez-Kanal und das Rote Meer passieren. Die seit langem geplante Reise habe aber „keinen Bezug zur militärpolitischen Lage" in der nahöstlichen Kriegsregion.

Die Radfahrer sind die Stiefkinder im Verkehr

Studie weist auf zunehmende Unfallzahlen hin

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Über 1,6 Millionen Erwerbstätige machen bereits auf dem Weg zur Arbeit einen krummen Rücken, und es werden täglich mehr." Dieses stellt die Bundesanstalt für Straßenwesen in einer Untersuchung fest. Danach überrollt eine Fahrradwelle in Deutschland die Verkehrsplaner. „Ohne Konzept stehen viele Kommunen dem Trend zum Treten gegenüber, der zunehmend Unfallopfer fordert."

Immerhin: Schon 40 Millionen Deutsche, so der Verband der Fahrrad- und Motorradindustrie, besitzen inzwischen einen Drahtesel - „längst nicht mehr Gefährt der kleinen Leute", wie die Bundesanstalt feststellt. Nach ihren Ermittlungen erreichen die Radfahrer in manchen Städten Anteile von bis zu 23 Prozent am Gesamtverkehr.

Der Verkehrsalltag ist für die Radfahrer jedoch alles andere als glänzend. So gibt es an den rund 170 000 Kilometer langen Straßen des überörtlichen Verkehrs in der Bundesrepublik nur 21 500 Kilometer Radwege, also etwas mehr als zehn Prozent. An den 32 200 Kilometer Bundesstraßen sind es 8 700 Kilometer, etwa 27 Prozent. Bis 1990 ist hier mit einem Aufwand von 690 Millionen Mark eine Ausdehnung auf 35 Prozent geplant. In manchen Kommunen sind nicht einmal fünf Prozent der Straßen mit Radfahrwegen versehen.

„Obwohl in 85 Prozent aller Haushalte ein Fahrrad steht, scheinen gerade manche Stadtplaner noch nicht begriffen zu haben, daß die Deutschen seit einiger Zeit auf Radtour sind", stellt die Bundesanstalt fest. Nur mit hohem Risiko kann das „im Grunde ideale städtische Verkehrsmittel" nach Ansicht von Oberbaurat Wolfgang Friese von der Berliner Straßenverkehrsbehörde benutzt werden. Denn Radwege fangen gewöhnlich mit einem kräftigen Stoß in die Lenkung an und enden auf die gleiche Weise abrupt im normalen Straßenverkehr, genau an der Stelle, wo die Aufmerksamkeit besonders groß sein sollte. In einer Veröffentlichung der Bundesanstalt wird darauf hingewiesen, daß sie überdies an Wohnungsschwerpunkten vorbei und selten zum Ziel, etwa zu Schulen, Sport- und Erholungsstätten, führen. Parkende Autos blockieren auch noch die Radwege. Straßenkreuzungen sind zu wenig auf die Radler eingestellt. Und der Allgemeine Deutsche Fahrradclub moniert das Fehlen von Abstellplätzen.

Schlimmer noch: Im Gegensatz zur allgemeinen Unfallentwicklung ist die Zahl der verunglückten Radfahrer seit 1970 kontinuierlich gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden bei Unfällen 61 000 Radler verletzt, 1 066 starben. Das sind zwar 1,8 Prozent weniger Tote als 1982, doch die Zahl der Schwerverletzten nimmt unaufhaltsam zu. Jeder dritte Verunglückte ist ein Kind unter 15 Jahren. Zwar zeigen Analysen, daß im Schnitt bei mehr als 50 Prozent der Unfälle die Kraftfahrer die Hauptschuldigen sind, nicht selten wegen überhöhter Geschwindigkeit. Doch auch die Radler, die sich oft großzügig über Verkehrsregeln hinwegsetzen, könnten durch mehr Disziplin nach Ansicht der Bundesanstalt dazu beitragen, Unfälle zu verhindern.

Um die Zahl der Unfälle nachhaltig zu senken, müssen vor allem die Verhältnisse innerhalb geschlossener Ortschaften verbessert werden. Denn hier passieren nahezu 90 Prozent aller Unfälle. Viel liegt aber auch am Zustand des Fahrrades. Mehr als 77 Prozent der Fahrräder sind nicht verkehrstüchtig, so eine Untersuchung der TH Aachen.

Zimmermann: Verschmutzung der Nordsee stoppen

AP, Offenburg

Für eine gemeinsame Linie zur Rettung der Nordsee will sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf der Umweltministerkonferenz der Nordsee-Anrainerstaaten im Oktober einsetzen. In einem gestern vorab veröffentlichten Interview der Illustrierten „Bunte" nannte Zimmermann als Ziele der Konferenz unter anderem einen Stopp von Verklappung und Verbrennungen auf See sowie Maßnahmen gegen Ölverschmutzung. Wissenschaftler des Deutschen Hydrographischen Institutes in Hamburg kamen nach einer Bestandsaufnahme des „Gütezustandes der Nordsee" zur der Feststellung, die Nordsee sei genauso gefährdet wie der deutsche Wald. Das Wattenmeer und die Flußmündungen seien besonders bedroht, während die zentrale Nordsee noch weitgehend intakt ist.

Urteil zur Arbeit an Bildschirmgeräten

rtr, Kassel

Die bloße Umstellung der Textbearbeitung von Schreibmaschinen auf Bildschirmgeräte stellt nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts (BAG) für die betroffenen Schreibkräfte keine Änderung ihres Arbeitsbereiches dar und bedarf nicht der Genehmigung des Betriebsrates. Neun Mitarbeiterinnen eines Düsseldorfer Druck- und Verlagshauses schrieben telefonisch aufgenommene Kleinanzeigen. Vom Februar 1982 an übten sie diese Tätigkeit mit Hilfe von Bildschirmgeräten aus. Der Betriebsrat sah in dieser Umstellung eine mitbestimmungspflichtige Versetzung der Frauen und beantragte, sie rückgängig zu machen. Der I. Senat des BAG wies den Antrag ab. (AZ.: 1 ABR 67/82).

Statt Olympiade nur Tauziehen

hrk. Berlin

Zwei Tage vor dem Finale in Los Angeles profitierten wenigstens die jungen „DDR"-Sportfans auf ihre Weise von der Moskauer Boykott-Entscheidung: Sie bekamen in der Pionierrepublik „Wilhelm Piek" am Werbellinsee die enttäuschten Sportstars des Landes zu Gesicht.

Statt Olympia live mußten sich Marlies Göhr als schnellste Frau der Welt oder Speerwurf-Weltrekordler Uwe Hohn mit Stabwechseln in der Pendelstaffel oder Tauzieh-Künsten begnügen. Dem SED-Blatt „Neues Deutschland" war die Visite der 180 ruhmlos gebliebenen Spitzenathleten eine komplette Reportage-Seite wert. Die „DDR"-Leser sollten auf dem Höhepunkt von Los Angeles wissen, daß es die daheimgebliebenen Asse auf Feld und Rasen auch noch gibt.

Egon Krenz hier, Egon Krenz dort: Erich Honeckers mutmaßlicher Nachfolger begleitete als das für Sport zuständige Politbüro-Mitglied nicht nur die verhinderten Olympioniken zum Lagerwettkampf, sondern flog auch nach Athen. Gestern setzte „Neues Deutschland" die ausführliche Berichterstattung über die Ostberliner Reisediplomatie fort. Krenz traf wenige Wochen nach der Visite von Premier Andreas Papandreou in Ost-Berlin abermals mit dem griechischen Regierungschef zusammen. Dem einheimischen Publikum soll durch die auffällige Plazierung (mit Bild) die Weltläufigkeit der „DDR"-Politik vor Augen geführt werden.

Wenn es politisch nicht frommt, die Bundesregierung frontal zu attackieren, besorgen dies namens der SED ihre Fachleute. So ist ein Beitrag unter dem scheinbar harmlosen Titel „Krise der Strafverfolgung in den imperialistischen Ländern" in der Zeitschrift „Neue Justiz" voll von verleumderischen und agitatorischen Ausfällen gegen die Bundesrepublik. Professor Hans Weber (SED), Lehrstuhlinhaber für Strafrecht an der renommierten SED-Kaderschmiede, der „Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft", unterstellt Bonn quasi die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen den zweiten Staat in Deutschland.

Im Zielpunkt befindet sich dabei wiederum die zentrale Erfassungsstelle der Länder in Salzgitter für den Schußwaffengebrauch an der innerdeutschen Grenze und Schreckensurteile in der „DDR". Diese Einrichtung, schreibt Weber, solle „nicht nur die Kriminalisierung des Verhaltens von DDR-Bürgern betreiben und auf diese Weise an der psychologischen Kriegführung mitwirken, sondern auch den ‚Tag X' vorbereiten".

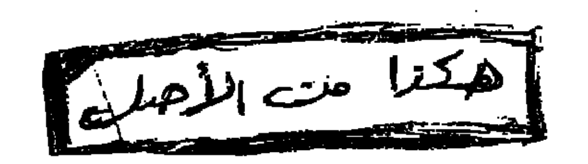
Aus der Presse von drüben

Weber polemisiert weiter: „Ziel und politischer Sinn der interventionistischen und somit völkerrechtswidrigen juristischen Konstruktionen der BRD-Gesetzgebung und -Rechtsprechung über den Geltungsbereich ist es offensichtlich, die BRD-Bürger auf eine mögliche gewaltsame Lösung der ‚deutschen Frage' einzustimmen."

Derartige Töne sind seit Monaten nicht zu vernehmen gewesen. Die jüngste Moskauer Kritik an Ost-Berlin dünkt führenden SED-Kadern offenbar als berechtigt. Zählt doch der Punkt „Salzgitter" zu den vier „essentials" der Geraer Rede von Erich Honecker aus dem Jahre 1980, die noch immer unerfüllt sind.

Das Unwohlsein, westliche Denk- und Lebensart ständig im Ohr oder auf der Mattscheibe zu wissen, bestimmt auch ein Lamento zweier führender Ostberliner Soziologen im SED-Theorieblatt „Einheit". Unter dem Thema „Sozialistische Lebensweise" kritisieren Toni Hahn und Gunnar Winkler: „Imperialistische Konfrontations- und Subversionsstrategen arbeiten zielstrebig und raffiniert darauf hin, Denk- und Verhaltensmuster der Lebensweise ihrer geschichtlich überlebten Welt zu exportieren ... Erinnert sei nur an den rund um die Uhr mit elektronischen Massenmedien geführten ‚psychologischen Kampf' um die Hirne der Menschen..."

Wie so oft, versöhnt bei soviel Unversöhnlichkeit der Gedanke, daß zumindest eine Figur der Deutschen die Gegensätze mildert: Der „Alte Fritz" avanciert drüben nun sogar zum Opernhelden. Der Potsdamer Komponist Gerhard Rosenfeld arbeitet im Auftrag der Deutschen Staatsoper Unter den Linden an einem Opus „Friedrich und Montezuma". Die „Neue Zeit", herausgegeben von der Ost-CDU, meldet, der 53jährige Musiker stelle den Hausherrn von Sanssouci zum 750jährigen Geburtstag Berlins im Jahre 1987 auf die Opernbretter.



Israel: Amt des Regierungschefs weiter umstritten

AP, Tel Aviv

Der Streit um das Amt des israelischen Regierungschefs bestimmt weiterhin die Verhandlungen über eine große Koalition. Der bisherige Ministerpräsident Shamir weigert sich, den Posten Peres zuzugestehen. In „guter Stimmung", so der israelische Rundfunk, haben gestern wirtschaftspolitische Koalitionsgespräche zwischen der israelischen Arbeiterpartei und dem Likud-Block stattgefunden. Beide Parteien hoffen, ihre Meinungsverschiedenheiten überbrücken zu können. Schwierigkeiten werden jedoch auch erwartet bei den Verhandlungen des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses. Streitpunkte sind hier die Haltung des Likud zur Siedlungspolitik und zur Besetzung Südlibanons. Führende Politiker des Likud-Blocks erklärten, sie würden Vorschläge für einen Siedlungsstopp ablehnen und darauf beharren, daß alle künftigen Friedensangebote an Jordanien auf dem Camp-David-Abkommen gründeten. Die Arbeiterpartei dagegen hatte sich bereits in ihrem Wahlprogramm für bedingungslose Friedensgespräche mit Jordanien eingesetzt.

Minensuchboote sind eingetroffen

dpa, Kairo

Die von den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien entsandten Minensuchboote für den Golf von Suez sind nach Angaben des ägyptischen Außenministers Meguid in ihrem Operationsgebiet eingetroffen. Meguid bekräftigte gestern, daß der Suez-Kanal für die Schiffahrt sicher sei, nachdem in den vergangenen Wochen im Roten Meer mindestens 18 Schiffe durch Treibminen beschädigt worden waren. Gleichzeitig wurde in Suez bekannt, daß die ägyptischen Behörden jetzt jedes iranische Schiff bei der Passage durch den Kanal durchsuchen. Es handelt sich um ein bis zwei Frachter pro Tag.

Die ägyptische Nachrichtenagentur MENA veröffentlichte gestern ein Interview, in dem Außenminister Meguid erstmals vermutete, daß eine Terrorgruppe für die Anschläge verantwortlich sein könnte. Er verlangte eine „internationale arabische Konferenz" über die jüngsten Zwischenfälle im Roten Meer.

„In zwölf Jahren 6 000 neue Arbeitsplätze"

Das Engagement von Nixdorf in Berlin-Wedding

F. DIEDERICHS, Berlin

Daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der vergangenen Woche bei einem seiner ersten offiziellen Berlin-Besuche auch die Dependance des Paderborner Computer-Herstellers Heinz Nixdorf aufsuchte, hatte Hintergründe. Weizsäcker würdigte mit der Visite das Engagement eines Mannes, der noch während seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister nicht nur der kränkelnden Wirtschaft der Stadt, sondern auch dem ausblutenden Stadtteil Wedding neue Impulse gegeben hat.

Mit der Entscheidung Nixdorfs, das Produktionsprogramm in Berlin zu erweitern und „in den nächsten zehn bis zwölf Jahren 6000 neue Arbeitsplätze zu schaffen", belegte der 59jährige Unternehmer seine im Januar dieses Jahres gegebene Sympathieerklärung, er fühle sich dieser Stadt nicht nur verbunden, sondern auch verpflichtet.

Noch in diesem Jahr will das Unternehmen, das sich seit 1969 in Berlin engagiert, die Zahl seiner Mitarbeiter von etwa 1000 auf über 1350 erhöhen und die Zahl der Ausbildungsplätze um 160 neue Lehrstellen verdoppeln. Der Grundstein für den beschäftigungspolitisch bedeutsamen Großeinstieg in Berlin war am 3. April dieses Jahres in Paderborn gelegt worden.

Computer-Systeme

An diesem Tag unterzeichneten der Berliner Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) und Firmenchef Heinz Nixdorf einen Vertrag, der dem Computerhersteller im Wege des Erbbaurechts einen erheblichen Teil des 42 000 Quadratmeter umfassenden ehemaligen AEG-Betriebsgeländes im Bezirk Wedding sicherte.

Mit dem Umbau der traditionellen AEG-Produktionsstätte für rund 100 Millionen Mark stoppt Nixdorf auch den Arbeitsplatzabbau in einem der Gebiete, die nach dem Kriege Industriegeschichte schrieben. In Berlin sollen nun ganze Computer-Systeme und nicht nur einzelne elektronische Bauelemente produziert werden. Vorgesehen ist auch die Herstellung von Leiterpaletten und Magnetplatten-Laufwerken.

Auch der Vertrieb hierfür soll von Berlin aus weltweit organisiert werden. Um den teilweise erforderlichen Bedarf an qualifizierten Fachkräften abzudecken, kündigte Nixdorf die Gründung einer „Gesellschaft für neue Berufe" an, die mit finanzieller *„Anschubfinanzierung" durch das* Förderprogramm des Berliner Senats jährlich rund 80 bis 100 Jungakademiker ausbilden wird.

Das „hervorragende wirtschaftliche Engagement Nixdorfs" in Berlin – so Finanzsenator Kunz – ließ sich auch nicht dadurch erschüttern, daß im vergangenen Jahr Pläne für *ein fünfstöckiges neues* Fabrikgebäude im Bezirk Kreuzberg scheiterten: Das bezirkliche Stadtplanungsamt und Anwohner kritisierten damals die geplante Betonfassade des Baus und forderten von Nixdorf eine „herausragende Industriearchitektur". Aus Kostengründen zog das Unternehmen darauf den Bauantrag, nicht aber die Absicht, sich weiter in Berlin *zu engagieren, zurück.*

Alternative gefunden

Mit Hilfe des Senats suchte Nixdorf nach Alternativen und fand den neuen Standort hinter den alten Backsteinfassaden des AEG-Betriebes. Dort, wo bereits kleine, junge Unternehmen unter dem Dach des „Berliner Industrie- und Gründerzentrums" (BIG) neue Technologien entwickeln, setzt die Berliner Industrie nun mit Nixdorf zum Sprung von der Elektromechanik zur zukunftsweisenden Elektronik-Fertigung an.

In den unter Denkmalschutz stehenden AEG-Hallen entstehen hochmoderne Fertigungsstraßen des Unternehmens, das in Zukunft in Berlin noch stärker „auf das Gaspedal" treten will. Schon heute kommen 20 Prozent der Weltproduktion Nixdorfs von der Spree, darüber hinaus sind hier bereits 20 Prozent aller Entwicklungs- und Forschungskapazitäten konzentriert.

Am rasanten Aufstieg des Unternehmens *soll auch* Berlin *teilhaben:* Im vergangenen Jahr glückte nicht nur eine Umsatzsteigerung um 19 Prozent auf 2,7 Milliarden Mark, sondern auch die Vorbereitung des Börseneinstiegs, der dann im Juli dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche

dpa, Tschenstochau

Der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat gestern im Wallfahrtsort Tschenstochau das Staatsbürgerrecht der Bundesrepublik Deutschland kritisiert und sich indirekt gegen die These von der Existenz einer starken deutschen Minderheit in Polen gewandt. „Das Recht eines Landes kann seine Normen nicht auf die Bürger eines zweiten Landes anwenden, wenn es Recht sein will und keine auf politisches Spiel ausgerichtete Mission", sagte Glemp vor mehr als 200 000 Gläubigen. Der Primas ging in seinem Aufruf kaum auf innerpolnische Probleme ein, sondern widmete sich ausführlich dem Verhältnis zwischen Polen und Deutschen.

Es gebe das Phänomen einer Integration. Wenn jemand sich nach 40 Jahren in Polen als Ausländer bezeichne, „obwohl er weder die Sprache noch die Kultur dieses angeblichen Vaterlandes kennt, so haben wir es mit einem künstlich hervorgerufenen Prozeß zu tun". Die polnische Kirche wolle Ausländern Gebete in der eigenen Sprache ermöglichen. Aber sie könne nicht mit gutem Gewissen Andachten in einer fremden Sprache für Leute organisieren, „die diese Sprache nicht kennen und sie erst im Gebet lernen wollen".

Duarte unterstützt USA in Den Haag

AFP, San Salvador

Der salvadorianische Staatspräsident Duarte hat den Internationalen Gerichtshof in Den Haag aufgefordert, die am 9. April erhobene Klage der Sandinisten gegen Washington zurückzuweisen. Managua hatte sich wegen Verminungsaktionen der CIA gegen nicaraguanische Häfen an den Gerichtshof gewandt. Von amerikanischer Seite hätte es geheißen, durch die Verminung hätten die Waffenlieferungen Nicaraguas an die salvadorianische Guerilla unterbunden werden sollen. In einem dem Haager Gerichtshof zugesandten Dokument mit einer „Aufzählung aller Tatsachen" betonte Duarte, El Salvador fühle sich als „Opfer einer realen bewaffneten Aggression von seiten Nicaraguas".

Politik überschattete Weltbevölkerungskonferenz

USA stimmten unter Vorbehalt Schlußresolution zu

DW. Mexiko-Stadt

Politische Diskussionen haben die gestern beendete Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko belastet. Bis zum Schluß der Konferenz wurde über eine Resolution diskutiert, in der die israelische Siedlungspolitik indirekt verurteilt wurde. Dann lenkten die Amerikaner ein und ließen den ihnen nicht genehmen Passus in den 88 Empfehlungen unter Vorbehalt stehen, um die Übereinstimmung nicht zu gefährden. Die Resolution, die Israel nicht namentlich nannte, war zuvor mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen worden. Zwei Tage zuvor war ein Abrüstungsantrag der UdSSR entschärft worden (WELT v. 15. 8.).

Wie der amerikanische Delegationsleiter James Buckley sagte, sei die Resolution eindeutig auf den Nahen Osten gerichtet und nicht etwa auf das Baltikum oder Afghanistan. Buckley nannte sie eine politische Angelegenheit, die nicht in die Konferenz gehöre.

Die neuntägige Konferenz hatte den vor zehn Jahren in Bukarest verabschiedeten „Bevölkerungsaktionsplan" überprüft, die Gültigkeit seiner Prinzipien und Absichten bestätigt und eine Reihe von Empfehlungen für die künftige Bevölkerungspolitik gegeben. Die „Erklärung von Mexiko" resümiert die Entwicklungen auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik seit 1974.

Gegen Abtreibung

Im Gegensatz zu damals konnte in Mexiko ein breiter Konsens über demographische Fragen erzielt werden. Nach Mexiko gilt als gemeinsame Basis *der Bevölkerungspolitik die* Erkenntnis, daß Entwicklung und Familienplanung zusammengehören und einander bedingen.

In der Konferenz wurde hervorgehoben, die Familienplanung habe die Geburtenrate mit relativ geringen Kosten senken können. In dem Schlußdokument sprachen sich die Delegierten gegen die Abtreibung als Mittel der Familienplanung aus. Schwangerschaftsabbruch solle „in keiner Weise als Methode der Familienplanung gefördert" werden, heißt es in der Erklärung. Statt dessen schlugen sie andere Maßnahmen vor, um den Zuwachs der Weltbevölkerung zu drosseln, die nach Schätzungen zur Jahrtausendwende um 1,3 auf 6,1 Milliarden Menschen gestiegen sein wird.

Mit diesem Teil des Schlußberichts konnten sich die Amerikaner in der Diskussion behaupten, die angekündigt hatten, die finanzielle Unterstützung für Organisationen einzustellen, die die Abtreibung propagieren. Die USA erklärten sich bereit, wieder zu zahlen. Von dem Empfängerländern amerikanischer Hilfe wird dabei verlangt, die Mittel nicht an Verbände weiterzugeben, die die Abtreibung befürworten.

Rolle der Frau

Die Verbesserung der Stellung der Frau und die Achtung ihrer Rolle wurde auf der Konferenz als bedeutende Aufgabe genannt, die auch positiv auf Zahl und Lebenserwartung der Menschen wirken. Im Jahr 2000 werden etwa 1,6 Milliarden Frauen in gebärfähigem *Alter sein, von denen* 1,3 Milliarden in Entwicklungsländern leben.

Mit Blick auf die Zukunft schreiben die Delegierten, die nächsten Jahrzehnte würden schnelle Veränderungen der Bevölkerungsstruktur bringen. Dabei steige die Zahl der Jugendlichen und Kinder in den Entwicklungsländern überproportional an, während in den Industriestaaten die Zahl der Alten zunehmen werde. Als besorgniserregend wurde die rasche Verstädterung angesehen. Nach der Prognose der Weltbevölkerungskonferenz werden Ende des Jahrhunderts drei Milliarden Menschen oder 48 Prozent der Weltbevölkerung in zumeist großen Städten leben.

Zu den weiteren Empfehlungen an die Regierungen gehören, Flüchtlingen zu helfen und 1990 an der weltweiten Volks- und Wohnungszählung teilzunehmen. Zudem sollen der UN-Fonds für Bevölkerungspolitik weiter gestärkt und UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar beauftragt werden, in fünf Jahren eine Bilanz über die Durchführung des Aktionsplanes von Mexiko zu ziehen. Gegebenenfalls soll er dafür 1989 eine Dritte Weltbevölkerungskonferenz einberufen. Eine entsprechende Entscheidung liegt bei der UNO-Vollversammlung.

Seite 2: Palaver und Polemik

FAO-Konferenz: Anklagen gegen Industriestaaten

AFP, Buenos Aires

Lateinamerika und die Karibik sind heute keine in der Entwicklung begriffenen Regionen mehr, sie stehen vielmehr in einem Prozeß der Stagnation oder des Rückschritts. Diese Auffassung beherrscht die Diskussionen auf der 18. Regionalkonferenz der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der UNO (FAO) in Buenos Aires. Über ein Drittel der Länder der Region habe heute einen niedrigeren Agrarstand als vor 30 Jahren, erklärte der Regionaldirektor des FAO-Welternährungsprogramms, Hugo Navajas Morgo. In den vergangenen Jahren habe sich Lateinamerika paradoxerweise in eine Region des Kapitalexports in die Industriestaaten verwandelt. Der argentinische Delegierte sprach von der schwersten Wirtschafts- und Sozialkrise Lateinamerikas und der Karibik in diesem Jahrhundert. Eine Lösung für diese Krise sei nicht in Sicht. Die ständig fallenden Agrarpreise, die Zollschranken und der Absatz von Überschüssen der Industriestaaten stünden in engem Zusammenhang mit der ernsten Lage in den Ländern der Region.

Spionageschiff vor der US-Küste

AP, Seattle

Vor der amerikanischen Nordwestküste kreuzt nach Angaben der US-Marine ein sowjetisches Spionageschiff. Das Schiff, die 89 Meter lange „Semjon Tscheljuskin", sei etwa 100 Kilometer vor der Mündung des Columbia-Flusses im Pazifik gesichtet worden, sagte Marinesprecher James Jones. Die Bewegungen des Schiffes würden von Amerikanern und Kanadiern genau verfolgt. Die Amerikaner vermuten, daß das Schiff bei früheren Operationen Informationen über die neuen amerikanischen U-Boote der Trident-Klasse sammeln sollte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Am 10. August 1984 verstarb unser Ehrenpräsident, Herr

Walter Veit

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
Ritter des Johanniter-Ordens von Dänemark
Träger der Goldenen Ehrennadel mit Brillanten des BVK
Ehrenpräsident des Bureau International des Producteurs d'Assurances et de Reassurances

im Alter von 71 Jahren.

Wir trauern um eine bedeutende Persönlichkeit, welcher der BVK und der gesamte Berufsstand der selbständigen Versicherungskaufleute sehr viel zu verdanken haben. Er gehörte zu den Männern der ersten Stunde, welche sich nach dem letzten Kriege dem Neuaufbau der Berufsorganisation verschrieben und sie mit großer Aktivität und unter persönlichen Opfern betrieben haben. Nach vorangegangener Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirksverbandes Frankfurt und der Arbeitsgemeinschaft Hessen bestimmte er als Präsident zwölf Jahre lang von 1960 bis 1972 die Geschicke unseres Verbandes, der in dieser Zeit einen ungewöhnlichen Aufschwung hatte, nicht zuletzt bedingt durch eine Neuorientierung der Verbandspolitik, deren Grundzüge auch noch heute gelten.

Das hohe Ansehen, das sich Herr Walter Veit in der nationalen und der internationalen Versicherungswirtschaft erwarb, hat ihm eine Fülle von Ämtern gebracht. So war er u. a. von 1961 bis 1964 Präsident der internationalen Berufsorganisation der selbständigen Versicherungskaufleute, des Bureau International des Producteurs d'Assurances et de Reassurances (BIPAR) in Paris.

Herr Walter Veit hat sich große Verdienste um den BVK und den Berufsstand erworben. Wir bleiben ihm in Dankbarkeit verpflichtet und werden sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

Bonn, den 14. August 1984

BUNDESVERBAND
DEUTSCHER
VERSICHERUNGSKAUFLEUTE

Max Engl
Präsident

Gerhard Garbe
Verbandsdirektor

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß das Mitglied unseres Aufsichtsrates und Verwaltungsbeirates und der ehemalige Vorsitzende beider Gremien

Bruno Bereuter

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

am 8. August 1984 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

In seinem langjährigen Wirken für unser Unternehmen war er uns ein sachverständiger Berater und aufrichtiger Freund. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
Rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft

Köln, den 15. August 1984

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen im Familienkreis stattgefunden.

Es würde im Sinne des Verstorbenen liegen, wenn Sie eine etwaige Zuwendung dem SOS-Kinderdorf e. V., München (Postgiro-Nr. 60 640–802 München), zukommen ließen.

---

†

Es ist uns eine schmerzliche Aufgabe, bekanntgeben zu müssen, daß der Gründer und Inhaber unseres Unternehmens, Herr

Kurt Haas

in den frühen Morgenstunden des 9. August 1984 im 75. Lebensjahr dem schweren Leiden, welches ihn befallen hatte, erlegen ist.

Mit fundiertem Fachwissen und großem unternehmerischem Engagement, unter Hintanstellung persönlicher Belange, konnte Herr Kurt Haas unsere Firma in 35 Jahren zu ihrer heutigen Größe und Bedeutung ausbauen.

Wir schulden Herrn Haas Dank und Respekt und werden ihm ein ehrendes Andenken in unserem Hause bewahren.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firma
Kurt Haas

Bochum, Castroper Hellweg 111

Die Beisetzung hat in aller Stille im engsten Familienkreis stattgefunden.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Ulm
3	Bonn	Hamburg
4	FU Berlin	Frankfurt
5	FU Berlin	Freiburg
6	FU Berlin	Göttingen
7	FU Berlin	Hannover
8	FU Berlin	Hamburg
9	FU Berlin	Mannheim
10	FU Berlin	Marburg
11	FU Berlin	Münster
12	FU Berlin	TU München
13	FU Berlin	Regensburg
14	FU Berlin	Tübingen
15	FU Berlin	Ulm
16	FU Berlin	Würzburg
17	Frankfurt	Bonn
18	Frankfurt	Freiburg
19	Frankfurt	Göttingen
20	Frankfurt	Hannover
21	Frankfurt	Hamburg
22	Frankfurt	Lübeck
23	Frankfurt	Uni Kiel
24	Frankfurt	Mannheim
25	Frankfurt	Marburg
26	Frankfurt	TU München
27	Frankfurt	Regensburg
28	Frankfurt	Tübingen
29	Frankfurt	Ulm
30	Frankfurt	Würzburg
31	Köln	Aachen
32	Köln	Freiburg
33	Köln	Hannover
34	Köln	Münster
35	Köln	Tübingen
36	Marburg	Bonn
37	Marburg	Freiburg
38	Marburg	Hamburg
39	Marburg	Würzburg
40	Münster	Freiburg
41	Münster	Lübeck
42	Tübingen	Freiburg
43	Tübingen	TU München
44	Würzburg	Bonn
45	Würzburg	Freiburg
46	Würzburg	Göttingen
47	Würzburg	Köln
48	Würzburg	Münster
49	Würzburg	TU München
50	Würzburg	Tübingen

Zahnmedizin

2. Semester

	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	FU Berlin
3	Aachen	Düsseldorf
4	Aachen	Erlangen
5	Aachen	Frankfurt
6	Aachen	Freiburg
7	Aachen	Giessen
8	Aachen	Göttingen
9	Aachen	Hannover
10	Aachen	Heidelberg
11	Aachen	Hamburg
12	Aachen	Köln
13	Aachen	Uni Kiel
14	Aachen	Marburg
15	Aachen	Münster
16	Aachen	Uni München
17	Aachen	Mainz
18	Aachen	Saarbrücken
19	Aachen	Tübingen
20	Aachen	Ulm
21	Aachen	Würzburg
22	Bonn	Erlangen
23	FU Berlin	Freiburg
24	FU Berlin	Heidelberg
25	FU Berlin	Uni München
26	FU Berlin	Tübingen
27	Düsseldorf	Erlangen
28	Düsseldorf	Freiburg
29	Düsseldorf	Uni München
30	Frankfurt	Heidelberg
31	Frankfurt	Uni München
32	Frankfurt	Ulm
33	Freiburg	Heidelberg
34	Freiburg	Tübingen
35	Gießen	Hamburg
36	Göttingen	Uni München
37	Göttingen	Tübingen
38	Köln	Bonn
39	Köln	Erlangen
40	Köln	Frankfurt
41	Köln	Freiburg
42	Köln	Gießen
43	Köln	Heidelberg
44	Köln	Marburg
45	Köln	Münster
46	Köln	Uni München
47	Köln	Mainz
48	Köln	Saarbrücken
49	Köln	Tübingen
50	Köln	Ulm
51	Köln	Würzburg
52	Münster	Hamburg
53	Uni München	Freiburg
54	Ulm	Erlangen
55	Ulm	Marburg
56	Ulm	Würzburg

Zahnmedizin

3. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Düsseldorf
2	Erlangen	Uni München
3	Erlangen	Mainz
4	Freiburg	Frankfurt
5	Freiburg	Uni München
6	Freiburg	Mainz
7	Freiburg	Ulm
8	Heidelberg	Uni München
9	Hamburg	Düsseldorf
10	Hamburg	Hannover
11	Hamburg	Münster
12	Köln	Heidelberg
13	Marburg	Heidelberg
14	Mainz	Bonn
15	Mainz	Marburg
16	Mainz	Münster
17	Würzburg	Frankfurt

Zahnmedizin

4. Semester

	von	nach
1	Aachen	Uni München
2	Aachen	Tübingen
3	Aachen	Ulm
4	Freiburg	Bonn
5	Freiburg	FU Berlin
6	Freiburg	Frankfurt
7	Freiburg	Hamburg
8	Freiburg	Mainz
9	Freiburg	Tübingen
10	Freiburg	Ulm
11	Gießen	Uni München
12	Göttingen	Düsseldorf
13	Göttingen	Frankfurt
14	Göttingen	Mainz
15	Köln	Bonn
16	Köln	Düsseldorf
17	Köln	Mainz
18	Uni München	Heidelberg
19	Uni München	Mainz

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

Hungerhilfe für Afrika – ein Medikament, das nur lindert

Bevölkerungsexplosion und Mißwirtschaft als Ursache / Verfehlte Entwicklungsprojekte

BERNT RÜTTEN, **Bonn**

Der Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, Bernd Dreesmann, ist zur größer werdenden Schar derjenigen Kritiker gestoßen, die behaupten, daß Afrika nicht am Verhungern sei. Damit widerspricht er Katastrophenmeldungen anderer Organisationen, die die Deutschen bewogen haben, 47 Millionen Mark zu spenden, was allgemein als großer Erfolg gewertet wurde.

Unabhängig davon, ob Dreesmann nur deshalb an die Öffentlichkeit trat, weil die Spendenaktion der ARD lediglich den beiden kirchlichen Hilfsorganisationen „Misereor" und „Brot für die Welt" zugute kam und die „Welthungerhilfe" sich so vom „Spendenmarkt" ausgeschlossen sah, sieht der hilfsbereite Laie sich mit einer Vielzahl von unbeantworteten Fragen konfrontiert:

Katastrophen- und Entwicklungshilfe in Afrika haben in der Vergangenheit wenig überzeugende Resultate gebracht. Daß Katastrophenhilfe wie ein gefährliches Medikament wirkt, das kurzfristig Linderung verschafft, die Ursache der Krankheit aber unberührt läßt und langfristig die Krankheit sogar noch verschlimmert, ist eine Erkenntnis, zu der man erst nach Dekaden entsprechender Praxis gelangt ist. Man solle ihnen nicht Fische geben, sondern sie fischen lehren, pflegen die Entwicklungsstrategen auf Geber- und Empfängerseite in seltener Einmütigkeit zu beschließen. Aber nach mehr als 20jähriger Entwicklungshilfe gilt offenbar: Wer früher schlecht und recht und zugegebenermaßen in primitiver Weise fischen konnte, hat es verlernt oder vergessen oder sieht keinen Sinn mehr darin.

Bevölkerungsexplosion, politische Fehlkonzeptionen und Mißwirtschaft in Afrika vermögen den Niedergang nur annähernd zu erklären und nicht darüber hinwegzutäuschen, daß auch die Entwicklungshilfe versagt hat.

Ob Afrika am Verhungern ist oder nicht – fest steht, daß Hunger in Afrika in erschreckendem Umfange existiert. Doch es steht auch fest, daß es Reichtum und Verschwendung in Afrika gibt. Unter dem Strich liegt der allgemeine Lebensstandard weit unter dem der westlichen Welt. Den Hunger zu beseitigen, bedeutet letztlich nichts anderes als den Lebensstandard der Afrikaner zu erhöhen.

Katastrophen- und Entwicklungshilfe gehen ineinander über. Das zeigt

DIE ● ANALYSE

sich schon bei der Verteilung der Nahrungsmittelhilfe, die vielfach daran scheitert, daß es an Straßen und Fahrzeugen mangelt. Häufig liegt es sogar nur an der fehlenden Infrastruktur, daß es in gewissen Gebieten zu Nahrungsmittelknappheit kommt.

Der nächste und wesentliche Schritt, die heimische Nahrungsmittelproduktion anzukurbeln, wird auch bereits seit Jahren sowohl von afrikanischen Regierungen als auch von Entwicklungshilfegebern lautstark propagiert, ohne daß eine Steigerung der Produktion vorzuweisen wäre. Erst danach wäre an den Aufbau einer eigenen Industrie zu denken. Bestrebungen in dieser Hinsicht sind in der Vergangenheit anders als im Fernen Osten nicht nur fehlgeschlagen, sondern haben sich auch als ruinöse Verlustbringer erwiesen.

Das Problem, des Hungers in Afrika Herr zu werden, läuft also wieder auf die Frage hinaus, wie man Volkswirtschaften aus dem Sumpf des wirtschaftlichen und sozialen Marasmus ziehen soll. Hier bieten sich zwei Ansatzpunkte:

1. Durch Einzelprojekte punktuell Linderung zu schaffen in der Hoffnung, daß die Summe der einzelnen Faktoren die Lebensverhältnisse allgemein verbessert. Dabei besteht die Gefahr, daß die einzelnen Projekte im luftleeren Raum schweben und von ungünstigen Rahmenbedingungen ruiniert werden.

2. Ein makroökonomisches Konzept, wie es der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zu bieten haben, deren Radikalkur Härten für die Ärmsten der Armen und soziale Spannungen gefährlichen Ausmaßes mit sich bringt. In Uganda hat diese Entwicklungsstrategie, die durch Abwertung künstlich überhöhter Wechselkurse, Privatisierung aufgeblähter und ineffektiver Staatsbetriebe, Abbau von Subventionen und Rückkehr zur Preiswahrheit gekennzeichnet ist, tatsächlich eine zerstörte Volkswirtschaft wieder zum Leben erweckt. Auch in Ghana scheint sie erste Ergebnisse zu zeigen.

Nicht ohne Grund hat sich ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Entwicklungsprojekten eingestellt, die mit hochqualifizierten und entsprechend hochbezahlten Experten arbeiten. Das mag die ARD bewogen haben, die Spendengelder den kirchlichen Organisationen zukommen zu lassen, deren Mitarbeiter in der Regel bescheiden und zudem noch aus Kirchensteuermitteln bezahlt werden. Aber auch sie müssen im Einzelfall auf teure Experten und Technologie aus dem Ausland zurückgreifen.

Die Unesco ringt um Reformen

Westen löste heilsamen Schock aus / Kein völliger Auszug der Amerikaner

MANFRED NEUBER, **Bonn**

Ist die Unesco noch zu retten? Am Sitz der Unterorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris wird über einschneidende Reformen nachgedacht, die ein Scheitern der Unesco verhüten sollen.

Die Vereinigten Staaten haben mit der Kündigung ihrer Mitgliedschaft zum Jahresende einen heilsamen Schock ausgelöst. Washington trägt ein Viertel der gesamten Umlagen für den Unesco-Etat. Ohne die Zahlungen der Amerikaner müßten zahlreiche Programme gekürzt oder eingestellt werden.

Auch Großbritannien und die Niederlande machen ihr Verbleiben in der Unesco von Änderungen an Haupt und Gliedern abhängig. Andere westliche Staaten wollen ihre Haltung zu der umstrittenen Organisation überprüfen, falls sich in nächster Zeit nichts ändert.

Die Reagan-Administration verlangt organisatorische Verbesserungen in der Arbeitsweise der Unesco, eine Begrenzung ihres Aufwandes und eine striktere Ausgabenkontrolle. Letztlich kommt es den USA darauf an, daß sich die Unesco auf die Aufgaben gemäß ihrer Charta besinnt.

Zum Verdruß des Westens ist die Unesco unter ihrem Generalsekretär Amadou Mahtar M'Bow in ein ideologisches Fahrwasser geraten. Ihr Kurs wird zunehmend von radikalen Ländern der Dritten Welt und vom Ostblock bestimmt. Exemplarisch dafür stehen die Pläne für eine Welt-Medienordnung.

Auf der letzten Sitzung des Exekutivausschusses wurde eine Reformkommission eingesetzt, die bis zur Tagung im September ihre Empfehlungen vorlegen soll.

Der Unterstaatssekretär für internationale Organisationen im US-Außenministerium, Gregory Newell, meint: „Wir hatten nicht vor, die Frage des Austritts zu einem Streit zwischen der Unesco und den USA werden zu lassen, während der Kern der Angelegenheit darin liegt, dringend Reformen herbeizuführen." Washington leitete dem Ausschuß mehr als 150 Empfehlungen zu, die das Unesco-Programm für die Jahre 1986/87 betreffen.

Über die Erwägungen in Paris, wie die Besetzung des Exekutiv-Ausschusses neu geregelt und die Interessen der Minderheit gegenüber dem von der Mehrheit aus der Dritten Welt rigoros praktizierten Konsensus-System besser geschützt werden sollten, sind die Amerikaner noch unzufrieden. Der Westen muß auf grundlegenderen Änderungen bestehen.

Wie der Unterstaatssekretär mitteilte, werden die USA die multinationale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kommunikation, Kultur und Wissenschaft fortsetzen, selbst wenn die Kündigung in der Unesco wirksam wird. Mit dieser Unterorganisation wolle man auch bei geologischen und ozeanographischen Programmen, die für Amerika nützlich seien, zusammenarbeiten.

Die Austrittsdrohung der USA zeitigt in anderen internationalen Organisationen bereits eine positive Wirkung: Bei der Internationalen Atomenergie-Agentur, bei der Internationalen Fernmelde-Union und bei dem unter Unesco-Ägide laufenden Internationalen Programm für die Entwicklung der Kommunikation ist die Mehrheit aus den Entwicklungsländern jetzt eher bereit, auf westliche Ideen einzugehen.

Bei der Unesco bleibt jedoch Skepsis angebracht, ob ihre Mehrheit und vor allem der Generalsekretär zu tatsächlichen Reformen bereit sind, die ihre offenkundigen Mißstände beheben, oder ob man nur widerwillig in kleine administrative Korrekturen einwilligt.

Das Unbehagen über die Deutschen

DW. / D. SCHULZ, **Washington**

Die deutsch-deutsche Annäherung, symbolisiert durch die Bonner Kredite für die „DDR" und den angekündigten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik, ist dieser Tage Thema von Leitartikeln und Analysen in amerikanischen Zeitungen. Man befaßt sich mit dem Phänomen, daß es den Deutschen in Ost und West gelungen ist, einen sachlichen Dialog aufrecht zu erhalten, während die Ost-West-Beziehungen vereisen.

Dabei wird deutlich, daß man die Entwicklung vielerorts fasziniert, aber auch mit Argwohn beobachtet. So sieht etwa die „Washington Post" in der Erwärmung der Beziehungen einen Beweis dafür, daß man sowohl in Bonn als auch in Ost-Berlin Gründe dafür zu haben glaube, eine gewisse Unabhängigkeit zu dem jeweiligen großen Verbündeten zu demonstrieren. „Das schlägt kleine Wellen des Unbehagens andernorts im Westen, wo sich die Leute fragen, wohin denn dieser interessante Prozeß wohl führen werde?" fragt das Blatt.

Einen ähnlichen Gedanken führt auch der konservative Kommentator William Safire in der „New York Times" an: „Die Bundesrepublik drückt ihren Daumen ins Auge der westlichen Supermacht (was nur eine konservative, der NATO verpflichtete Regierung tun kann), während die DDR offensichtlich ihren Daumen ins Auge der östlichen Supermacht drückt (was nur ein stramm kommunistisches, repressives Regime tun kann)."

Safires Schlußfolgerung: Die Deutschen in Ost und West hätten damit begonnen, Druck auszuüben, um die Wiedervereinigung ihres Landes zu erreichen. Natürlich wolle dies niemand eingestehen. Die Deutschen sprächen nur von einer „schließlichen" Wiedervereinigung, wenn es einst den universalen Frieden gäbe, da sie wüßten, daß die bloße Aussicht auf ein einziges Deutschland sehr schnell ihre Glaubwürdigkeit als Verbündete der sich gegenüberstehenden Seiten zerstören würde.

Ursprünglich hätte Moskau die Annäherung Ost-Berlins an den Westen als einen Teil seiner Kampagne gebilligt, um Europa dazu zu bringen, die Stationierung von US-Raketen abzulehnen. Als diese Verführung gescheitert sei und die Bundesrepublik der enormen russischen Aufrüstung eine westliche Antwort entgegensetzte, habe Moskau von der „DDR" erwartet, daß sie auf eine neue, harte Linie umschwenke. Aber die „DDR"-Bürger, die „üblicherweise untertänig auf die Befehle Moskaus reagieren, machen sich dafür stark, ihre westlichen Kontakte weiterzupflegen. Sie testen die Grenzen des sowjetischen Zorns oder sie beuten die Spaltung innerhalb des sich ständig in Agonie befindlichen inneren Kreml-Zirkels aus", schreibt Safire.

Wenn der Annäherungsprozeß Moskau zu weit geht, werden die Sowjets nach Ansicht Safires wie in Polen vorgehen. Dabei erinnert er daran, daß 20 russische Divisionen auf „DDR"-Gebiet stehen. Wenn Bundeskanzler Kohl „das kommunistische Regime weiter finanziert und technisch unterstützt", würden die Amerikaner mit einer Billigung des Nunn-Gesetzes reagieren, das heißt, die amerikanischen Truppen würden abgezogen.

Die Westdeutschen würden den Prozeß der Wiedervereinigung beginnen, ohne ihn jemals so zu nennen. Für Honecker scheine der deutsche Nationalismus mehr zu bedeuten, als eine permanente Unterwürfigkeit gegenüber Moskau. Für Herrn Kohl bedeute er mehr als die Art und Weise, wie die jetzige Generation Europa verteidige. In zehn Jahren würde man mehr über die Geheimverhandlungen der Deutschen erfahren, die das Vaterland der Ideologie voranstellten.

Safire stellt schließlich die Frage, ob ein wiedervereinigtes neutralistisches Deutschland ein nützlicher Puffer zwischen den Supermächten sein könnte oder ein Weg für die Sowjets, die Amerikaner aus Europa herauszudrängen.

Obwohl sich die Reagan-Regierung nach außen hin jedes kritischen Kommentars enthält, ist es kein Geheimnis geblieben, daß man sich auch im Kreis der außenpolitischen Berater des Präsidenten seine Gedanken über die Deutschen macht. Als mit Helmut Schmidt noch ein Sozialdemokrat an der Spitze der Bundesregierung stand, fanden es die „Hardliner" um Reagan noch vergleichsweise leicht, mit dem Phänomen der deutsch-deutschen Annäherung fertigzuwerden. Einem „Sozialisten" mißtraute man in jedem Falle.

Das Wundern begann erst, als auch der konservative Kohl (und schließlich sogar Strauß) nicht von der Fortentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen lassen wollte.

Beim Kanzler-Besuch in Washington im März begleitete die konservative „Heritage Foundation" (aus der viele Denkanstöße für die Innen- und Außenpolitik der Reagan-Regierung gekommen waren) das Ereignis mit einer „Sündenliste", die beweisen sollte, daß Kohl weit hinter den in ihn gesetzten Erwartungen zurückgeblieben sei: Er hatte die von den Vorgängern eingeleitete Ostpolitik fortgesetzt, er hatte nicht Front gegen die Erdgasleitung der Sowjets gemacht, er hatte den Verteidigungshaushalt nicht, wie erwartet, erhöht.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Lex Honnecker"

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in die Bundesrepublik Deutschland wird immer wieder berichtet, der Besuch bereite westdeutschen Staatsanwälten große Probleme – von Rechts wegen seien sie nämlich gehalten, aufgrund vorliegender Strafanträge von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland (z. B. wegen „Anstiftung zum Mord an der innerdeutschen Grenze") gegen Honecker Strafverfolgungsmaßnahmen einzuleiten.

Die Berichterstatter übersehen dabei, daß Honecker gemäß § 20 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der am 7. Juni 1984 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Fassung (BGBl. 1984 I, S. 990) von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit ist, weil er sich „als Repräsentant eines anderen Staates auf amtliche Einladung der Bundesrepublik Deutschland" hier aufhalten wird; jegliche Strafverfolgungsmaßnahme ist daher unzulässig.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Lauff,
Bonn 1

Deutsche Frage

Die sowjetische Propandakampagne gegen die Bundesrepublik (und möglicherweise gegen die DDR) hat hierzulande in den Köpfen wie vor allem in den Medien Verwirrung gestiftet. Die Reaktionen waren widersprüchlich und unbefriedigend. Es liegt aber im dringlichen deutschen Interesse, hier messerscharfe Klarheit zu schaffen. Um das zu erreichen, muß man zwei Dinge exakt auseinanderhalten:

1. Die Frage der deutschen Nation.

Hier geht es keineswegs um Grenz- oder Gebietsfragen – die werden überhaupt nicht berührt –, sondern um solche des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und der individuellen Menschenrechte. Die Frage betrifft das deutsche Volk, das gegenwärtig in zwei Staaten leben muß, aber wieder eine Nation werden will. Hier geht es also um ein Problem, das ausschließlich das deutsche Volk und seine beiden Teilregierungen angeht. Eine Vereinigung oder ein Zusammenschluß beider deutscher Teilstaaten – beispielsweise zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder zu einer Konföderation – ist dementsprechend alleinige Sache der Deutschen und berührt weder Territorial- noch Bündnisfragen noch das Mitspracherecht der ehemaligen Alliierten.

2. Die Frage des Deutschen Reiches.

Hier geht es um die Tatsache, daß das Deutsche Reich in völkerrechtlicher Qualifikation 1945 nicht untergegangen ist, da es bis heute keinen Friedensvertrag gibt, der diese Frage – so oder so – als einziges Mittel lösen könnte. Hier sind natürlich Grenz- und Gebietsfragen impliziert, die niemals von den Deutschen im Alleingang gelöst bzw. bestimmt werden könnten. Hier ist auch „Deutschland als Ganzes" betroffen, wofür sich die vier Besatzungsmächte ausdrücklich ein Mitspracherecht vorbehalten haben.

Beides muß man klar voneinander trennen. Die Frage der deutschen Nation ist aktuell, dringlich und ganz ohne Zweifel „offen". Die Frage des Deutschen Reiches ist weder dringlich noch aktuell und kann erst in einem Friedensvertrag mit dem vereinigten deutschen Volk geregelt werden.

Dr. Wolfgang Venohr,
München

Wort des Tages

„ Seid selbst erst gut, und die andern Guten bleiben euch nicht verborgen. Gleich und gleich gesellt sich gern. Bist du vollwertige Frucht, dann gesellst du dich zu gleicher Frucht; bist du aber Spreu, dann wirst du auch andere Spreu um dich haben. Fang erst selbst einmal an, gut zu sein, und ihr werdet sehen, wie viele Gute es noch gibt. "

Augustinus von Hippo; Kirchenlehrer (354–430)

Personalien

VERANSTALTUNG

„Musik und Politik" werden sich bei einem Sommernachtstraum auf dem Wasserschloß Gracht im Rheinland auf ungewöhnliche Weise mischen: Die „Gesellschaft der Musikfreunde Bonn" läd hierzu am 25. August ein. An der Spitze des Kuratoriums steht **Ilse-Margot Prinzessin von Hohenzollern**, Schloß Namedy. Zu den vielen ausübenden Künstlern, die sich auf Schloß Gracht ansagten, gehört das Kuratoriumsmitglied **Yehudi Menuhin**. 100 mitwirkende Musiker, Schauspieler und Politiker werden, so heißt es in der Einladung, „die imaginäre Grenze zwischen sogenannter ernster und unterhaltender Musik aufheben". Angesagt haben sich als Musiker unter anderem Bayerns Kultusminister Professor Dr. **Hans Maier**, Orgel, der luxemburgische Botschafter Dr. **Adrien Meisch**, Klavier, und ein Herr, der die Flötenkonzerte im alten Preußen zu Ruhm brachte: **Friedrich II., König von Preußen**, wobei der Darsteller bisher nicht verraten wird. Der Aufmarsch der Politiker bei der Gesellschaft kann sich ebenfalls sehen lassen: Es kommen Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, Wirtschaftsminister **Martin Bangemann**, Arbeitsminister **Norbert Blüm**, Wohnungsbauminister **Oscar Schneider**, Staatsminister **Friedrich Vogel**, Bundeskanzleramt, der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. **Barthold Witte**, und CDU-Schatzmeister **Walther Leisler Kiep**, der Pressereferent im Kanzleramt, **Horst-Jürgen Winkel**, sowie der frühere Bonner Regierungssprecher **Armin Grünewalt**.

BERUFUNGEN

In das Kuratorium des Deutschen Erholungswerkes e. V. (DEW) wurden die Parlamentarische Staatssekretärin für Familie und soziale Verbände im Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein, **Annemarie Schuster**, und der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. **Max Fischer**, berufen. Das DEW, gegründet 1952, hat sich zum Ziel gesetzt, der Familie – Eltern und Kindern – gemeinsame Ferien zu erschwinglichen Preisen in Unabhängigkeit und Ungebundenheit zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, hat der Verein sechs Feriendörfer in landschaftlich reizvoller Gegend errichtet.

*

Professor Dr. Dr. **Helmut Remschmidt**, Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Nervenheilkunde und Leiter der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik der Universität Marburg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Fachgebietes an der Universität Zürich erhalten.

AUSZEICHNUNGEN

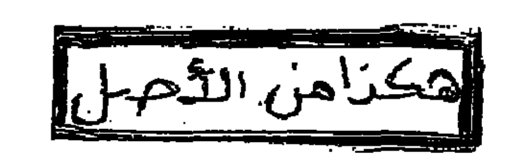
Bundesjustizminister **Hans A. Engelhard** hat dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, **Benno Erhard**, das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern überreicht.

*

Dem Hamburger Schiffahrts-Kaufmann **Oswald Dreyer-Eimbcke** wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Dreyer-Eimbcke, 1923 in Hamburg geboren, ist Honorarkonsul Islands in der Hansestadt. Die Auszeichnung, die vom Hamburger Wirtschaftssenator Volker Lange überreicht wurde, bekam er für seine Verdienste um die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Island.

EHRUNG

Der Oberbürgermeister von Bayreuth, **Hans Walter Wild**, hat die Olympiasiegerin **Ulrike Meyfarth** zu einem Besuch der Richard-Wagner-Festspiele eingeladen und sie gleichzeitig gebeten, an der Enthüllung der von **Arno Breker** gefertigten Bronzestatue, die die 28jährige Leichtathletin darstellt, teilzunehmen. Das Sportkuratorium der Festspiele Bayreuth hat die von dem Düsseldorfer Künstler gefertigte Plastik als Symbol für ihren neu gestifteten Ehrenpreis „Sportler des Jahres" ausgewählt. Auf dem Sockel der Statue sollen die besten Sportler der Stadt verewigt werden. Oberbürgermeister Wild begründete die Entscheidung der Stadt: Die Olympiasiegerin von 1972 und 1984 ist ein Symbol für ein herausragendes Leistungsvermögen und sportliches Verhalten.



Will Moskau NATO-Strategie unterlaufen?

■ Fortsetzung von Seite 1

Teil davon wird aber mit Sicherheit für den konventionellen Einsatz nicht zur Verfügung stehen: die SS-22. Sie hat die größte Reichweite und könnte von Stützpunkten in der „DDR" sogar Ziele in Großbritannien erreichen. Durch die Vorverlegung dieser Waffe hat sich die Sowjetunion die Möglichkeit verschafft, die SS-21 und SS-23 konventionell auszurüsten. Nukleare Ziele können von der SS-22 und der in der Sowjetunion stationierten SS-20 mit ihrem dreifachen Atomsprengkopf abgedeckt werden.

Was in der NATO im Zusammenhang mit der konventionellen Ausstattung dieser Raketen nicht ohne Sorge gesehen wird, ist, daß die Sowjetunion die Illusion nähren könnte, die nukleare Abschreckung des Westens mit derartigen Systemen zu unterlaufen. Die Annahme der Sowjetunion, eine Entscheidung in Westeuropa mit konventionellen Mitteln herbeiführen zu können, ohne daß dabei ihr sowjetisches Territorium durch NATO-Waffen bedroht werde, könnte in Spannungszeiten eine wirkliche Kriegsgefahr herbeiführen. Die Antwort der NATO auf die neue Bedrohungsform könne nur durch das unbeirrte Festhalten an der Strategie der „flexiblen Reaktion" erfolgen. Allein sie sei imstande, der Sowjetunion verständlich zu machen, daß das Risiko eines Angriffs, auch wenn er vom Angreifer auf konventionelle Waffen begrenzt werde, in Wirklichkeit unkalkulierbar sei. Nach der NATO-Strategie behält sich der Westen die Möglichkeit vor, zu einem Zeitpunkt seiner Wahl als erster Atomwaffen einzusetzen, einschließlich solcher, die sowjetisches Staatsgebiet erreichen. (SAD)

*

AFP, Moskau

Mit der Aufstellung sowjetischer Langstrecken-Raketen, die auf die USA gerichtet sind, hat Moskau gedroht. In einem Kommentar der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hieß es, in Washington glaube man „naiverweise", daß die „massive Aufstellung amerikanischer Lenkwaffen ohne Antwort der UdSSR" bleibe. Die Weigerung der USA, auf Produktion und Distanzierung von Cruise Missiles zu verzichten, habe die Sowjetunion zu Gegenmaßnahmen gezwungen.

Absage an Subventionen für Ausbildungsplätze

Bonn erwartet „erhebliche Anstrengungen der Wirtschaft"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine Subventionierung von Ausbildungsplätzen hat die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, gestern in Bonn vor der Presse deutlich abgelehnt. Die Bundesregierung werde die Ausbildungsanstrengungen der Wirtschaft auch „nicht durch Umlage-Finanzierungsverfahren stören". Frau Wilms zeigte sich zuversichtlich, daß die angeblich noch 200 000 Lehrstellen suchenden Jugendlichen untergebracht werden können. Diese Zahl entspreche allerdings „nicht der realen Situation".

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte am gleichen Tage anläßlich seines Antrittsbesuches bei der Stadt Bonn gesagt, „zeitlich begrenzte Förderungsmaßnahmen" für Ausbildungsbetriebe hätten sich zu seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin bewährt und seien von allen Parteien mitgetragen worden. Sie sollten, so der Bundespräsident, „auch für die Gegenwart erwogen werden".

Noch keine exakten Zahlen

Frau Wilms begründete ihre Zuversicht, daß die jetzige Situation auf dem Ausbildungsplatz-Markt gemeistert werden könne, mit dem Hinweis darauf, daß die tatsächliche Zahl nicht untergekommener Jugendlicher in der zweiten Septemberhälfte bis in den Oktober hinein lediglich durch eine „Handauszählung" ermittelt werde. Erst später werde man wissen, wie viele Lehrstellen-Suchende sich mehrfach beworben hätten und bei der Annahme einer Stelle den Arbeitsämtern nicht Nachricht davon gegeben hätten. Die Vertragszahlen aus den Kammer-Bereichen liefen erst jetzt ein, es würden Steigerungsraten von Einstellungen zwischen 2,5 Prozent beim Handwerk und 4,9 Prozent bei den Industrie- und Handelskammern festgestellt. Dies verdeutliche die erheblichen Anstrengungen der Wirtschaft, die gegenüber dem Spitzenergebnis des Vorjahres „noch einmal zulegen wird".

Die „Gemeinschaftsaktion Ausbildungsplätze 1984" werde mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, möglichst allen, die suchten und geeignet seien, einen Platz zu verschaffen, über den statistischen Stichtag des 30. September hinaus weitergeführt werden. Im einzelnen wird die Bundesregierung nach Darstellung von Frau Minister Wilms in Gesprächen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft auf die Einrichtung eines zweiten Einstellungstermins für Lehrlinge nach dem 30. September hinwirken, vor allem in Großbetrieben. Die durch Nachbesetzung in Fällen, wo Mehrfachzusagen der Jugendlichen stattgefunden haben, und durch Wiederbesetzung bei vorzeitiger Vertragsauflösung sichtbar werdenden Lehrstellen bezifferte Frau Wilms auf 80 000 bis 100 000.

Betriebsnahes Programm

Für finanzielle Unterstützung des Staates beim Kampf um die Lehrstellen setzte sie sich bei der Erörterung des „Programms der Bundesregierung zur Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen" ein. Dieses Programm sei von der Bundesregierung inhaltlich ausgebaut, betriebsnäher gestaltet und seit ihrer Amtsübernahme von vorher 67 Millionen Mark auf jetzt 170 Millionen Mark (für 1985) gesteigert worden.

Ihre Überlegungen, so Frau Wilms, gingen dahin, das Benachteiligtenprogramm finanziell und strukturell zu erweitern, falls es sich im Herbst als notwendig erweisen sollte. Im übrigen leiste die Bundesregierung zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt jährlich rund 1,4 Milliarden Mark für die berufliche Bildung. Im vergangenen Jahr haben nach ihren Worten etwa 12 000 Mädchen und Jungen keinen Ausbildungsplatz gefunden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht in der Zahl von über 200 000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze und in der überdurchschnittlichen Jugendarbeitslosigkeit eine Gefährdung der „vorhandenen gesellschaftlichen Ordnung", wenn Bundesregierung und Arbeitgeber ihre „Tu-nix-Methode" auf diesem Felde nicht unverzüglich aufgäben. Ilse Brusis, das zuständige DGB-Vorstandsmitglied, forderte auf einer Pressekonferenz angesichts dieser Lage ein Sofortprogramm von Bund und Ländern zur „Beseitigung der Ausbildungskatastrophe". Das notwendige Volumen eines solchen Programms bezifferte sie auf zwei Milliarden Mark. Die DAG sprach von einem „Scherbenhaufen".

Apel soll Aussage zurücknehmen

Staatsminister Mertes gibt sich mit Erklärungen zur deutschen Frage nicht zufrieden

BERNT CONRAD, Bonn

Bemühungen des SPD-Politikers Hans Apel, seine Äußerungen über die angeblich nicht mehr offene deutsche Frage zu relativieren, sind vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), als unzureichend zurückgewiesen worden. „Apel muß ohne Wenn und Aber zu der von Recht und Ethik gebotenen Aussage aller bisherigen Bundesregierungen zurückkehren, daß die deutsche Frage offen ist", sagte Mertes gestern gegenüber der WELT.

Der sozialdemokratische Kandidat für den Posten des Berliner Regierenden Bürgermeisters hatte am Dienstagabend im Fernsehen erklärt, er könne den Wirbel um seine Bemerkung nicht verstehen. Es sei doch deutlich, „daß deutsche Teilung europäische Teilung und eine Frage der europäischen Wiedervereinigung ist, die in weiter Ferne liegt. Und es werden in den nächsten Jahrzehnten weitere Fakten geschaffen werden, denn die Entwicklung bleibt ja nicht stehen. Und das heißt mit anderen Worten, daß insofern die deutsche Frage nicht mehr offen ist, auch wenn das Gebot zur Wiedervereinigung, das Grundgesetz, für jedermann gilt, auch für mich."

Dazu meinte Mertes: „Bei seinen nachgereichten Erläuterungen über die Einbettung der rechtlich und politisch offenen Deutschlandfrage in einen europäischen Zusammenhang hat Apel seine schwerwiegende und skandalöse Aussage keineswegs zurückgenommen. Die Europäisierung der deutschen Frage, von der Apel spricht, ist selbstverständlich. Sie findet bereits im Deutschlandvertrag ihren Ausdruck und ist im Brief zur deutschen Einheit bestätigt worden."

Die CDU/CSU und die FDP hätten sich seit Adenauer und Heuss aus geschichtlichem Realismus schon in den 50er Jahren für die Verknüpfung der Wiedervereinigung Deutschlands mit einer gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eingesetzt, fuhr Mertes fort.

Mit dieser europäischen Maßgabe seien alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, den Wiedervereinigungs- und Freiheitsanspruch des deutschen Volkes „nach innen wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten" (so das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1973 über die Vereinbarkeit des innerdeutschen Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz).

Mertes betonte: „Die Wiedervereinigung hängt von einer grundlegenden Änderung der sowjetischen Westpolitik ab. Kein verantwortlicher deutscher Politiker macht sich deshalb Illusionen über die Chancen einer baldigen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts im östlichen Teil Deutschlands und Europas." Das Offensein der deutschen Frage stehe einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der „DDR" unter Ausklammerung unvereinbarer Positionen nicht entgegen.

Bangemann: Zwang zur Einigkeit

● Fortsetzung von Seite 1

lem bei der Bundestagswahl 1987 einstellen müssen. Das ist mehr als nur eine taktische Überlegung. Wir haben zum ersten Mal wieder in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation, in der man zwischen zwei echten Alternativen wählen kann.

WELT: Was sind die Alternativen?

Bangemann: Sehen Sie zum Beispiel die große Annäherung zwischen SPD und Grünen in der Deutschlandpolitik, Verteidigungspolitik, in der Frage des Atlantischen Bündnisses und vor allen Dingen auch in der Wirtschaftspolitik. Hier muß gerade die FDP sehen, daß die damit einhergehende Polarisierung ihr zum ersten Mal nicht schadet. Sie bietet ihr eine Chance, wenn sie sich als Partner in dem Koalitionsbündnis definiert und versteht. Wir können nicht Wanderer zwischen zwei oder drei Welten sein, weil es keine zwei Welten gibt, zwischen denen wir wandern können; denn es gibt das Bündnis der Roten und der Grünen, in dem wir nichts zu suchen haben. Unsere Politik schließt das aus. Es gibt aber das Bündnis mit der Union, das wir fortsetzen wollen und das uns eine gute Chance gibt, liberale Politik durchzusetzen.

WELT: FDP-Generalsekretär Haussmann hat für Saarbrücken ein „knappes Programm" angekündigt. Besteht nicht die Gefahr, daß die Personaldebatte wieder die Programmdiskussion überdeckt?

Bangemann: Das glaube ich nicht. Die Situation der Partei fordert beides: sowohl eine ausführliche und sachgerechte Debatte des dann vorliegenden Programmentwurfs wie auch eine möglichst geschlossene Entscheidung über die Personalfrage. Ich nehme an, daß die FDP in einer größeren Einmütigkeit, als das vielleicht sonst der Fall war, ihre Personalentscheidung trifft.

WELT: CDU-Generalsekretär Geißler hat die FDP aufgefordert, von ihren Freiburger Thesen Abschied zu nehmen?

Bangemann: Das ist nun wirklich nicht nötig. Diesen Ratschlag hätte sich Herr Geißler sparen können. Denn erstens beschließt eine Partei ja Grundsatzprogramme nicht, um sie irgendwann wieder aufzuheben. Und zweitens haben wir dieses Programm zum Teil verwirklicht, zum Teil bereits weiterentwickelt. Außerdem meine ich, daß solche Programme zur Geschichte einer Partei gehören, und man sollte seine eigene Geschichte nicht aufgeben.

WELT: Wird Haussmann Generalsekretär bleiben?

Bangemann: Wenn ich zum Vorsitzenden gewählt werden sollte, werde ich ihn wieder vorschlagen.

WELT: Sollte in Nordrhein-Westfalen Staatsminister Jürgen Möllemann wegen der öffentlichen Kritik als FDP-Spitzenkandidat ausgetauscht werden?

Bangemann: Er hat sich dazu eindeutig erklärt. Ich begrüße das. Ich glaube, daß eine Partei unglaubwürdig wird, wenn sie mit ihrem Führungspersonal nicht sorgsam umgeht. Das hat gerade die FDP in Nordrhein-Westfalen mit ihrem früheren Landesvorsitzenden Horst-Ludwig Riemer zu ihrem Leidwesen erfahren müssen. Deshalb ist es notwendig, daß die FDP zu ihren Beschlüssen und Entschlüssen steht, wenn sie jemanden gewählt hat. Überhaupt: Was wirft man Möllemann eigentlich ernsthaft vor? Für mich sind das nur Gerüchte und unbewiesene Behauptungen. Wenn wir danach unsere Personalentscheidungen ausrichten wollten, könnten wir den Laden gleich zumachen.

FDJ: RIAS auf Kurs zum Klassenkampf

AFP, Berlin

Die Angriffe auf den Westberliner Rundfunksender RIAS sind in der jüngsten Ausgabe der FDJ-Funktionärszeitschrift „Junge Generation" fortgesetzt worden. Das Funktionärsorgan hat dem Sender vorgeworfen, durch raffiniert vorgetäuschte „DDR"-Kenntnis „Vertrauenskapital" anhäufen zu wollen, das „in Situationen des zugespitzten Klassenkampfes abrufbar" sei. Der RIAS sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, „die Abschaffung der sozialistischen Demokratie, der Macht der Arbeiter und Bauern zu proklamieren", heißt es in der Ausgabe der Zeitschrift der „Freien Deutschen Jugend". Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn spiele dabei die Rolle des „eifrigen Lieferanten nationalistisch-revanchistischer Hintergrundmalereien".

Todesautomaten weiter abgebaut

hey. Bonn

Die Todesautomaten vom Typ SM 70 an der innerdeutschen Grenze sind jetzt auf einer Länge von 200 der insgesamt 440 Kilometer langen Strecke abgebaut worden. Allein im Mai und Juni ließ Ost-Berlin die Selbstschußanlagen auf jeweils elf Kilometer langen Abschnitten demontieren. Dazu meinte gestern der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Wighard Härdtl, es spreche alles dafür, daß der Abbau wie angekündigt weitergehe.

Nicht bestätigen wollte er einen Bericht des „Stern", nach der mit der Installierung eines neuen Alarmsystems an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland begonnen worden sei. Dieses Gerät mit der Bezeichnung „GSG 80" soll danach bei Berührung zum Beispiel durch einen Flüchtling einen sogenannten stillen Alarm bei den Grenztruppen auslösen, der nach außen nicht zu bemerken sein soll.

Im Bonner Innenministerium hieß es dazu, die Existenz solcher Apparate sei nicht bekannt. Allerdings gebe es eine Vielzahl von Sperren mit sogenannten Abweisern, die nach den Erkenntnissen auch optische und akustische Signale auslösen.

Griffig und gefährlich

Mk. – Mit griffigen Schlagworten läßt sich Politik machen, aber nur, wenn sie passen und ankommen. Der drastische Schrumpfkurs, den der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ernst Haar, dem Bahn-Vorstand laufend vorhält, macht sich bei jenen, die das Schienenunternehmen möglichst so, wie es ist, erhalten wollen, vielleicht gut, aber es trifft keinesfalls den Sachverhalt. Schrumpfkurs, dies läßt sich doch nicht damit belegen, daß Waggons, die seit Jahren herumstehen, verschrottet werden.

Nun kann von der Gewerkschaft wohl kaum erwartet werden, daß sie für notwendige Rationalisierungen plädiert. Daß sie – wie Regionalpolitiker – für ein möglichst umfangreiches Schienenunternehmen ficht, nimmt man ihr ab, es gehört zum Ritual. Nur müssen die Verantwortlichen nicht darauf hören. Leider ist dieses noch zu häufig der Fall, wie die jüngste Entscheidung über die Ausbesserungswerke gezeigt hat. Die Bahn muß sich anpassen, sonst wird sie unbezahlbar.

Daß Politiker, die Wirtschaft und die Gewerkschaft verlangen, daß die Bahn möglichst rasch das Netz nennen soll, auf dem sie auf Dauer fahren will, ist verständlich, zumindest unter dem Aspekt von Standortentscheidungen. Dieses ist aber auch gefährlich. Rasch würde sich die Allianz der Betroffenen bilden. Das Geklage würde rationale Entscheidungen verhindern. Mancher würde dann das Wort vom Schrumpfkurs sogar akzeptieren. Hilfreich wäre dies für eine Bahn, die nicht mit wachsenden Beträgen der Steuerzahler alimentiert werden soll, allerdings nicht.

Gebühren

ed. – Die von der Commerzbank angekündigte Abschaffung der „Postengebühren" für Bankdienstleistungen und die statt dessen geplante Einführung einer monatlichen Kostenpauschale von drei Mark soll die Privatkunden animieren, ihre Konten wieder mehr zu nutzen, statt nach der Gehaltsgutschrift große Beträge abzuheben, mit denen dann zwecks Gebührenersparnis bar bezahlt wird. Der Zahlungsverkehr ist nun einmal die Drehscheibe im Kontakt zwischen Bank und Kunden und damit die Basis, auf der das „cross selling", also der Verkauf aller möglichen anderen Bankdienstleistungen an die Kundschaft, aufgebaut wird. Auch wenn das – zumindest für Häufignutzer des Kontos – kundenfreundlichere neue Gebührensystem zunächst vielleicht noch das Defizit des Zahlungsverkehrs erhöht: Auf längere Sicht könnte die Rechnung der Commerzbank aufgehen, jedenfalls dann, wenn es ihr gelingt, wieder mehr Kunden enger an sich zu binden. Wenn dies ein Erfolg wird, könnte es auch ein Vorbild für andere Banken sein.

VEREINIGTE STAATEN / Einzelhandelsumsätze und Kreditnachfrage sinken

Konjunkturindikatoren deuten auf langsameres Wachstumstempo hin

HORST-ALEXANDER SIEBERT, **Washington**

Stark gesunkene Einzelhandelsumsätze bestätigen die Abschwächung des kräftigsten Konjunkturaufschwungs, den die USA in 35 Jahren erlebt haben. Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, betrug das saisonal bereinigte Minus im Juli 0,9 Prozent, verglichen mit plus 0,5 Prozent im Vormonat. Nach unten zeigt auch die Vertrauenskurve der amerikanischen Verbraucher: Der vom Conference Board zusammengestellte Index sackte auf den niedrigsten Stand seit acht Monaten.

Bisher sind außerdem diese Bremsspuren registriert worden: Im Juni fiel der Index der führenden Konjunkturindikatoren ebenfalls um 0,9 Prozent; im Juli stieg die Arbeitslosenquote von 7,1 auf 7,5 Prozent, und der Verband der Aufkäufer meldete sinkende Ordereingänge und zunehmende Lagerbestände. Gleichzeitig ist die Jahresrate der Autoverkäufe von elf (Mai) auf 10,6 Mill. Einheiten geschrumpft. Das Wachstum des US-Sozialprodukts hat sich schon verlangsamt, und zwar von real 10,1 auf 7,5 Prozent in den ersten beiden Quartalen. Für das zweite Halbjahr 1984 rangieren die Voraussagen von 3,5 bis 4,5 Prozent. 1985 soll die Rate 2,1 Prozent erreichen.

Wie US-Handelsminister Malcolm Baldrige erklärte, haben die amerikanischen Konsumenten ihre Käufe in den letzten drei Monaten auf eine aufs Jahr umgerechnete Wachstumsrate von bescheidenen 1,1 Prozent gedrosselt. Von November 1982, dem Ende der 17monatigen Rezession, bis April 1984 machte die Zunahme elf Prozent aus. Diese Entwicklung beweist, daß sich der große Nachholbedarf nach einer dreijährigen Periode schwacher wirtschaftlicher Aktivitäten als ein starker Konjunkturmotor erwies, der nun auch wegen der hohen Realzinsen heruntergeschaltet wird.

Es ist das erste Mal seit März, daß in den USA in dieser Aufschwungphase die Einzelhandelsumsätze zurückgegangen sind. Gegenüber Juli 1983 erhöhten sie sich um 9,1 Prozent. Ohne den Autohandel betrug das Minus nicht 0,9, sondern 0,6 Prozent. Im Monatsvergleich sank der Verkauf langlebiger Gebrauchsgüter um 1,4 Prozent, während der Fahrzeugabsatz sogar um 2,1 Prozent schrumpfte. Beide lagen jedoch um 16 und 18,4 Prozent über dem Vorjahresmonat.

Folgt man Baldrige, dann verringert der langsamere Anstieg der Verbraucherausgaben den Druck auf den Kreditmärkten, der auch aus der Rekordaufnahme von Ratenkrediten in den vergangenen Monaten resultiert. Nach seiner Prognose nehmen in Amerika die verfügbaren Einkommen aber real weiter zu. Wachsen jedoch die Sorgen vor der Zukunft, wird mehr gespart.

Ein solches Verhalten der US-Konsumenten signalisiert der Vertrauensindex des New Yorker Conference Board, der von Juni auf Juli von 121,6 auf 93,1 Punkte gefallen ist. Es war der steilste Sturz seit Dezember. Das Board schließt aus der Befragung von 5000 Haushalten, daß in Amerika keine Konjunkturperiode des „boom and bust", sondern eine weiche Landung ohne neue Inflationsschübe bevorsteht. Andere Institute teilen diesen Optimismus nicht. Nach der Umfrage kaufen die Amerikaner künftig weniger Autos, Häuser und Haushaltsgeräte.

Wie wünschenswert eine größere Zurückhaltung der amerikanischen Verbraucher ist, zeigt eine Aufstellung des US-Bankenverbandes. Danach haben sich die Ratenkredite 1982 nur um 3,5, 1983 aber um 12,5 Prozent oder 43,1 Mrd. Dollar auf 387,9 Mrd. Dollar erhöht. Im ersten Quartal 1984 beschleunigte sich das Tempo noch: Für den Kauf von Häusern, Autos und anderen Gütern nahmen die Haushalte 49,5 Mrd. Dollar auf.

Diese enorme Kreditnachfrage stieß mit dem Finanzbedarf der Bundesregierung und der Wirtschaft zusammen, die 49,4 und 43,8 Mrd. Dollar pumpten. Die Kreditexplosion, so meint der Verband, habe die Zinsen nach oben katapultiert und die US-Notenbank gezwungen, die Geldzügel wegen der schnell zunehmenden Verschuldung anzuziehen. Nach Angaben dse Federal Reserve Board wuchsen die Ratenkredite im Juni um netto 7,8 (Mai: 10,2) Mrd. Dollar. Ohne Hypotheken erreichten sie 427,6 Mrd. Dollar.

INSOLVENZEN

Besserung bei den Firmen nur noch mit Fragezeichen

JOACHIM WEBER, **Wiesbaden**

Die Kurve deutscher Unternehmenspleiten hat sich im ersten Halbjahr 1984 wieder weniger erfreulich entwickelt. Zwar blieb das Gesamtvolumen mit 6028 Konkursen und Vergleichen noch um 3,3 Prozent unter dem Stand zur Vorjahresmitte. Doch der „Rückstand" hat in den vergangenen neun Monaten beständig abgenommen.

Hatte das letzte Quartal 1983 noch ein erfreuliches Minus von 16 Prozent gebracht, so blieben davon nach den ersten drei Monaten 1984 nur noch 4,5 Prozent und im zweiten Quartal für sich betrachtet nur noch zwei Prozent weniger Pleiten als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Und die 1068 Unternehmensinsolvenzen des Monats Juni allein bedeuteten sogar wieder eine Zunahme um 6,5 Prozent.

Wenig Anlaß zum Aufatmen gibt auch die Entwicklung der Insolvenzschäden. Zwar hängt ihre Höhe noch von den im Verfahren erzielten Konkurs- oder Vergleichsquoten ab, doch deutet das auf 6,8 (6,4) Milliarden Mark gestiegene Volumen betroffener Forderungen in aller Regel auch auf eine Steigerung der Ausfälle hin.

Darin sind freilich auch die „privaten" Insolvenzen – von natürlichen Personen und auf Nachlässe – enthalten, die im ersten Halbjahr um fast zwölf Prozent auf 2367 zugenommen haben. An ihnen lag es auch, daß die Gesamtzahl der Insolvenzen in den ersten sechs Monaten mit 8395 Fällen um 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert lagen.

Im privaten Bereich lassen sich für die Zunahme vor allem zwei „Auslöser" vermuten: Die hohe Arbeitslosigkeit, die vor allem Arbeitnehmer mit hohen Dauerbelastungen in die Klemme bringt, und die teilweise gewachsene Neigung, über die eigenen Verhältnisse zu leben.

Im Bereich der Unternehmen weist die Struktur der Insolvenzen auf den „Krankheitsherd" hin. Verschlechtert haben sich die Verhältnisse vor allem im Baugewerbe. Mit 1413 Konkursen und Vergleichen im ersten Halbjahr übertraf es den Vorjahreswert noch um knapp sieben Prozent. Daß von allen insolventen Unternehmen (nicht nur aus der Baubranche) 1100 und damit 6,5 Prozent mehr als zur Halbzeit 1983 aus dem Handwerk stammten, läßt zumindest vermuten, daß nun auch die kleineren Betriebe rund um den Bau stärker betroffen waren.

Die anderen großen Wirtschaftsbereiche dagegen scheinen immer noch auf dem Weg zur Besserung. Im verarbeitenden Gewerbe ging die Zahl der Pleiten um gut 14 Prozent auf 1121 zurück, Handelsunternehmen kamen wenigsten noch auf eine kleine Verminderung um zwei Prozent auf 1590 Fälle, und der Dienstleistungssektor schrammte mit 1535 Konkursen und Vergleichen (minus 0,5 Prozent) knapp am Vorjahreswert entlang.

Der Export läuft weiter

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Jetzt ist auch noch der deutsche Export, der seit einem Jahr die Erwartungen übertroffen hatte, ins Gerede gekommen, allerdings zu Unrecht. Sicher, die jüngsten Zahlen über die Ausfuhren als auch die über den Auftragseingang sind alles andere als berauschend. Die Exporte sackten im Juni um 14,7 Prozent ab und blieben damit um 3,8 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Und auch die Auftragseingänge aus dem Ausland fielen saisonbereinigt um 13,5 Prozent.

Es spricht alles dafür, diese Einbußen dem Arbeitskampf in der Metallindustrie zuzuschreiben. Denn die Rahmenbedingungen, die zum raschen Anstieg des Exports um immerhin neun Prozent im ersten Halbjahr beigetragen haben, sind nicht schlechter geworden, jedenfalls noch nicht. Da nur ein Teil der im Juni nicht hereingekommenen Aufträge als endgültig verloren von den deutschen Firmen abgebucht werden muß, rechnen Konjunkturexperten damit, daß die Exporte nach dem Streikende wieder Anschluß an die frühere Aufwärtsentwicklung finden werden. So geht das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg von einer Zunahme der realen Warenausfuhr von sieben bis acht Prozent 1984 gegenüber dem Vorjahr aus, das Münchner Ifo-Institut liegt sogar bei 8¼ Prozent. Wahrlich eine beachtliche Konjunkturstütze.

Diese Rechnung geht allerdings nur auf, wenn sich der Imageverlust, den die deutsche Exportwirtschaft zweifellos durch den Arbeitskampf hinnehmen mußte, rasch wieder kompensiert werden kann. Denn die Zweifel an der Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit deutscher Lieferungen haben den Nachfrage-Einbruch bewirkt. Arbeitskämpfe dieser Art werden in der Bundesrepublik aber auch künftig nicht zum Ritual gehören. Daher dürften in den nächsten Monaten die Faktoren den Handel prägen, die seit dem vergangenen Sommer zum Export-Boom beigetragen haben.

Ausschlaggebend dafür war der Aufschwung in den USA, der auch auf die anderen Industriestaaten ausstrahlte. So lagen beispielsweise die deutschen Lieferungen über den Atlantik in den ersten fünf Monaten um mehr als die Hälfte höher als vor einem Jahr. Den Schwung, den die Weltwirtschaft gewonnen hat, ermöglichte es auch einigen Staaten der Dritten Welt, trotz der prekären Verschuldung wieder mehr im Ausland zu ordern.

Hinzu kommt, daß sich die Position der Bundesrepublik im Preiswettbewerb verbessert hat. Jedenfalls sind die Preise und die Kosten hier seit mehr als einem Jahr nicht so stark gestiegen wie der internationale Durchschnitt. Selbst gegenüber den EG-Staaten, die rund die Hälfte der Ausfuhren aufnehmen, ist diese Differenz größer als die Aufwertung der D-Mark. Soweit die Lieferungen in Dollar fakturiert werden, dies dürfte bei rund 20 Prozent der Exporte der Fall sein, hat sich die Situation durch den Anstieg der amerikanischen Währung noch verbessert.

Rasch dürfte sich daran wohl kaum etwas ändern, jedenfalls zeichnet sich keine akute Entwicklung ab. Trotzdem grassiert mehr in der Wirtschaft und bei Politikern als bei den professionellen Prognostikern eine gewisse Unsicherheit darüber, wie es im nächsten Jahr weitergehen wird. Im Mittelpunkt steht dabei nicht so sehr die hohe Verschuldung vieler Staaten oder ein möglicher Golf-Konflikt mit seinen Auswirkungen auf die Ölpreise, sondern vielmehr das, was in den USA geschehen könnte.

Es wird schlicht davon ausgegangen, daß nach den Wahlen irgend etwas gegen das hohe Haushaltsdefizit unternommen wird. Ganz gleich, so die Überlegung, ob Steuern erhöht oder Ausgaben gekappt werden, ohne Einfluß auf die Konjunktur könnten die Maßnahmen nicht bleiben. Selbst wenn man den Pessimisten, die sogar eine rasante Talfahrt nicht ausschließen wollen, nicht folgt, so dürften doch wohl im nächsten Jahr die USA nicht mehr stimulierend auf die Weltwirtschaft wirken. Ihre Gangart dürfte langsamer werden.

Die Auswirkungen auf die Wechselkurse sind schwer greifbar. Normalerweise sollte sich eine Aufwertungstendenz der D-Mark durchsetzen. Der Kostenanstieg dürfte sich zwar leicht gegenüber diesem Jahr beschleunigen. Aber gravierend sollte sich dies nicht auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirken. Und profitieren dürfte der Export zudem davon, daß die Konjunktur in der EG noch stärker Tritt gefaßt hat, als erwartet worden war.

Zwar rechnen die Forschungsinstitute für 1985 mit einem schwächeren Anstieg der Warenausfuhr als in diesem Jahr. Aber die fünf bis sechs Prozent Plus, von denen sie ausgehen, können sich sehen lassen. Damit könnte die deutsche Exportwirtschaft im Welthandel auch weiterhin gut mithalten.

AUF EIN WORT



» Die Rückzahlungspflicht aus Stahlgewinnen für den Strukturhilfeteil des Bonner Drei-Milliarden-Stahlprogramms ist in dem bis zum Wahnwitz gesteigerten Stahl-Subventionswettlauf der EG-Regierungen eine deutsche Anomalie. Kein anderes Land bindet seine Stahlhilfe an auch nur annähernd so stringente Bedingungen. «

Dr. Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, Dortmund.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Kritik an der Reexportklausel

dpa/VWD, **Köln**

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat den USA vorgeworfen, mit Genehmigungsverfahren und Verwendungsauflagen den Nutzen ihrer Technologieerfolge der amerikanischen Wirtschaft vorbehalten zu wollen. „Gefährlichste Waffe dieser Schutzstrategie ist die sogenannte Reexportklausel", schreibt das unternehmernahe Institut. Nach Darstellung des Instituts darf beispielsweise ein deutscher Maschinenbauer ohne Genehmigung eine computergesteuerte Anlage, die mit amerikanischen Chips arbeitet, nicht exportieren. „Dies zeigt, daß die Motive des US-Technologieschutzes nicht, wie regelmäßig behauptet, im Sicherheitsbereich liegen", kritisiert das Kölner Institut.

ARBEITSMARKT

DIW: Lohnzurückhaltung löst die Probleme nicht

PETER WEERTZ, **Berlin**

Allein durch Lohnzurückhaltung sei die Lösung der Arbeitsmarktprobleme nicht zu erreichen. Eine Arbeitsmarkt-Strategie, die den Abbau der Arbeitslosenzahlen durch Verringerung des Produktivitätsfortschritts zu lösen versuche, wird nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht. Notwendig sind nach Auffassung des Berliner Instituts vielmehr ein wirtschafts- und finanzpolitisches Maßnahmenbündel, das Wachstum, Investitionsneigung und Produktivität fördert. Zugleich müßten die Unternehmen durch Innovationen neue Märkte erschließen und neue Produktionsverfahren einsetzen.

Sinnvoll wäre es darüber hinaus, durch energie- und rohstoffsparende Verfahrens- und Produktionsinnovationen die Umweltqualität nachhaltig zu verbessern. Zu einem qualitativen, zugleich beschäftigungswirksamen Wachstum gehören nach Ansicht der Berliner Konjunkturforscher außerdem der Ausbau des privaten und staatlichen Dienstleistungsangebots sowie Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung.

Ein Vergleich mit den USA stütze keineswegs die These, in der Bundesrepublik hätten zu hohe Reallöhne ein Mehr an Beschäftigung verhindert, meint das Berliner Institut. Es sei zwar in den USA gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze seit Mitte der siebziger Jahre um etwa zwölf Millionen, vor allem im Dienstleistungssektor, zu erhöhen, während sie in Westeuropa und der Bundesrepublik zurückgingen. Das wirtschaftliche Wachstum habe sich in den USA aber besonders deshalb beschleunigt, weil die Regierung außer den beträchtlichen Steuersenkungen noch hohe Haushaltsdefizite durch vermehrte Rüstungsausgaben hingenommen habe.

PRIVATISIERUNG

CDU-Mittelstand fordert einen konkreten Zeitplan

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU prüft, ob mit einer Gesetzesinitiative den Bemühungen um eine Privatisierung staatlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens Nachdruck verliehen werden kann. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Hansjürgen Doss, befürwortet ein Gesetz, daß die Beweislast für die unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand umkehren soll. Sie dürfe nicht bei dem liegen, der privatisieren wolle, vielmehr müsse der Staat zu dem Nachweis verpflichtet werden, daß er eine bestimmte Leistung besser erbringen könne.

„Wir müssen dem Staat die Chance geben, sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu besinnen", meinte Doss. Den Besitz von Hotels oder Brauereien zählt der CDU-Abgeordnete jedenfalls nicht dazu – wie viele andere Beteiligungen, für die er keine ausreichende politische Begründung sieht.

In den von einer Fachkommission der Mittelstandsvereinigung erarbeiteten „Grundsätzen zur Privatisierung", die Doss in Bonn erläuterte, wird eine Richtschnur vorgegeben: Danach sind diejenigen Staatsfirmen privatisierbar, „die im Wettbewerb mit privaten Unternehmen stehen oder bei denen eine Ausrichtung auf die Gewinnerzielung vorherrscht".

Privatisierungsbedarf sehen die Mittelständler der Union auf allen Ebenen, deshalb fordern sie gleichlautend von Bund, Ländern und Gemeinden,

- in einem zeitlichen Stufenplan darzulegen, welche Beteiligungen und welche eigenen Unternehmen privatisiert werden sollen,
- im Rahmen eines konkreten Zeitplans Immobilien und Grundbesitz zu veräußern sowie
- Kontroll-, Beratungs- und Planungsaufgaben aus Bundes- und Landesbehörden auf Private zu übertragen. Veräußerungserlöse sollen nach Ansicht des CDU-Mittelstands vor allem zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Industriepreise gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik sind die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) im Juli wieder schneller gestiegen. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden kletterte der Index der Industriepreise von Juni bis Juli um 0,3 Prozentpunkte. Er lag mit 119,3 (1980 = 100) um 3,2 Prozent höher als im Juli 1983. Im Juni hatte der Anstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat drei Prozent betragen.

Neue Schuldenkonferenz

Caracas (rtr) – Die Finanz- und Außenminister aus elf lateinamerikanischen Staaten werden am 13. und 14. September in Buenos Aires zur Beratung ihrer Schuldenprobleme zusammentreffen. Diesen Termin teilte der venezolanische Außenminister Isidro Morales Paul mit. Grundlage der Diskussion bilden die im Juni letzten Jahres im kolumbianischen Cartagena erarbeiteten Vorschläge zur Schuldenbewältigung. Danach soll zwar jedes Land auf individueller Basis seine Schuldenprobleme lösen, doch wollen alle in Verhandlungen mit den Gläubigern längere Tilgungszeiträume und niedrigere Zinsen erreichen.

Ruhrkohle baut Halden ab

Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle AG (RAG), Essen, hat dank der konjunkturellen Erholung, insbesondere durch die höhere Stahlproduktion und den gestiegenen Stromverbrauch, im 1. Halbjahr 1984 mit 31,6 Mill. Tonnen Kohle den Absatz um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert. Die Haldenbestände konnten um 3,2 Mill. auf zwölf Mill. Tonnen (davon 70 Prozent Koks) abgebaut werden, heißt es in der jüngsten Ausgabe der RAG-Mitarbeiterzeitschrift. Allerdings wurde auch die Förderung weiter angepaßt. Mit 28,4 Millionen Tonnen wurden fünf Prozent weniger gefördert als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Protest der Opposition

Bonn (AP) – Als „skandalös" hat die SPD die Absicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) kritisiert, die Steuervorteile bei Verlustzuweisungs-Gesellschaften und Bauherrenmodellen nicht weiter einzuschränken. Der Finanzexperte der SPD-Fraktion im Bundestag, Dieter Spöri, sagte in Bonn, durch diesen „Handlungsverzicht" würden „horrende Steuervorteile von Spitzenverdienern zementiert". Bei der Beratung des Steuerentlastungsgesetzes 1984 hätten sämtliche Fraktionen des Bundestages ihren Willen bekräftigt, diese Vorteile nicht unangetastet zu lassen.

Energieverbrauch steigt

Essen (dpa) – Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) erwartet für 1984 eine Zunahme des Energieverbrauchs um 2,5 Prozent und damit einen gleich großen Anstieg wie bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Nach einer Untersuchung über die Lage auf dem Energiemarkt würden insgesamt 375 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) verbraucht. Der bisherige Höchstverbrauch von 408 Mill. Tonnen SKE im Jahre 1979 wäre damit aber noch nicht wieder erreicht; jedoch würde sich der Mitte 1982 eingesetzte Aufwärtstrend fortsetzen.

Euro Bau in Duisburg

Bonn (DW) – Bereits vor der Eröffnung der Euro Bau '84 in Duisburg-Rahm sind alle 38 Einfamilienhäuser, 26 Doppelhaushälften und 29 Reiheneigenheime verkauft, teilte die Stadt mit. Die Euro Bau steht unter der Schirmherrschaft von Bundesbauminister Oscar Schneider und kann vom 15. August bis zum 18. November als Musterhaus-Ausstellung besichtigt werden. Sie ist die siebte Bauschau dieser Art in der Bundesrepublik und wurde von dem dänischen Architekten Lennart Feddersen konzipiert. Die Gesamtbausumme beträgt 30 Mill. Mark.

ÖTV kritisiert Regierung

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die Bundesregierung aufgefordert, ihrer Verpflichtung zur Sicherung und zum Erhalt der deutschen Handelsflotte nachzukommen. ÖTV-Vorstandsmitglied Eike Eulen warf der Regierung vor, sie habe bei der jüngsten Schiffahrtskonferenz der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf die Billigflaggen durch ihr Eintreten zugunsten der offenen Register gestützt und nehme mit ihrer Haltung bewußt in Kauf, daß die auf 30 Prozent der Welthandelstonnage angewachsene Billigflaggen-Flotte auch der deutschen Schiffahrt lukrative Ladung abjage.

ÖLMÄRKTE / Studie der Deutschen Shell: Internationaler Handel gewinnt an Gewicht

Trend führt zu flexibleren Verträgen

J. BRECH, Hamburg

Der internationale Handel mit Rohöl und Mineralölprodukten hat in den letzten zehn Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Die privaten und staatlichen Mineralölgesellschaften, die früher für den Ausgleich zwischen regionalen Überschüssen und Defiziten gesorgt haben, sind nach den veränderten Eigentumsverhältnissen auf der Förderseite dazu nur noch bedingt in der Lage. Kennzeichnend für die Entwicklung, heißt es in einer Strukturanalyse der Deutschen Shell, sei die überragende Bedeutung des „Rotterdamer Marktes".

Ursache für den Aufschwung des Handels ist die schrittweise Abtrennung der Vorsorgungsquellen von den internationalen Ölkonzernen. Während die sieben größten Ölgesellschaften der Welt, die sogenannten „sieben Schwestern" (Exxon, Mobil Oil, Texaco, Gulf, Standard Oil of California, Shell und BP), 1970 noch Förderrechte an mehr als 60 Prozent des Rohöls außerhalb des Ostblocks hielten, sind es heute weniger als 30 Prozent. Dagegen haben die ölproduzierenden Länder die Kontrolle über fast die Hälfte der Weltförderung übernommen.

Die Veränderungen der Verfügungsverhältnisse haben auch zu neuen Formen des vertraglich abgesicherten Rohölbezugs geführt. Seit etwa fünf Jahren werden von den Gesellschaften überwiegend sogenannte „Term"-Verträge abgeschlossen, die bei einer Laufzeit von bis zu drei Jahren Lieferungen oftmals zu Festpreisen vorsehen. Das Überangebot an den Ölmärkten hat inzwischen bewirkt, daß diese Verträge noch flexibler gestaltet werden. Kennzeichnend für die augenblickliche Lage sind „Spot"-Verträge, die die prompte Abnahme oder Anlieferung einer Ladung für einen fest vereinbarten Preis vorsehen. Die wichtigsten Spotmärkte sind Rotterdam, New York, der Golf von Mexiko, der arabisch-persische Golf und Singapur.

Für Spotverträge ist weder die tatsächliche Anwesenheit von Ware noch die Präsenz des Händlers an dem jeweiligen Platz erforderlich. Das internationale Geschäft mit Öl und Ölprodukten wird ausschließlich über Telefon und Fernschreiber getätigt. Die auf den Spotmärkten erzielten und veröffentlichten Preise sind Richtschnur für die allgemeine Preisentwicklung. Nach Angaben der Shell werden Lieferungen zwischen Tochtergesellschaften der Konzerne häufig zu „Rotterdamer Preis" gehandelt. Finanzbehörden könnten sich auf diesem Wege vergewissern, daß Abschlüsse zwischen Tochtergesellschaften zu Marktpreisen und nicht zu künstlichen Verrechnungspreisen durchgeführt werden.

Nach Schätzungen der Shell werden mittlerweile rund 30 Prozent der an die Endverbraucher verkauften Mengen über die Spotmärkte gehandelt. Ein genaues Mengenverhältnis zwischen „term"- und „spot"-gehandeltem Öl zu ermitteln, sei jedoch kaum möglich.

ARGENTINIEN / Kredit muß zurückgezahlt werden

Verlängerung abgelehnt

rtr, New York

Die ausländischen Gläubigerbanken Argentiniens werden einen fälligen 125-Millionen Dollar-Kredit nicht verlängern. Dies teilte der Bankenberatungsausschuß des Landes in der Nacht zum Mittwoch mit. Wie es dazu in Bankenkreisen hieß, hat der Ausschuß dem argentinischen Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun mitgeteilt, der Kredit könne nicht verlängert werden, weil das Land kein Sparprogramm akzeptiert habe, für das die uneingeschränkte Genehmigung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erwarten sei.

In der Erklärung des aus elf Banken zusammengesetzten Gremiums hieß es, der Fonds habe eine Reihe wichtiger Vereinbarungen mit Argentinien erzielt, ein vollständiges Abkommen sei jedoch nicht zustande gekommen. Daher werde Argentinien die 125 Mill. Dollar am 15. August an die Banken zurückzahlen.

In den Bankenkreisen hieß es, der Ausschuß habe auf eine mögliche Änderung der argentinischen Haltung „in letzter Minute" gewartet, bevor er seine Erklärung veröffentlichte.

Grinspun hatte zuvor in Buenos Aires nach seiner Rückkehr aus den USA erklärt, Argentinien habe sich mit dem IWF grundsätzlich auf ein Wirtschaftsprogramm geeinigt. Zu diesem Zeitpunkt war die entscheidung des Bankengremiums, den Kredit nicht zu verlängern, noch nicht bekanntgegeben worden. In Bankenkreisen war ein IWF-Kommunique über Verhandlungsfortschritte als nicht positiv genug bewertet worden.

Argentinien hat wiederholt deutlich gemacht, daß es kein Wirtschaftsprogramm akzeptieren wird, das zu einer Rezession führen könnte.

In den Bankenkreisen wird damit gerechnet, daß Argentinien die 125 Mill. Dollar jetzt aus den eigenen Reserven begleichen wird.

Nahosthandel leicht zurückgegangen

dpa, Hamburg

Der Außenhandel der Bundesrepublik mit den Ländern der Nah- und Mittelostregion läuft trotz der politischen und militärischen Spannungen in Teilen dieses Raumes auf der deutschen Exportseite weiterhin lebhaft, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau als im Vorjahr. Dagegen sind die deutschen Importe nach dem starken Rückgang der Ölbezüge nach wie vor gedrückt. Dies ergibt sich aus den Außenhandelszahlen des Nah- und Mittelost-Vereins, Hamburg, für das erste Halbjahr 1984, die deutsche Ausfuhren in diese Region (ohne Israel) von insgesamt 15,3 Mrd. DM ausweisen. In derselben Vorjahresperiode waren es 16,4 Mrd. DM. Der Rückgang beträgt sieben Prozent.

Unter den wichtigen Abnehmerländern stehen Iran und Saudi-Arabien an der Spitze mit jeweils über 3,5 Mrd. DM. Zum Teil deutlich über eine Mrd. DM bezogen außerdem Ägypten, die Türkei, Kuwait und Irak. Ein starker Rückgang um über 50 Prozent trat im Irak-Handel ein, nachdem eine Reihe von Großaufträgen mit deutschen Firmen inzwischen abgewickelt sind.

Bei den Einfuhren aus dieser Region von zusammen 6,3 Mrd. DM im ersten Halbjahr ist eine leichte Steigerung um drei Prozent gegenüber der Vergleichszeit 1983 (6,1 Mrd. DM) eingetreten, die aber im wesentlichen auf höheren Importen aus der Türkei beruht.

ITALIEN / Die Industrie entdeckt das Regatta-Segeln

Vier Boote im Weltpokal

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Industrie hat das Segeln entdeckt. Nach Fiat-Präsident Giovanni Agnelli, der im vergangenen Jahr auf das Sponsorboot des italienischen Herausforderers im America Cup stieg, ist jetzt unter vielen anderen auch der langjährige Präsident des Spitzenverbandes der italienischen Industrie und Chef des Elektrogeräte-Konzerns Ariston, Vittorio Merloni, unter die Yacht-Fans gegangen. Er präsidiert das jüngste Konsortium im Rennen um den Segel-Weltpokal und um den nächsten America Cup, der im Jahre 1987 stattfinden wird.

Vier italienische Konsortien sind es damit mittlerweile, die ebenso viele Segelboote ausrüsten und als erste ins Ziel vor Perth in Australien führen wollen: das Firmenkonsortium der „Azzurra", die im vergangenen Jahr beim America Cup um Haaresbreite den Australiern unterlag, das von Vittorio Merloni angeführte Konsortium der „Fortuna" und zwei weitere, ebenfalls von Firmen gesponsorte Interessengruppen. Erstmals steht Italien mit der Zahl der angemeldeten Boote damit weltweit an zweiter Stelle nach den Vereinigten Staaten, die zur Stunde neun Schiffe angemeldet haben und vor den Franzosen, die mit drei Booten an die Startboje gehen wollen.

Mehr als um den Silberpokal in der renommiertesten Segelregatta der Welt geht es den Italienern hierbei ums Werbegeschäft. Von der in der Branche in „Azzurra"-Manie getauften neuen Masche erhoffen sich die Werbestrategen von mindestens 40 Großfirmen, darunter neben der staatlichen Luftfahrtgesellschaft Alitalia auch Italiens größte Bank, dem öffentlich rechtlichen Kreditinstitut Banca Nazionale del Lavoro, einen Zugewinn an Image und ein Mehr an Umsätzen. Vorbild ist in allen Fällen der Erfolg von „Azzurra", der vor allem auf dem US-Markt den beteiligten italienischen Unternehmen hohe Verkaufszuwachsraten bescherte.

Der Einsatz dafür ist allerdings auch nicht gering. Für die vier Boote und die fast vierjährige Vorbereitung werden die Sponsorkonsortien fast 60 Mrd. Lire hinblättern, insgesamt sogar 100 Mrd. Lire, wenn man auch die anderen Regatten berücksichtigt, die bis dahin bestritten werden sollen. Mit diesen Aufwand übertrifft Italien nicht nur England bei weitem, wo diese Art Sponsortätigkeit entstanden ist, sondern auch Frankreich.

Trotzdem lohnt sich das Risiko. Das hat nicht zuletzt Alitalia erkannt, die ihre Teilnahme am Azzurra-Sponsorn als Gelegenheit bezeichnet, um „auf die Öffentlichkeit unsere Gaben an Stil und Effizienz zu projizieren und damit ihr Bewußtsein für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu vertiefen".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Fensterwerk Tannhausen GmbH, Tannhausen; **Augsburg:** Nachl. d. Elisabeth Ruf; **Coburg:** Manfred Rebhan, Inh. d. Fa. REFRA-Holzwarenfabik, Tettau-Sattelgrund; **Cuxhaven:** Debascho Vertriebs GmbH, Geilenkirchen-Lindern; **Hannover:** Sanitär Bremer Ges. mbH, Langenhagen; **Minden:** Winter KG; Winter Minden Verwaltungs-Ges. mbH; Winter Minden GmbH & Co. KG; **Mönchengladbach:** MW Modernes Wohnen GmbH; **Niebüll:** Sylt-Plaza Hotel- u. Gaststättenbetriebsges., Westerland; Sylter SB Wasch- u. Mangelcentrum GmbH, Westerland; Sylter Hausbetreuungsges. mbH, Westerland; **Offenbach a. Main:** Bauteam Süd GmbH, Dietzenbach; COBA, Ges. f. Coopertives Bauen mbH, Dietzenbach; **Regensburg:** Vilona Bekleidungsproduktions-GmbH, Regenstauf; **Überlingen:** Helmut Mayer KG, Markdorf; **Wilhelmshaven:** Klaus Menke Baugeschäft GmbH; **Wittlich:** Hermann Josef Ehses, Zeltingen.

Vergleich beantragt: Hamm: a) Dröge & Koch KG, Unna, b) Dröge & Koch Verwaltungs- u. Betriebs-GmbH, Unna; **Kleve:** Sonanini GmbH & Co. KG, Kevelaer; Sonanini Verwaltungs GmbH, Kevelaer.

FRANKREICH / Streikbereitschaft in der Privatwirtschaft ist stark zurückgegangen

Ausfälle durch Kurzarbeit sind höher

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Streiklust der Franzosen läßt nach. Noch am ehesten folgen sie im öffentlichen Dienst den Parolen der Gewerkschaften. In der Privatwirtschaft dagegen sind 1983 je 100 Beschäftigten nur noch zehn Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen gegenüber 17 im Vorjahr. Derart hat sich in Frankreich die Streikbilanz innerhalb eines Jahres noch niemals verbessert, stellt das Arbeitsministerium fest.

Mit insgesamt 1,48 (2,33) Millionen infolge von Streiks und Betriebsbesetzungen verloren gegangenen Arbeitstagen wurde das Ergebnis von 1981 (1,50 Millionen Tage) zwar nur unwesentlich unterschritten. Gleichwohl brachte das letzte Jahr das günstigste Ergebnis seit 1965. In den 30 Jahren bis 1980 hatte der Arbeitsausfall mit durchschnittlich drei Millionen Tagen das Doppelte des Jahresdurchschnitts 1981 bis 1983 erreicht.

Auch im internationalen Vergleich schneidet Frankreich eher günstig ab. Im letzten Jahr lag es nach vorläufigen Schätzungen unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten. Allerdings hatte sich die Zahl der an Streiks beteiligten Arbeitnehmer nach Angaben des Internationalen Arbeitsbüros (BIT) schon 1982 um 15 Prozent auf 18,5 Millionen vermindert, während sie in Frankreich zunahm. Dies dürfte daran gelegen haben, daß Frankreich von dem weltweiten Konjunktureinbruch wegen der von der sozialistischen Regierung zunächst betriebenen Expansionspolitik noch verschont geblieben war.

Nach der eher politisch bedingten Streikruhe des Jahres 1981 (sozialistische Regierungsübernahme) war 1982 vor allem für höhere Löhne und die weitere Ausdehnung der gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben gestreikt worden, stellt das Arbeitsministerium fest. Im letzten Jahr dagegen erlahmte die Streikbereitschaft wegen der erstmals wieder stark zunehmenden Arbeitslosigkeit. Am stärksten bestreikt wurde aus diesem Grunde die Automobilindustrie, die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau, die Glasindustrie und die Textilindustrie.

Je nach Betriebsgröße war die Streikbereitschaft aber sehr unterschiedlich. Unternehmen mit 100 bis 500 Beschäftigten verbuchten je zehn Arbeitnehmer im letzten Jahr 36 Streiktage – Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten dagegen nur 1,2 Tage. Diese kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigen aber fast die Hälfte der gesamten Belegschaft der französischen Privatwirtschaft.

Die Initiative zu den Arbeitskonflikten ging von der kommunistischen CGT aus, der größten französischen Gewerkschaft. Obwohl die Kommunistische Partei Frankreichs 1983 noch an der Regierung beteiligt war, zeichnete die CGT für 41 Prozent der Streiks verantwortlich. Es folgten die linkssozialistische CFDT mit zwölf Prozent und die gemäßigte FO mit ein Prozent. Ohne gewerkschaftlichen Streikaufruf kam es zu 22 Prozent der Konflikte.

Das Arbeitsministerium hält die streikbedingten Ausfälle des letzten Jahres für „global unbedeutend". Insbesondere die Ausfälle durch Kurzarbeit seien elfmal größer gewesen. Auch die Abwesenheitsquote am Arbeitsplatz durch Krankheit bringe der Wirtschaft größeren Schaden als die Streiks. Jedenfalls haben es in Frankreich die Gewerkschaften bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage nicht leicht, ihre „Truppen" für größere Aktionen zu mobilisieren.

DUAL / Noch nicht aus den roten Zahlen

Kein Schub bei HiFi

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Wir sind in einem besonders schwierigen Marktsegment tätig. Von einer Expansion der Unterhaltungselektronik spüren wir bei HiFi- und Stereogeräten wenig", klagt Peter Kuhn, Geschäftsführungsvorsitzender der Dual GmbH, St. Georgen, seit zwei Jahren unter dem Dach des französischen Elektrokonzerns Thomson. Das ohnehin nur mäßige Wachstum des deutschen Markts werde in erster Linie vom Video-Bereich getragen.

Das Stereo-Geschäft stagniert schon seit Jahren. Nach Schätzungen von Dual *wird der Inlandsmarkt* auch 1984 auf dem Vorjahresniveau von 3,1 Mrd. DM verharren, 1982 waren es *noch 3,2 Mrd. DM. Zusätzliche* Probleme bereitet die Preisentwicklung. Während die Lebenshaltungskosten seit 1980 *um knapp 16 Prozent* stiegen, gingen die Preise für Stereo-Anlagen um gut 9 Prozent und für Plattenspieler um gut 5 Prozent zurück.

„Da mußte man selbst bei unveränderten Stückzahlen Umsatz verlieren", stellt Kuhn fest. Nach seiner Einschätzung wird auch das Geschäft mit Compact-Disc(CD)-Playern, in das Dual jetzt mit einer Eigenentwicklung einsteigt, vorerst wenig Entlastung bringen. Den euphorischen Absatzziffern aus dem Markt begegnet er mit Mißtrauen: „Es wird nirgendwo so viel gelogen wie bei den Stückzahlen für CD-Player."

Nach Dual-Schätzung wurden 1983 bestenfalls 30 000 bis 50 000 der neuen Geräte an den Endverbraucher verkauft – an den Handel gingen immerhin 60 000. Der deutsche Markt für herkömmliche Plattenspieler – laut Kuhn „noch lange nicht tot" – liegt derzeit bei 0,9 bis 1 Million Stück pro Jahr. Die Erwartung von vielleicht 0,6 Millionen CD-Spielern für 1990 dürfte darum gar nicht allzu pessimistisch sein.

Der Rundfunk- und Fernsehhandel hatte im ersten Halbjahr Umsatzeinbußen von 3 Prozent zu verkraften. Für Dual selbst brachten die ersten sechs Monate auch im Inland noch ein leichtes Plus. Im Ausland – 1983 mit 24 Prozent an 181 Mill. DM Umsatz beteiligt – wurden sogar starke Zuwächse verzeichnet. Dennoch blieb das Geschäft insgesamt hinter *den Erwartungen zurück. „Das könnte* bedeuten, daß wir auch in diesem Jahr noch nicht ganz aus den roten *Zahlen kommen", bedauert Kuhn.* Das war aber nach zwei Jahren intensiver Aufräumungsarbeit geplant. *Dual hatte 1983 nahezu die Gewinn*schwelle erreicht (Rumpfgeschäftsjahr 1982 Verlust von 82 Mill. DM).

ZÜNDAPP-WERKE / *„Familie ist nicht mehr in der Lage, weiteres Kapital für die Durststrecke aufzubringen"*

Nur ein Käufer kann den Konkurs abwenden

DANKWARD SEITZ, München

In der zweiten September-Hälfte wird sich entscheiden, ob es bei den *Münchner Zündapp-Werken GmbH* zu einem Vergleich kommen kann, der am Freitag letzter Woche angemeldet werden mußte. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge droht eher der Anschlußkonkurs, wenn bis dahin nicht ein finanzkräftiger Käufer gefunden werden kann. Denn mit einer Sanierung allein ist dem renommierten Motorrad-Hersteller nicht mehr zu helfen, wie Geschäftsführer und Alleininhaber Dieter Neumeyer vor der Presse einräumte. Die Familie sei jedenfalls „nicht mehr in der Lage", weiteres Kapital aufzubringen, „um die nicht absehbare Durststrekke zu überbrücken".

Gegenwärtig entsteht nach Angaben des vorläufigen Vergleichsverwalters, des Münchner Rechtsanwalts Eckhart Müller-Heydenreich, eine monatliche Unterdeckung von rund 1 Mill. DM. Die Rücklagen von einst 30 Mill. DM sind *„fast gänzlich"* aufgezehrt, das Stammkapital von 10 Mill. DM ist aber noch unangetastet. *Insgesamt sind in den beiden letzten* Geschäftsjahren bei Zündapp Verluste von 22 Mill. DM entstanden und *6 Mill. DM im ersten Halbjahr 1984.*

In akute Schwierigkeiten ist Zündapp, so Neumeyer, im Juli geraten, als die Banken – Hausbank ist die Commerzbank und nicht, wie irrtümlich berichtet, die Deutsche Bank – auf die Sicherung ihrer Forderungen von 25 Mill. DM drängten. Sie werden diese Gelder aber offensichtlich weitgehend abschreiben müssen. Bei einigen Banken, so Müller-Heydenreich, werden „starke Tränen fließen", denn sie haben sich „lange nicht so stark wie üblich abgesichert". Die Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten wurden mit 10 Mill. DM angegeben, denen Kundenforderungen in der gleichen Größenordnung gegenüberstehen.

Sich selbst und den Banken wirft *Neumeyer denn auch „keine Schuld"* vor. Zündapp sei, „völlig auf sich allein gestellt ohne verlustüberneh*mende Mutter im Rücken, zwischen* dem katastrophalen Nachfragerückgang, den restriktiven Maßnahmen des Gesetzgebers und dem ruinösen Preiswettbewerb der Japaner aufgerieben worden". In diesem Zusammenhang bestritt Neumeyer Vermutungen, daß eine 1982 erfolgte Trennung bei Zündapp in eine Produktions- und eine Vermögensgesellschaft – letztere ist im Besitz aller verwertbarer Anlagen und vom Vergleich nicht betroffen – eine mögliche Rettung verhindert habe. Auch die Vermögensgesellschaft sei mit Pensionsverpflichtungen (10 Mill. DM) und Bürgschaften für Banken (5 Mill. DM) bis „zum Stehkragen" belastet.

Von der Hand zu weisen ist aber nicht, daß diese Trennung die Verhandlungen mit möglichen Interessenten an der Produktionsgesellschaft, die Neumeyer „zum Nulltarif" *abgeben will, belastet.* Gespräche wurden bisher – allerdings noch nicht von Müller-Heydenreich – mit der *österreichischen Steyr-Daimler-Puch* AG und der indischen Enfield-Gruppe geführt. Die größten Chancen räumt Neumeyer den Indern ein, da sie bisher schon Zündapp-Mopeds in Lizenz bauen. In keinem Fall wird aber damit gerechnet, daß das Münchner Werk in unverändertem Umfang weiterlaufen wird.

Ab Anfang September, nach dem Ende der Werksferien, sollen nun die rund 750 Beschäftigten vorerst für 14 Tage kurzarbeiten. Anschließend will die Geschäftsleitung die Produktion wieder voll aufnehmen, um die vorhandenen Materialbestände abzubauen. Der Lagerbestand wird mit über 11 000 Fahrzeugen angegeben. Im ersten Halbjahr 1984 wurden 17 252 Stück abgesetzt, das ein Minus von fast 20 Prozent. Der Umsatz (1983: 101 Mill. DM) fiel um ebenfalls 20 Prozent.

BEIERSDORF

Immer noch zügiges Wachstum

JB. Hamburg

Die Hamburger Beiersdorf Gruppe *hat im 1. Halbjahr 1984 das zügige* Wachstum fortgesetzt. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, erhöhte *sich der Weltumsatz um 14 Prozent* auf 1,4 Mrd. DM; davon entfielen 789 Mill. DM auf das Ausland (plus 16,4 Prozent) und *581 Mill. DM* (plus *10,9* Prozent) auf das Inland. Die AG weist einen Umsatzzuwachs von 8,8 Prozent auf 697 Mill. DM aus. Am expansivsten entwickelten sich dabei die Sparten cosmed und medical.

In den kommenden Monaten erwartet Beiersdorf eine Verlangsamung des Wachstums. Der feste Dollar dürfte aber bewirken, daß die Auslandsumsätze auf hohem Niveau bleiben. Zur Ertragsentwicklung heißt es, daß sie aufgrund stark gestiegener Rohstoffkosten hinter den Umsatzausweitungen zurückbleiben werde.

In der AG beschäftigte das Unternehmen zur Jahresmitte 6041 Mitarbeiter; das sind 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. In der weltweiten Gruppe stieg die Zahl der Mitarbeiter um 7,1 Prozent auf 7383. Die Investitionen im ersten Halbjahr blieben mit 51 Mill. DM nahezu unverändert und dienten der Erweiterung der inländischen Produktionsanlagen.

Rückschlag für Windhoff-Gruppe

J. G. Düsseldorf

Den Rückschlag einer Annullierung ihres bisher größten und schon weitgehend angearbeiteten Einzelauftrags (12,5 Mill. DM Kühlerbauten für IHC/Neuss) mußte die Familienfirma Rheiner Maschinenfabrik Windhoff AG, Rheine, (4 Mill. DM AK) in 1983 verkraften. Es gelang ohne Abrutschen in die Verlustzone.

Bei 35,8 (34,3) Mill. DM AG und 55 *(60) Mill. DM Gruppenumsatz wurde* allerdings „zugunsten konsequenter Risikovorsorge" nur noch ein ausgeglichener *Jahresabschluß (nach 0,6* Mill. DM Gewinn) erzielt. Nach Überwindung des Kühlberbau-Rück*schlags rechnet man für 1984 wieder* mit 60 Mill. DM Gruppenumsatz. Auf allen Produktfeldern sei jedoch die *Auslastung der Kapazitäten schwieri*ger geworden, da insbesondere die Hauptabnehmer im Ruhrgebiet kaum expandieren *und auch bei Ersatzin*vestitionen zurückhaltend seien.

NAMEN

Hermann Freudenberg, persönlich haftender und geschäftsführender *Gesellschafter der Firma* Carl Freudenberg, Weinheim, sowie der Familien-Holding Freudenberg & Co., *wird am 18. August 60 Jahre alt.*

Hermann Schrader, zwanzig Jahre Vorstandsmitglied und heute Auf*sichtsratsmitglied des Gerling-Kon*zerns, Köln, feiert am 18. August seinen 75. Geburtstag.

Nicholas Quaiser** und **Jochen Beck haben die Geschäftsführung der zur Allied Corp. gehörenden Bunker Ra*mo Electronic Data Systems GmbH*, München, übernommen. Sie lösen **Bernd M. Reinsch** ab, der am 1. Sep*tember in die Gesellschaft für Unter*nehmensentwicklung Rosenbeck & Partner eintreten wird.

***Karl Kaufmann**, Gesellschafter* und früherer Geschäftsführer der Mechanischen Weberei GmbH, Bad *Lippspringe, begeht heute seinen 80.* Geburtstag.

Helmut Schaak, Vorsitzender der *Geschäftsführung der Leistritz Ma*schinenfabrik GmbH, Nürnberg, und Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des *VDMA, wird heute 60.*

Dr. **Günter Winkelmann**, Vorstandschef der Stinnes AG, Mühl*heim, vollendet am 18. August* sein 65. Lebensjahr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bei Penta aufgestockt

Köln (dpa/vwd) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, hat die Mehrheit an der „Penta"-Hotelkette übernommen. Wie die Fluggesellschaft mitteilte, hat ihre Tochter Lufthansa Commercial Holding Gmbh von der British Airways (BA) 23,16 Prozent des rund 33,5 Mill. holländische Gulden betragenden Grundkapitals der Penta Hotels N.V., Amsterdam, erworben und damit ihre Beteiligung von bisher 39,11 auf 62,27 Prozent erhöht. Der Übernahmepreis soll dem Vernehmen nach bei 140 Prozent gelegen haben. Die BA hält jetzt noch 8,98 Prozent des Penta-Kapitals, 16,88 Prozent liegen bei der Swissair, während 6,02 Prozent von der WestLB und 5,85 Prozent von der Union Bank of Switzerland gehalten werden.

Deminex in Indonesien

Essen (dpa/vwd) – Die Deminex Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft *mbH, Essen, verstärkt ihr En*gagement in Indonesien. Die mehrheitlich zum Veba-Konzern gehörende *Gesellschaft will durch einen* Beteiligungserwerb den Zugang zu 42 teilweise bereits produzierenden Erdöl- und *Erdgasfeldern in Indonesien* gewinnen. Wie Deminex mitteilte, wird sie von der amerikanischen Reading + Bates Petroleum Co, Tulsa, *eine direkte Beteiligung von 5 Pro*zent an bereits fördernden Vertragsgebieten vor den Küsten Südost-Su*matras und Nordwest-Javas erhalten.* Im Gegenzug wird Deminex der Reading + Bates eine Beteiligung von 1 *Prozent an dem jährlich rund* 5 Mill. Tonnen fördernden Thistle-Feld in der Nordsee verkaufen und dem US-*Unternehmen die Möglichkeit bieten,* sich an künftigen Explorationsvorhaben in der britischen Nordsee zu be*teiligen.*

Bagger-Auftrag für Krupp

Düsseldorf (J. G.) – Den Auftrag für fünf weitere Schaufelradbagger im Wert von reichlich 30 Mill. DM hat die Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg, von Griechenlands staatlicher Public Power Corporation (PPC) erhalten. Damit hat die PPC für den griechischen Braunkohlenbergbau bereits 36 Großgeräte geliefert.

Messe-Troika bleibt

***Düsseldorf** (J. G.) – Nach zum Teil* sogar überraschend günstigem Verlauf der drei zeitgleichen Düsseldor*fer Fachmessen GIFA-METEC-*thermprocess (22. bis 28. Juni) steht inzwischen fest, daß im üblichen Fünf-Jahres-Turnus auch 1989 diese *„Troika" der auf ihrem Feld jeweils* weltgrößten Fachmessen fortgesetzt werden soll. Bezüglich der noch jun*gen hüttentechnischen METEC-*Fachmesse war dies wegen der Stahlkrise noch zum diesjährigen *Messeauftakt eine ungeklärte Frage.*

Bechem 150 Jahre alt

Bonn/Hagen (dpa/VWD) – *Daß* auch mittelständische Unternehmen im Konzert der Mineralölriesen gute *Überlebenschancen haben, wenn sie* sich rechtzeitig spezialisieren, beweist die Carl Bechem GmbH, Hagen, *nach eigenen Angaben Deutschlands* erste Ölfabrik: Sie wurde im Juli dieses Jahres 150 Jahre alt. Neben der *Carl Bechem GmbH gehören die* Schmierstoff-Spezialisten Fimitol und Wittrock, beide Hagen, zum Unternehmensverbund. *Die Jahrespro*duktion an technischen Schmierstoffen liegt bei etwa 15 000 Tonnen, der *Umsatz (1983)* bei rund 40 *Mill. DM.* Im Hagener Werk beschäftigt die Firmengruppe rund 130 Mitarbeiter, setzt aber *zusätzlich viele freie Mitar*beiter ein und kooperiert mit Partnern im In- und Ausland, die Be*chem-Produkte im Lizenzverfahren* herstellen.

RAFFAY / Anteil des Leasing-Geschäfts steigt

Einbrüche durch den Streik

JAN BRECH, Hamburg

Der Streik in der Metallindustrie hat die Planungen der Hamburger Raffay-Gruppe, die zu den fünf größten VAG-Vertragspartnern in der Bundesrepublik gehört, in den ersten 7 Monaten dieses Jahres über den Haufen geworfen. Während das Geschäft bis Mai normal verlaufen ist, ergaben sich im Juni und Juli erhebliche Einbrüche bei den Auslieferungen. Allein im Juni wurden rund 400 Einheiten weniger ausgeliefert. Bei augenblicklichen Lieferfristen von 6 bis 8 Wochen hofft die Geschäftsführung die erlittenen Rückschläge bis zum Jahresende allerdings aufzuholen. Das Ziel ist ein Absatzplus von 6 Prozent, das entspricht einem Neuwagenverkauf von 9200 Stück.

Im Berichtsjahr hatte das Neuwagengeschäft bei 9126 Einheiten stagniert. Davon entfielen 85,5 Prozent auf Pkw, der Rest auf VW-Transporter. Bei Personenwagen stammte jeder 4. Wagen aus dem Hause Audi. Der Verkauf von Porsche-Sportwa*gen erhöhte sich um 9,3 Prozent auf* 515 Stück. Positiv wird bei Raffay der steigende Anteil des Leasing-Ge*schäfts bewertet. Der Leasing-Anteil* am gesamten Neuwagengeschäft stieg von knapp 10 auf 14,4 Prozent.

Den Umsatz gibt Raffay für 1983 mit 343 Mill. DM (plus 6 Prozent) an. Darin enthalten ist auch der Gebrauchtwagenhandel, der stückzahlmäßig um 5,5 Prozent auf 9565 zurückging. Als Anhaltspunkt für die Ertragsentwicklung nannte Raffay einen Rohertrag von 69 Mill. DM. Er ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent gestiegen. Für rund 5 Mill. DM hat Raffay jetzt in Hamburg-Altona ein neu konzipiertes „VAG Kundenzentrum" fertiggestellt. Das Konzept der Verknüpfung aller Dienstleistungsaktivitäten auf engem Raum soll schrittweise auf die bestehenden 15 Zentren übertragen werden.

SHOWTECH '84 / Messeneuling in Berlin

Forum für den Show-Markt

PETER WEERTZ, Berlin

Mit 81 Ausstellern aus neun Ländern findet in Berlin bis zum 17. August die ShowTech '84 statt, eine Messe und ein Kongreß für Veranstaltungstechnik und Showgeschäft. Bei dieser Messe, die zum ersten Mal veranstaltet wird, geht es vor allem um die Organisation, technische Ausstattung sowie Produktion von Veranstaltungen des internationalen Show- und Veranstaltungsgeschäfts. Hier soll als internationale Messe mit angegliederten Kongressen ein zentrales Forum für den Show- und Veranstaltungsmarkt geschaffen werden, verspricht als Veranstalter die Berliner AMK Ausstellungs-MesseKongreß-GmbH.

Nach Angaben der Veranstalter, zu denen auch die Fachagentur für Industriewerbung und Marketing-Beratung und die Frankfurter Ausstellungs- und Kongreß-GmbH gehören, fehlt bisher ein Marktforum für Produkte und Dienstleistungen des Veranstaltungs- und Showgeschäfts. Das Messeangebot gliedert sich in Einrichtungen für Veranstaltungsstätten, Bühnentechnik, Beleuchtungsanlagen, Tontechnik-Zubehör, Videotechnik, Spezialeffekte, Artistenbedarf, Sicherheitsanlagen sowie Organisationsmittel und Serviceeinrichtungen.

Zu den messebegleitenden Kongressen haben sich bisher 350 Teilnehmer aus 16 Ländern angemeldet. Mit der ShowTech '84 will Manfred Busche, Geschäftsführer der AMK Berlin, die Transparenz des Veranstaltungsmarktes verbessern.

Für ihn besteht dieser Markt aus Kongressen, Messen, Shows, Opern, Musicals, Konzerten aller Art, Modeschauen bis hin zu Händlertagungen und Produktpräsentationen.

Pittler weiter in der Verlustzone

dpa/VWD, Langen

Die Pittler Maschinenfabrik AG, Langen, im Rahmen eines Sanierungsprogramms auf rechnergesteuerte Werkzeugmaschinen umstrukturiert und inzwischen 75prozentige Gildemeister-Tochter, wird auch 1984 noch nicht mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aufwarten können.

Wie der Vorstand im Jahresbericht 1983 schreibt, wirkte sich die weitere Verminderung der Gesamtleistung aufgrund des niedrigeren Auftragsvolumens auch auf das Betriebsergebnis aus.

Die Verkäufe von Pittler lagen in den ersten fünf Monaten 1984, bedingt durch die planmäßig weitergeführte Straffung des Programms und wegen des schwachen Auftragseingangs aus dem Hauptabsatzbereich Automobilindustrie, um 17 Prozent niedriger als zur gleichen Vorjahreszeit. Im Geschäftsjahr 1983 hat die Anpassung der Kosten an das geplante niedrigere Geschäftsvolumen zu einem gegenüber 1982 deutlich niedrigeren Betriebsverlust geführt. Dies wurde vor allem durch drastische Reduzierung des Personalaufwands erreicht. Der Jahresabschluß weist ein ausgeglichenes Bilanzergebnis aus. Der Umsatz ging um 14,5 Prozent auf 95,3 (111,5) Mill. DM zurück. Dabei lag der Export mit 48,9 Prozent Anteil auf Vorjahreshöhe. Die Mitarbeiterzahl wurde auf 1057 (1507) verringert.

MASSA / Der Gruppenumsatz konnte um 18 Prozent gesteigert werden

Das bisher beste Ergebnis erzielt

INGE ADHAM, Frankfurt

Das Familienunternehmen Massa funktioniert: Während sich der Sohn des Unternehmensgründers Karl-Heinz Kipp künftig in den USA um familieneigene Immobilien kümmert (und auch sonst die Augen offenhält, obwohl Kipp vorerst kein US-Engagement im Einzelhandel sieht), ist der Kipp-Schwiegersohn, der Kieferorthopäde Dr. Bechtolsheimer, voll ins Unternehmen eingestiegen. Dieses *„Funktionieren" der Familie erklärt* sicherlich zum Teil den ungebrochenen Schwung (und Erfolg) des Unternehmers Kipp, der weiter, wenn auch langsamer als zuvor, auf Expansion setzt.

Das vergangene Jahr bietet der Firmengruppe Massa mit dem Kernunternehmen Alfred Massa GmbH, Alzey, an der Spitze der zehn größten deutschen SB-Warenhaus- und Verbrauchermarkt-Unternehmen Grund zur Freude: Mit gut 48 (21) Mill. DM nach Steuern erzielte die Gruppe das bisher beste Ergebnis. Dahinter steht eine Steigerung des Gruppenumsatzes um 18 (flächenbereinigt 14) Prozent auf 3,99 (3,41) Mrd. DM, die freilich weniger für die Gewinnexpansion sorgte als eine deutliche Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes. 517 000 (458 000) DM setzten die *8642 (9219)* Mitarbeiter (jeweils Jahresende) pro Kopf um. Die Reduzierung resultiert aus der Anpassung der Personalstärke in den im Vorjahr übernommenen „Supermagazinen" auf das Massa-übliche Niveau.

Die größte Rolle bei der Gewinnverbesserung spielte nach Aussagen Kipps freilich das neue Warenwirtschaftssystem, das mit dem beginnenden Einsatz von Scannerkassen eine weitere Steigerung des Warenumschlags (jetzt 13 mal pro Jahr) ermöglichte. Bis 1987 sollen alle rund 800 Massa-Kassen umgestellt sein, wobei Kipp, der pro Jahr 330 Auszubildende einstellt und die Ausgelernten auch übernimmt, betont, daß es dabei nicht um Einsparung des Personals gehe. Die gute Gewinnentwicklung erlaubte die Aufstokkung des Stammkapitals auf 150 (133) Mill. DM, die Eigenkapitalquote macht 31 (29) Prozent aus.

Gebremst wird Kipp vorerst immer *noch durch die Bauämter:* Rund 40 Mill. DM geplante Investitionen wurden deshalb nicht verwirklicht, betont Kipp; freilich waren die aus dieser Tatsache geborenen neuen Ideen nach seinem eigenen Eingeständnis teilweise sehr positiv. So läuft in Offenbach das erste innerstädtische Haus unter den 25 Massa-Märkten. Wenn dieses Experiment glatt läuft, sieht Kipp gute weitere Expansionschancen, da derzeit innerstädtische Lagen zahlreich angeboten würden.

Auch durch die Streikfolgen wurde Massa in diesem Jahr gebremst. Im ersten Halbjahr wuchs der Umsatz nur um ein Prozent, für das ganze Jahr peilt die Massa-Mannschaft 4,2 bis 4,3 Mrd. DM Gruppenumsatz an.

Der jüngste Coup der Leute aus Alzey, der Vertrieb des Autos von Austin Rover in 23 Massa-Märkten, der im Oktober starten soll, wird dazu freilich noch nicht viel beitragen. Für 1985 sind jedoch schon rund 80 Mill. DM – oder 4500 verkaufte Autos – eingeplant.

Gegen Schluß neue Käufe

Chemie- und Stahlaktien bevorzugt

DW. – Da bei Börsenbeginn deutlich weniger Kaufaufträge vorlagen als am Vortag, verlief das Aktiengeschäft zunächst schleppend. Herausragende Sonderbewegungen blieben diesmal aus. Eine gewisse Bevorzugung ergab sich für die Titel der Großchemie. Sie wird als Vorgriff auf die zu erwartenden günstigen Zwischenberichte gewertet. Die gegen Börsenschluß lebhaftere Geschäftstätigkeit kam auch den Stahlaktien zugute, wo der Tatsache Rechnung getragen wird, daß die Stahlindustrie ihr Ertragstief hinter sich hat.

Bei den Vortagsfavoriten Nixdorf, Schering, Allianz und Preussag kam es nach den vorangegangenen kräftigen Steigerungen zu Glattstellungen. Hier konnten die Spitzennotierungen nicht gehalten werden. Von den Technologiepapieren setzten PKI ihren Anstieg fort, weiterhin fest auch Contigas. Unverkennbar blieb die Unsicherheit gegenüber den Bankaktien. Das war deshalb enttäuschend, weil der Rentenmarkt sich von der freundlichen Seite zeigte und dies bei früheren Gelegenheiten positiv auf die Bankaktien ausgestahlt hat. Wenig verändert lagen Autoaktien. Warnungen vor übertriebenen Kurserwartungen wegen des auslaufenden Autobooms scheinen insbesondere die institutionellen Anleger zu beeindrukken. Von den Spezialwerten erreichten Wella Vorzugsaktien einen neuen Jahreshochstkurs. Maschinenbauaktien blieben relativ unbeachtet, das gilt auch für Linde, die am Vortag einen deutlichen Sprung nach oben gemacht hatten.

Düsseldorf: Pegulan St. befestigten sich um 4 DM auf 222 DM. Ver. Rumpus zogen um 5 DM auf 150 DM an und Schubert und Salzer stiegen um 3,30 DM auf 77,80 DM. Aigner sanken um 21 DM auf 227 DM, Audi NSU verminderten sich um 3 DM auf 252 DM und Gehe gaben um 3 DM auf 129 DM nach. Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 12 DM auf 3900 DM ab.

Frankfurt: Aachener Rück verminderten sich um 15 DM auf 860 DM und Münchener Rück gaben um 9 DM auf 1000 DM nach. Stuttgarter Hofbräu zogen um 10 DM auf 670 DM an. Cassella befestigten sich um 9 DM auf 435 DM. Dyckerhoff gaben auf 190 DM minus 5 DM nach und Heidelberger Zement stiegen um 5,50 DM auf 420 DM.

Hamburg: Kühltransit wurden in der Kasse nochmals 10 DM fester mit 1240 DM gehandelt. Markt und Kühlhallen kamen auf 314 DM plus 4 DM. HEW lagen bei 83,10 DM minus 0,90 DM und NWK-Vz. unverändert bei 163,50 DM. Phoenix Gummi schwächten sich auf 115 DM minus 3 DM ab.

München: Börse wegen Feiertag geschlossen.

Berlin: Engelhardt zogen um 8 DM, Delewe um 7 DM, Berthold um 6 DM und Schering um 5 DM an. Kempinski erholten sich um 4 DM, Herlitz St. und Rehinmetall um je 1,50 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 141,2 (141,2)
WELT-Umsatzindex: 2248 (1660)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 15. 8. 84: 487 Optionen = 26 650 (26 850) Aktien, davon 156 Verkaufsoptionen: = 8500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/3,6, 1-90/9,9, 1-95/7, 1-100/4,7, BASF 10-160/4,5, 1-150/14,4, 1-160/7,7, 1-170/3,3, 4-160/12,5, 4-170/7,4, Bayer 10-160/10,9, 10-170/3,5, 1-170/9, 1-180/4,9, 4-170/11,4, 4-190/6, Bekula 1-95/3,5, BMW 1-410/8,4, Commerzbank 1-160/5,9, 4-150/14, 4-160/8, Conti 10-120/4,4, 1-130/3,6, 4-130/6, Dt. Babcock St. 10-150/4,0, Deutsche Bank 10-350/5,5, 1-360/5,2, 1-370/3,7, Dresdner Bank 1-180/6,6, 1-170/2, GHH Vz. 4-140/3, Hoechst 10-180/1,4, 1-170/9,2, 4-150/20,7, Hoesch 1-80/23, 1-90/11, 1-96,25/7,9, 1-100/5,9, 4-100/8,5, Karstadt 10-240/10, Kloeckner 10-60/2,2, Lufthansa St. 1-160/10, Lufthansa Vz. 1-160/9,9, Mercedes 4-500/16, Mannesmann 1-140/9, 1-150/4,5, 4-150/7,4, Kali + Salz 1-210/11,6, 4-230/8,8, Siemens 1-390/20, 1-420/4,5, 4-420/7,4, Thyssen 1-80/3,5, VEBA 10-170/4,4, 10-180/1,2, 1-160/15,6, 1-180/3,9, VEW 1-120/3, VW 10-180/6, 1-200/3,5, 4-200/5,5, 4-220/2,5, Chrysler 10-80/7,1, 10-90/3,5, 1-80/9,1, 1-85/7,8, 1-90/6, 4-95/4,65, ELF 4-70/12,4, 4-75/7,5, IBM 10-320/28,7, 10-350/18, 1-320/40, 4-370/21,5, Philips 10-40/4, 1-45/2,6, 4-45/4,2 Royal Dutch 1-130/10,6, Sperry 10-120/4,5, 1-120/8,4, Xerox 10-110/6,5, 1-120/6,1, 4-120/10, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/2,1, 10-95/4, 1-80/1,2, 1-85/2,2, 1-90/4,1, 1-95/8,8, 4-80/2, 4-90/6,3, Bayer 10-160/1,8, BMW 1-350/4,4, 4-390/17, Commerzbank 10-150/2,9, 1-140/1,5, 1-150/3,5, 4-150/7,4, Conti 10-120/3,5, 1-120/5, 4-110/3, Deutsche Bank 10-330/5, 10-360/20,8, 1-320/5,2, 1-330/9,5- 4-330/13, Dresdner Bank 10-150/2,6, 1-150/4,9, Hoechst 4-180/4, Hoesch 10-90/1,7, KHD 1-220/3, Lufthansa St. 1-150/5,5, Mannesmann 1-140/2,4, 4-140/4,5, Preussag 10-240/5, 1-240/9,3, Siemens 10-370/2,15, 1-370/5,4, 1-390/12, 4-380/7,4, VEBA 1-170/6, VW 10-170/1,2, 10-180/6, 1-180/6,9, 4-180/3,6, Chrysler 10-80/1, 10-85/3,9, 1-75/2,4, 1-80/3,9, 1-85/6,9, 4-75/3,5, 4-85/8,6, General Motors 1-220/16,4, IBM 4-310/3,5, Litton 1-220/15, Norsk Hydro 1-190/4,6, Royal Dutch 1-130/2,4, Sperry 10-110/1,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5⅜–5½	4¼–4½
3 Monate	11¾–12	5½–5⅝	4⅝–4⅞
6 Monate	12 –12⅛	6 –6¼	4⅞–5⅛
12 Monate	12¼–12⅜	6⅜–6⅝	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1475,00	1829,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	621,30
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	231,00	285,00
Krüger Rand, neu	1034,00	1218,60
Maple Leaf	1034,00	1218,60
Platin Noble Man	1021,00	1203,84
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	250,00	312,36
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	222,56
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	955,00	1152,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,00	239,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	452,00	555,18
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8747	2,8827	2,8338	2,82	2,91
London1)	3,796	3,810	3,759	3,74	3,89
Dublin1)	3,075	3,089	3,027	2,98	3,13
Montreal3)	2,2035	2,2115	2,1704	2,16	2,26
Amsterd.	88,735	88,955	88,695	87,50	89,50
Zürich	119,260	119,460	119,36	117,75	120,50
Brüssel	4,934	4,954	4,874	4,80	5,00
Paris	32,520	32,680	32,10	31,75	33,50
Kopenh.	27,400	27,520	27,10	26,25	28,00
Oslo	34,760	34,880	34,21	33,75	35,50
Stockh.**)	34,490	34,650	33,90	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,620	1,630	1,588	1,58	1,68
Wien	14,222	14,262	14,194	14,14	14,36
Madrid**)	1,751	1,761	1,715	1,70	1,82
Lissabon**)	1,916	1,936	1,821	1,45	2,26
Tokio	1,1880	1,1910	–	1,15	1,21
Helsinki	47,560	47,760	46,40	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4860	2,5400	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4205	2,4305	–	2,34	2,46
Johannesbg.*)	1,8515	1,8705	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Am Devisenmarkt herrschte am 15. 8. eine abwartende Haltung in Erwartung der für heute anstehenden US-Zahlen zur Industrieproduktion und der Lagerhaltung. Es genügte relativ geringe Nachfrage um den Kurs von 2,8630 auf 2,8830 zu bringen. Verunsichert war man über den gestrigen Liquiditätsentzug der FED, der ersten Aktion seit dem 27. 7., der im nachhinein jedoch eine technische Erklärung fand und nicht auf eine Verschärfung der Kreditpolitik hindeutet. Zur Notiz von 2,8787 glich die Bundesbank mit einem kleinen Betrag von 1,65 Mill. Dollar die Nachfrage aus. Uneinheitlich verlief die Kursentwicklung der anderen Währungen. Das Englische Pfund und der Japanische Yen verloren 2,1 bzw. 2,9 Promille, dagegen zog der Schweizer Franken um 4,1 Promille an. US-Dollar in: Amsterdam 3,2435; Brüssel –; Paris –; Mailand –; Wien –; Zürich 2,4118; Ir. Pfund/DM 3,062; Pfund/Dollar 1,3211; Pfund/DM 3,803.

Ostmarkkurs am 15. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Abbröckelnde Dollar-Zinssätze am 15. August waren ausschlaggebend für die Schrumpfung der Dollar-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,60/1,50	4,55/4,45	8,38/8,18
Pfund/Dollar	0,14/0,16	0,53/0,57	1,25/1,30

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 8.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Anleihen stärker gesucht

Die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen hat deutlich zugenommen. Die kurspflegenden Stellen gaben Material nur zu steigenden Notierungen ab. Ausgelöst wurde die Kaufwelle durch die Zinsentwicklung in den USA, die nach den neuen Schätzungen eher nach unten als nach oben zeigt. DM-Auslandsanleihen lagen nur geringfügig freundlicher, echte Nachfrage bestand hier aber für Emissionen erstklassiger industrieller Schuldner. Bei den Pfandbriefen verbesserte sich die Stimmung, größere Umsätze kamen jedoch nicht zustande.

Bundesanleihen

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
8 dgl. 83 S.41	100,85bG	100,85
8 dgl. 83 S 42 9/88	101bG	100,75bG
8 dgl. 83 S 43 12/88	100,95	100,75
8¼ dgl. 83 S 44 12/88	101,85bG	101,55
8 dgl. 84 S.45 3/89	100,9bG	100,65bG
7½ dgl. 84 S.46 4/89	99,15	98,85
7¾ dgl. 84 S.47 7/89	99,95	99,7bG

Bundesbahn

	15. 8.	14. 8.
F 8 Schatzn 72 9/84	100G	100,05G
8¼ dgl. 75 9/84	100G	100,05G
6 dgl. 78 III 11/84	100	100

Bundespost

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Länder – Städte

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	15. 8.	14. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,4G	100,4G
9 dgl. Pf 106	103,65G	103,65G
10 dgl. Pf 108	108,1G	108,1G
7 dgl. KS 132	96,7G	96,7G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	102,05G	102,05G

	15. 8.	14. 8.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	93,5G	93,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96,5G	96,5G
7 dgl. Pf 3	96G	96G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	75,25G	75,25G
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 48	[illegible]	[illegible]
5½ dgl. Pf 62	[illegible]	[illegible]
6½ dgl. Pf 65	[illegible]	[illegible]
6¼ dgl. Pf 60	[illegible]	[illegible]
6¼ dgl. Pf 74	[illegible]	[illegible]
6¼ dgl. Pf 76	[illegible]	[illegible]
Br 6½ dgl. Pf 77	[illegible]	[illegible]
6 dgl. Pf 42	[illegible]	[illegible]
8½ dgl. Pf 47	[illegible]	[illegible]
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	[illegible]	[illegible]
5½ dgl. Pf 53	[illegible]	[illegible]
6 dgl. Pf 79	[illegible]	[illegible]
6 dgl. Pf 130	93,25	93,25
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

	15. 8.	14. 8.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	91G	91
5 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 6	109G	109G
6 dgl. Pf 80	95,8G	94,65G
8 dgl. Pf 73	100,3G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	82,25G	81,75
[illegible]	[illegible]	[illegible]
dgl. Pf 87	95bG	95bG
dgl. Pf 104	96,5G	96,5G
dgl. KS 49	93,5G	93,5G
dgl. KS 81	100,25G	100,25G
dgl. KS 133	99,2G	99,2G
dgl. KS 132	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 185	102,75G	102,75G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	15. 8.	14. 8.
M 5 Verbank Nbg. Pf 56	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,8G	100,8G
6¾ dgl. Pf 403	97,95G	97,95G
9½ dgl. Pf 1007	106,25G	106,25G
8 dgl. Pf 1015	99,7T	99,7T
7 dgl. KO 558	100,05G	100,05G
6¼ dgl. KS 420	96,65G	96,65G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Währungsanleihen

	15. 8.	14. 8.
6¼ Kopenhagen 72	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Industrieanleihen

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
5¾ HEW 62	97,25G	97,25G
7½ dgl. 71	100,25	99,75G
4½ Harpen 59	1980	1980G
6 Hoesch 64	99,7G	99,7G
7½ dgl. 71	99,8G	99,8
7½ Karstadt 71	99,85	99,85G
7½ Kaufhof 71	100G	100G
7¾ dgl. 71	–Zhg.	–Zhg.
7½ dgl. 76	99,75	99,75T
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	100	99,85G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Aktien in DM

	15. 8.	14. 8.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F Erl Aquitaine	66,2	68
F Ericsson	87G	88G
D Ericsson	130T	127T
D Esmark	–	–
D Exxon	118,5	118
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	7,2	7
D dgl. Vz.	5,7	5,7
F Finsider	–	–
D Fisons	8T	8,4T
M Fluor	–	47,7
D Ford	128	129
F Fujitsu	15,8	15,65
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F Nissan Motor	7,7G	7,8bG
F Nisshin Steel	2,05bG	2,05G
F Nissho - Iwai	2,8G	2,8G
D NL Industries	36,8bG	36,5
F Norsk Hydro	207,5	208,5
F Nynex	193,5	195,5
H Occ. Petroleum	84G	85,5
F Oce v. d. Grint	218	218
F Olivetti St.	9,6	9,6
F Olivetti Vz.	7,95	7,9
F Olympus Optical	11,9G	11,9G
H v. Ommeren	23,5bG	23,6
F Onoda Taisei	27T	27
F Pacific Telesis	173	175
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F US Steel	[illegible]	72,5
F US West	–	177,3
M Vaal Reefs Expl	–	393,5
D Ver. Stork	110,5bG	110T
D Volvo A	86T	84T
D dgl. Nam B	84T	84T
F Warner Commun.	59,9	59,7
F Warner Lambert	92	95
F Wells Fargo	110	111
M Western Deep L.	–	129
M Western Mining	–	8,3
M Westinghouse El.	–	73,5
F Westl.-Utrecht H.	73	73
D Xerox Corp.	113	114bG

Warenpreise – Termine

In New York zogen am Dienstag sowohl Gold wie auch Silber erneut an. Kupfer konnte sich dieser Aufwärtsbewegung anschließen. Auch Kaffee und Kakao hatten fast durchweg Gewinne zu verbuchen. (HT).

Getreide und Getreideprodukte

	14. 8.	13. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	350,00	349,50
Dez.	368,25	367,75
März	378,25	377,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	14. 8.	13. 8.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	230,30	232,80
Amber Durum	259,00	259,00
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,50	137,70
Dez.	143,00	141,70
März	149,00	148,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	125,00	124,20
Dez.	122,80	122,00
März	124,70	124,70
Hafer Chicago (c/bush)	14. 8.	13. 8.
Sept	171,25	172,50
Dez.	176,25	177,00
März	178,50	179,50
Mais Chicago (c/bush)		
Sept	295,75	292,25
Dez.	287,25	283,50
März	295,75	292,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 8.	13. 8.
Okt.	132,30	130,60
Dez.	132,10	130,80
März	134,40	133,10

Genußmittel

	14. 8.	13. 8.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	147,00	145,30
Dez.	144,00	142,20
März	140,75	139,30
Kakao		
New York ($/t)	14. 8.	13. 8.
Terminkontr. Sept.	2270	2248
Dez.	2120	2076
März	2130	2075
Umsatz	4737	5013
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	3,83	3,80
Okt.	4,08	4,04
Jan.	4,50	4,53
März	5,13	5,07
Mai	5,40	5,38
Umsatz	7 500	6 050
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,79	3,75
Kaffee	14. 8.	13. 8.
London (£/t) Robusta-Kontrakt Sept.	2320–2322	2317–2319
Nov.	2329–2330	2323–2324
Jan.	2248–2250	2250–2252
Umsatz	2768	1776
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1876–1878	1836–1838
Dez.	1702–1703	1673–1674
März	1670–1671	1651–1652
Umsatz	5884	1640
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Okt.	116,60–117,00	114,40–114,60
Dez.	124,60–125,40	121,00–123,00
März	139,60–140,00	137,40–137,60
Umsatz	2332	3247
Pfeffer	14. 8.	13. 8.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	375,00	370,00
weißer Sarawak	635,00	630,00
weißer Muntok	642,50	637,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	14. 8.	13. 8.
Sept.	172,10	174,10
Nov.	171,25	172,80
Jan.	170,05	171,95
März	170,20	171,85
Mai	170,20	171,75
Umsatz	375	850

Öle, Fette, Tierprodukte

	14. 8.	13. 8.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	50,00	50,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	29,20	28,25
Sept.	28,38	27,35
Okt.	27,37	26,35
Dez.	26,58	25,55
Jan.	26,52	25,50
März	26,55	25,55
Mai	26,60	25,60
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	33,00	33,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	28,00	28,00
Choise white hog 4% fr. F.	18,875	18,875
Talg		
New York (c/lb) top white	20,75	20,75
fancy	20,50	20,50
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,00
Schweine		
Chicago (c/lb) Aug.	53,15	53,25
Okt.	49,25	49,20
Dez.	51,00	51,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Aug.	53,80	54,35
Febr.	68,37	66,25
März	67,05	65,15
Häute	14. 8.	13. 8.
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Aug.	672,00	653,00
Sept.	661,00	641,00
Nov.	659,00	639,00
Jan.	671,00	654,50
März	686,50	667,50
Mai	696,50	679,00
Juli	702,00	682,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Aug.	160,50	157,30
Sept.	162,70	159,50
Okt.	164,60	162,00
Dez.	170,50	167,00
Jan.	173,00	170,00
März	175,00	172,00
Mai	178,50	175,00
Leinsaat	14. 8.	13. 8.
Winnip. (can. $/t) Okt.	370,00	360,00
Dez.	378,50	369,00
März	390,50	382,00
Kokosöl	14. 8.	13. 8.
New York (c/lb) Westküste fob Werk	53,00	51,00
Erdnußöl	15. 8.	14. 8.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	990,00	990,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	600,00	585,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	570,00	550,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	229,00	220,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1300,00	1345,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	302,00	293,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	14. 8.	13. 8.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	65,35	65,10
Dez.	66,35	65,85
März	68,25	67,70
Mai	69,00	68,74
Juli	70,00	68,64
Okt.	69,90	70,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	46,50	46,50
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	14. 8.	13. 8.
Okt.	495-500	499-505
Dez.	500-510	503-508
Jan.	500-508	506-510
Umsatz	107	109
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	14. 8.	13. 8.
Okt.	unerh.	geschl.
Dez.	unerh.	geschl.
März	unerh.	geschl.
Mai	unerh.	geschl.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 8.	13. 8.
Okt.	583,0–584,0	583,0–584,0
Dez.	–	594,0–597,0
März	–	–
Umsatz	0	1
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 8.	13. 8.
East African 3 long	680,00	670,00
undergraded	570,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	14. 8.	13. 8.
Aug.	13 402	13 402
Sept.	13 416	13 413
Kautschuk	14. 8.	13. 8.
London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	64,00–66,00	64,50–67,00
Sept.	64,00–66,50	64,00–66,50
Okt.	65,00–67,00	65,00–66,50
Nov.	66,20–67,00	66,30–67,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	14. 8.	13. 8.
Sept.	211,00–212,00	209,25–209,50
Okt.	216,00–216,50	214,00–214,75
Nr. 2 RSS Sept.	204,00–205,00	202,50–203,50
Nr. 3 RSS Sept.	200,50–201,50	199,00–200,00
Nr. 4 RSS Sept.	193,50–194,50	192,00–193,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	14. 8.	13. 8.
BWC	710,00	646,00
BWD	695,00	630,00
BTC	710,00	646,00
BTD	695,00	630,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 8.	14. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	133,92–134,11	136,88–137,07
drittfolg. Monat	132,78–132,97	136,21–136,30
Zink: Basis London		
laufend. Monat	240,98–241,17	245,50–245,88
drittfolg. Monat	244,98–245,36	249,32–249,70
Produz.-Preis	285,39	287,01
Reinzinn 99,9%	3974–4013	4002–4042

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 8.	14. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	389,38–391,29	391,73–393,64
Blei in Kabeln	141,75–142,75	144,50–145,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	15. 8.	14. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	381–382	383–384
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–431	430–431
MS 63	413–417	414–419

Zinn-Preis Penang

	14. 8.	13. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 8.	14. 8.
Leg. 225	403–430	403–430
Leg. 226	405–432	405–432
Leg. 231	435–452	435–452
Leg. 233	445–472	445–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	15. 8.	14. 8.
Platin (DM je g)	34,70	34,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 200	32 900
Rücknahmepr.	32 450	32 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 380	33 180
Rücknahmepr.	32 540	32 350
verarbeitet	35 010	34 810
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 705	32 575
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	752,50	752,00
Rücknahmepr.	730,30	729,80
verarbeitet	785,50	785,00

Internationale Edelmetalle

	15. 8.	14. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	353,90	348,80
15.00	350,80	354,00
Zürich mittags	352,20–352,70	349,10–349,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	–	98 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	599,55	597,85
3 Monate	614,15	613,00
6 Monate	629,30	627,75
12 Monate	660,80	659,25
Platin (£-Feinunze) London	14. 8.	13. 8.
fr. Markt	259,55	256,20
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	104,95	105,50

New Yorker Preise	14. 8.	13. 8.
Gold H & H Ankauf	354,00	343,50
Silber H & H Ankauf	796,00	762,00
Platin fr. Händlerpr.	335,00–339,00	328,00–336,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,00–138,00	137,00–138,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	801,50	786,30
Sept.	806,00	790,00
Dez.	813,80	798,60
Jan.	829,00	812,00
März	837,20	821,80
Mai	855,00	841,00
Juli	869,00	853,90
Umsatz	23 000	30 000

New Yorker Metallbörse

	14. 8.	13. 8.
Kupfer (c/lb)		
Aug.	59,45	59,10
Sept.	59,80	59,45
Dez.	61,65	61,30
Jan.	62,35	62,05
März	63,60	63,20
Mai	64,75	64,45
Juli	65,95	65,70
Umsatz	9 500	6 500

Londoner Metallbörse

	15. 8.	14. 8.
Aluminium (£/t)		
Kasse	871,00–872,00	877,00–878,00
3 Monate	894,00–894,50	900,00–900,50
Blei (£/t) Kasse	351,50–352,50	354,50–355,50
3 Monate	348,50–349,00	353,50–354,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1009,5–1010,0	1013,5–1014,0
3 Monate	1029,0–1029,5	1033,0–1033,5
abends Kasse	1015,0–1016,0	1024,0–1025,0
3 Monate	1035,0–1035,5	1042,5–1043,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1020,0–1021,0	1020,0–1032,0
3 Monate	1027,5–1029,0	1036,5–1038,0
Zink (£/t) Kasse	632,00–633,00	638,00–639,00
3 Monate	643,00–644,00	647,50–648,00
Zinn (£/t) Kasse	9279–9280	9360–9370
3 Monate	9225–9230	9300–9305
Quecksilber ($/Fl.)	305–315	295–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	76–79	79–84

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FUSSBALL / Vor dem Bundesliga-Start: Vertragspoker wegen der Übertragungen im Fernsehen

Spielen die Vereinspräsidenten ARD und ZDF demnächst gegen die privaten Sendeanstalten aus?

sid, Düsseldorf

Fußball und Fernsehen – sie sind untrennbar verbunden und kommen doch Jahr für Jahr nur unter größten Schwierigkeiten zusammen, wenn es um Übertragungsrechte für die neue Bundesliga-Saison geht. „Nach unserer Auffassung ist das vorliegende Angebot von ARD und ZDF unbefriedigend." So nach der letzten Sitzung Hamburgs Präsident Wolfgang Klein, der vor Jahren sogar den Bildschirm völlig verdunkeln wollte, wenn es um Fußball ging.

Davon kann derzeit keine Rede sein. Obwohl ein neuer Vertrag noch nicht ausgehandelt ist, wird sich am 25. August am gewohnten Schema nichts ändern. Um 15.30 Uhr beginnt die Bundesliga, um 18 Uhr die Sportschau, danach folgen die Regionalprogramme auf dem dritten Kanal, und abends schließt das Aktuelle Sportstudio des ZDF den Reigen.

Acht Millionen Mark zahlten ARD und ZDF bisher an den Fußballverband, der das TV-Geld streng paritätisch an die 38 Profi-Vereine aufteilt. Das bedeutet: Der deutsche Meister VfB Stuttgart kassiert dieselben 215 000 Mark wie der Zweitliga-Neuling VfR Bürstadt. Bewußt soll damit das Unterhaus gestützt werden.

Alle Beteiligten sind sich einig, daß die Fernsehgage nicht mehr entscheidend zu steigern ist. ARD und ZDF möchten deshalb, allein um den Verhandlungspoker zu stoppen, einen langfristigen Vertrag abschließen, wobei sogar eine Dauer bis 1994 im Gespräch war. Die Vereine wiederum drängen auf Ein-Jahres-Verträge, weil sie bei günstiger Entwicklung des Privat-Fernsehens sofort reagieren wollen. Es gab schon erste Kontaktaufnahmen mit dem ehemaligen Minister und jetzigen Bertelsmann-Beauftragten Manfred Lahnstein, doch HSV-Chef Klein sagt für die DFB-Medienkommission: „Das Angebot der Privaten ist noch indiskutabel."

Käme es zur Trendwende, die Experten nicht vor 1990 erwarten, hätten die Vereins-Präsidenten wohl keine Scheu, die öffentlich-rechtlichen Anstalten auszusperren. In Italien geschah dies bereits durch die finanzstarke Station „Tele Milano" auf Kosten der staatlichen RAI. Vorläufig aber sitzen ARD und ZDF noch am längeren Hebel, denn lukrative Verträge über Trikot- und Bandenwerbung sind ohne den millionenstarken Multiplikator Fernsehen undenkbar.

In der Position der Stärke können die Fernsehanstalten auch mehrere Forderungen registrieren, ohne reagieren zu müssen. So soll nach dem Willen der Fußball-Unterhändler die samstägliche Sportschau erst um 19 Uhr beginnen, weil angeblich die bisherige Fernseh-Anstoßzeit vom Besuch der Spiele abhält. Außerdem soll das Angebot der dritten Programme reduziert werden. Lediglich die Beschränkung, innerhalb der Sportschau nur Ausschnitte von drei Erstliga-Spielen zu zeigen, bleibt bestehen.

Solange sich in der deutschen Medienlandschaft nichts ändert, wollen die Vereinspräsidenten sogar das Terrain ihrer Vertragspartner eisern verteidigen. „Für die sogenannten Piraten gibt es keine Dreherlaubnis. Notfalls werde ich vor unserem Trainingsgelände in Ochsenzoll eine Kette anbringen", meint HSV-Präsident Klein.

Übrigens, die Herausgabe einer von Rudi Michel bearbeiteten Video-Kassette „Bundesliga 83/84" dokumentiert die Kooperations-Bereitschaft von DFB und ARD/ZDF. Vertrieben wird das Band über die DFB-Wirtschaftsdienste GmbH. Dort wirkt als Berater ein absoluter Medien-Profi: Hans R. Beierlein, früherer Manager von Udo Jürgens.

ZWEITE LIGA / Großer Geburtstag in Köln – Start der letzten acht Vereine in die neue Saison

Jean Löring – seit 25 Jahren Präsident ohne Gegenstimme

DW. Köln

Zur Eröffnung des Kölner Altstadt-Lokals „Brezel" wird es heute hoch hergehen. Besitzer Jean Löring feiert gleichzeitig seinen 50. Geburtstag. Der Jubilar, ein Vierteljahrhundert Präsident des Fußball-Zweitligaklubs SC Fortuna Köln, hat keine Einladungen verschickt. „Wer kommt, soll es nicht gezwungen, sondern gerne tun."

Vielleicht wird der „Schäng", wie er in Köln genannt wird, zu vorgerückter Stunde zum Saxophon greifen, um die Gratulanten zu unterhalten. Doch selbst dieses Hobby muß hinter seiner Sportbesessenheit zurückstehen. „Biete Akkordeon, suche Fußballschuhe", annoncierte Löring während der Nachkriegszeit in einer Zeitung. Schließlich galt er bei Preußen Dellbrück und Alemannia Aachen als guter Stopper.

Bei der Fortuna schnürte er als 39jähriger noch einmal die Stiefel. „Da war ich gleichzeitig Präsident, Trainer und Spieler", erinnert er sich. Der gelernte Elektriker, heute millionenschwerer Unternehmer, reparierte bei einem Punktspiel im Südstadion das defekte Flutlicht höchstpersönlich.

Saison für Saison bewahrt er den Zweitligaklub durch starke Finanzspritzen vor dem Ruin. Zugunsten der Fortuna hat er eine Lebensversicherung über eine Million Mark abgeschlossen. Seit 25 Jahren wird Löring jeweils ohne Gegenstimme im Präsidenten-Amt bestätigt. Stets registriert er zwei Enthaltungen und weiß von wem: „Meine Frau und meine Tochter."

Die schier übermächtige Rolle des 1. FC Köln ist Lörings dauerndes Problem. Durch den Bundesliga-Aufstieg 1973 schien die Chance gegeben, an der Fassade des großen Konkurrenten zu kratzen. Doch der Traum dauerte nur eine Saison: Der Klassenerhalt wurde verpaßt.

Seither muß sich Jean Löring damit trösten, in seinem Verein die größere Aktivenzahl zu besitzen. „Kein Zweitligist kann nur über die Zuschauer bestehen", hat der Mäzen erkannt. „Die Frage ist, wie lange ein Verein unseres Zuschnitts haltbar ist?"

Ein überzeugender Einstand früherer Bundesliga-Spieler

sid, Hamburg

Am Millerntor standen die früheren Nationalspieler Wolfgang Kleff und Manfred Burgsmüller auf verlorenem Posten, beim Gegner feierte Rüdiger Wenzel den ersten Saisonsieg. In Nürnberg glänzte Udo Horsmann, beim Kontrahenten Hertha BSC sein ehemaliger Münchener Mannschaftskamerad Hans Weiner, und im Trikot von Hannover 96 bewies Franz Gerber alte Torjäger-Qualitäten. Große Erwartungen lasten auf den erfahrenen Profis, die in dieser Saison auf den Gehaltslisten der Zweitligaklubs stehen. Doch alle mußten bereits am ersten Spieltag erfahren: So einfach ist es nicht in der 2. Liga.

„Ich jedoch hatte mir den Einstand in der Zweiten Liga problematischer vorgestellt", meinte der ehemalige Düsseldorfer Rüdiger Wenzel nach dem 2:0-Sieg des FC St. Pauli über Rot-Weiß Oberhausen. Weniger glücklich sahen auf der Gegenseite Wenzels ehemaliger Mannschaftskamerad, der 38 Jahre alte Torwart Wolfgang Kleff, und auch Manfred Burgsmüller (34) aus, die sofort in die Kritik gerieten. „Beide waren nicht der erwartete Rückhalt. Ich bin enttäuscht", erklärte Essens Trainer Elting.

Beim 0:0 von Nürnberg gegen Hertha BSC avancierte Udo Horsmann zum Publikumsliebling. Horsmanns Pech, der mit Stade Rennes absteigen mußte, jedoch in Frankreich keinen neuen Arbeitgeber fand, war das Glück der Nürnberger. „Wir brauchten beim Neuaufbau noch einen erfahrenen Spieler. Nur mit jungen Leuten ist in der Zweiten Liga kein Staat zu machen", sagte Trainer Heinz Höher.

Ebenso argumentierte der neue Berliner Trainer Uwe Kliemann und plädierte für die Heimkehr von Michael Sziedat (31) und Hans Weiner (33). Kliemann: „Ihre Erfahrung spielt in meinen taktischen Plänen eine große Rolle."

Wahre Lobeshymnen formulierte Bürstadts Trainer Lothar Buchmann nach dem gelungenen Einstand des früheren Uerdingers Peter Schwarz (31), der jedoch das Blatt beim 1:2 gegen Hannover 96 auch nicht mehr wenden konnte.

TRABEN

Vorwürfe gegen einen Manager

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Heute nachmittag um 15.00 Uhr findet im Tribünengebäude der Gelsenkirchener Trabrennbahn eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Trabrennvereins Gelsenkirchen statt. Anlaß: Vier Vorstandsmitglieder traten aus persönlichen Gründen zurück, darunter der Vorsitzende, Rechtsanwalt Wilhelm Haddenhorst (Anwalt von Vera Brühne) und WDR-Fernseh-Journalist Claus-Hinrich Casdorff.

Hinter den Kulissen des Rennveranstalters (1983: 85 Renntage mit 1047 Rennen, 63,2 Millionen Mark Totoumsatz) brodelt es seit langem. Heinz Holtschneider aus Tönisvorst bei Krefeld, einer der führenden Züchter und Besitzer, erhebt schwerwiegende Vorwürfe gegen Gelsenkirchens Manager Hans Schneider. Angeblich sollen Vereinsgelder extrem zweckentfremdet worden sein.

Holtschneider hat jetzt neue Zeugen benannt. Die Staatsanwaltschaft Essen hat die Kriminalpolizei Gelsenkirchen beauftragt, die Ermittlungen wiederaufzunehmen. Manager Schneider bestreitet die Beschuldigungen.

NACHRICHTEN

Giebken wurde Profi

Köln (sid) – Dieter Giebken aus Münster, in den letzten Jahren erfolgreicher Amateur-Bahnfahrer, hat eine Profilizenz gelöst. Er wird am Freitag in Büttgen sein Profidebüt geben.

Graf und Hanika weiter

Mahwah (sid) – Sylvia Hanika (Ottendichl) steht beim mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturnier in Mahwah (US-Bundesstaat New Jersey) in der dritten Runde. Sylvia Hanika besiegte Gigi Fernandez (USA) 6:4, 3:6, 6:3. Steffi Graf (Heidelberg) schlug die Amerikanerin Mary-Lou Piatek 0:6, 6:0, 6:1.

Weinberg auf Erfolgskurs

Biarritz (sid) – Beim Großen Preis der Springreiter von Biarritz wurde der Eschweiler Peter Weinberg auf Lemur erst im zweiten Stechen vor dem Franzosen Patrik Bevealu mit Jenea abgefangen. Willibert Mehlkopf (Würselen) gewann mit Wabbs ein Mächtigkeitsspringen.

Zündapp startet

München (sid) – Dem Start von Zündapp beim letzten Lauf zur Motorrad-WM am 2. September in Mugello (Italien) steht nichts mehr im Wege. Die Münchner Firma, die den Vergleich beantragt hat, erhielt für dieses Rennen von Vergleichsverwalter Müller-Heidenreich die Erlaubnis. Zündapp steht in der Klasse bis 80 ccm bereits als Marken-Weltmeister fest. Mit dem Schweizer Stefan Dörflinger und dem Dillinger Hubert Abold belegen zwei Zündapp-Fahrer die beiden ersten Plätze der Fahrerwertung.

Bronze für Egner

Caen (UPI) – Franck Egner vom Bund Deutscher Radfahrer (BDR) hat bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Caen im Einzelzeitfahren über 1000 Meter die Bronzemedaille gewonnen. Hinter Weltmeister Jens Glücklich aus der „DDR" (1:08,804) und Craig Schommer (1:09,272/USA) fuhr Egner mit 1:09,389 die drittschnellste Zeit.

Formel-2-Test

Stuttgart (dpa) - Der neuseeländische Formel-2-Europameister Mike Thackwell hat auf der englischen Rennstrecke in Donington Park jenes neue Fahrzeug getestet, das ab 1985 als Prototyp für die Formel 2 gelten soll. Das Auto ist ein modifizierter Williams Ford Cosworth Formel 1. Die neuen Vorschriften schreiben schmalere Reifen und einen Drehzahlbegrenzer vor.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Kanada in Toronto, erste Runde: Leconte (Frankreich) – Motta (Brasilien) 4:6, 7:6, 7:6, Scanlon – Seguso (beide USA) 7:6, 7:5, Günthardt (Schweiz) – Meister (USA) 6:4, 7:5; Zweite Runde: Gerulaitis – Wilkison (beide USA) 6:7, 6:1, 7:6. – **Grand-Prix-Turnier in Columbus/Ohio**, erste Runde: Moor – Gottfried (beide USA) 6:4, 6:4, Giammalva – Tom Gullikson (beide USA) 6:3, 6:2, Mayer (USA) – Mecir (CSSR) 6:2, 1:6, 6:4, Tim Gullikson – Tanner (beide USA) 5:7, 6:2, 6:1. **Damenturnier in Mahwah**, erste Runde: Graf (Deutschland) – Piatek (USA) 0:6, 6:0, 6:1. – Zweite Runde: Navratilova (USA) – Paradis (Frankreich) 6:2, 6:2, Shriver – Louie (beide USA) 6:2, 6:2, Hanika (Deutschland) – Fernandez 6:4, 3:6, 6:3, Lindquist (Schweden) – Durie (England) 6:4, 6:3.

RAD

Weltmeisterschaften der Junioren in Caen, 1000-m-Zeitfahren: 1. Glücklich („DDR") 1:08,80 Min., 2. Schommer (USA) 1:09,27, 3. Egner (Deutschland) 1:09,38.

FUSSBALL

Zweite Bundesliga, erster Spieltag: Saarbrücken – Ulm 2:0 (1:0), SC Freiburg – Darmstadt 2:1 (1:1), Bürstadt – Hannover 1:2 (1:2), Stuttgart – Solingen 2:0 (0:0). – **Freundschaftsspiele:** Karlsruher FV – Karlsruher SC 2:12, Dortmund – Schalke 1:2, Monheim – Leverkusen 1:7, Uerdingen – Xanten 5:1, Bremen – West Ham United 2:1.

EISHOCKEY

Wurmberg-Pokal: Köln – Rumänische Nationalmannschaft 7:1, Düsseldorf – Dukla Iglau (CSSR) 5:4.

Judo: Der lange Marsch enttäuschter Frauen

Sie wußte nicht so recht, ob sie sich freuen sollte, als der Wolfsburger Judoka Frank Wieneke in Los Angeles Olympiasieger im Weltergewicht wurde. Aber so, wie Regina Philips aus Bad Godesberg, so ging es vielen deutschen Judo-Kämpferinnen der internationalen Spitzenklasse. Sicher, der Olympiasieg des Wolfsburgers kann ihren Sport hierzulande aufwerten, doch gilt das auch für die Frauen, die bisher das Aushängeschild des Deutschen Judo-Bundes waren, die Europa- und Weltmeistertitel sammelten?

Noch vor Beginn der Spiele in Kalifornien sind die besten weiblichen Judokämpfer erst einmal kräftig geschockt worden. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat nämlich die Aufnahme der Frauen-Judokämpfe ins olympische Programm für 1988 in Seoul gestoppt. Begründung: Zu viele Gewichtsklassen, unnötige Aufblähung des Programms.

Das hat Bestürzung hervorgerufen, weil es IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch selber war, der bei den letzten Weltmeisterschaften 1982 in Paris den Damen sagte, ab 1988 würden ihre Darbeitungen endgültig zum olympischen Programm gehören. Beschlossene Sache schien das längst, und entsprechend wurde auch in jenen 36 Ländern aus fünf Kontinenten gearbeitet, die in Paris bei den letzten Welttitelkämpfen am Start waren. Da haben zum Beispiel die Franzosen langfristig einen 60 Frauen starken Olympia-Kader gebildet und dafür auch gleich drei hauptamtliche Trainerinnen verpflichtet. Kann es dabei bleiben?

Die Lage ist verzwickt. Seit Jahren haben die weiblichen Judokämpfer immer in der Hoffnung gelebt, olympisch anerkannt zu werden. Denn eine solche Anerkennung bringt auch die notwendige Unterstützung mit sich, die bislang fehlte. Nehmen wir das Beispiel des Deutschen Judo-Bundes (DJB). Einen hauptamtlichen Bundestrainer gibt es ohnehin nicht. Der ehemalige Wiesbadener Weltklasse-Judoka Werner Ruppert möchte seine Betreuung der hiesigen Nationalmannschaft lieber heute als morgen aufgeben. Die Damen haben es hingenommen. Denn wie hieß es doch: Sind wir erst olympisch, ändert sich sowieso alles.

Dabei ist die Auslandslage ohnehin trüb: Im November finden in Wien Weltmeisterschaften für Frauen statt, die Vorbereitungen der deutschen Judo-Damen auf dieses Großereignis werden sich dabei auf zwei Wochenend-Lehrgänge reduzieren, das sind allenfalls fünf Prozent des jährlichen Trainingsumfangs. Auch 1985 wird sich das nicht bessern. Vorgesehen sind für die Männer insgesamt 36 Lehrgangsmaßnahmen, für die Frauen allenfalls zehn. Doch diese Planungen wurden gemacht, als man noch hoffte, in Seoul 1988 kämpfen zu dürfen. Streichungen sind zu erwarten...

Viele der besten Judokämpferinnen sind Studentinnen, die so manches Semester verbummelt haben, des Judos wegen. Mit Jobs haben sie sich das zusammengespart, was sie für internationale Turniere brauchten. Jüngstes Beispiel: Die besten deutschen Judokämpferinnen erhielten eine Einladung zu einem großen Turnier im Herbst in Japan. Eigenbeteiligung pro Athletin: 2500 Mark. Regina Philips zum Beispiel, die Sportstudentin und Judokämpferin der internationalen Extraklasse, mußte absagen. Das Geld hat sie nicht. Eigenbeteiligungen dieser Art sind keine Einzelbeispiele. Als sich die ehemalige Bundestrainerin Petra Jarmoluk gemeinsam mit Weltmeisterin Barbara Claßen 1981 zu einem vierwöchigen Trainingsaufenthalt nach Japan begab, mußten sie diese Eigeninitiative mit jeweils rund 6500 Mark bezahlen.

Die Judokämpferinnen haben derartige Einsätze stets als Vorleistung gesehen. Doch nun haben sie Befürchtungen, die Lage könne sich noch mehr verschlechtern. So werden sie weiterhin die Zähne zusammenbeißen müssen. Gewohnt sind sie es, denn der lange Marsch der Judo-Damen nach Olympia begann bereits 1926 in Preßburg.

KLAUS BLUME

Koproduktion von WWF und RAI über die Erlebnisse eines arbeitslosen Mimen

Wenn einer sein Gesicht vermietet

Man stelle sich vor: Da ist ein arbeitsloser Schauspieler, der schon beinahe verzweifelt davon träumt, endlich ein Engagement zu finden, all die Rollen zu spielen, die ihm zu höheren Weihen am Theaterhimmel verhelfen könnten. Er heißt Leo Grandi, ist 35 Jahre alt und vor allem immer noch stark beeindruckt von seiner übermächtigen Mutter Gina, einer vitalen Diva, die zwar auch nur noch von den Erfolgen vergangener Tage zehrt, aber allemal einnehmend genug ist, ihren Sohn in den Schatten zu stellen. Für Leo bleibt der Traum von Theatererfolg ein Phantasieflug: Hamlet, Petrucchio oder Pulcinella, alles klangvolle Namen, die unerreichbar weit sind, Rollen, in die der verhinderte Mime nie schlüpfen darf.

Was ist zu tun? Mutter Gina bringt ihn auf die Idee: Er beschließt, sein schauspielerisches Talent in Alltagssituationen zu erproben. In einer großen Tageszeitung erscheint eine Annonce: „Professioneller Schauspieler vermietet sein Gesicht an Leute, die davon im täglichen Leben Gebrauch machen wollen."

Leo Grandis Annonce fällt auf fruchtbaren Boden. Der Bedarf scheint erheblich zu sein und die Möglichkeiten einer perfekten Verkörperung von Rollenklischees schier unbegrenzt. Leo bekommt bald zu spüren, wie schnell die äußeren Attitüden einer Rolle wirkliche Identität verdrängen, einfach glaubhaft sind, wenn sie Illusionen nähren und den Blick auf die Wahrheit verstellen. Nur zu gern glaubt sein Publikum, was es sehen will und nicht das, was ist.

Grandi bekommt bald seinen ersten Auftrag, der sich ganz harmlos anläßt. Ein kleiner unehelicher Junge wünscht dringend, seinen Vater kennenzulernen. Seine Mutter kann sich dem hartnäckigen Ansinnen des Sprößlings nicht länger erwehren. Leos Angebot kommt da gerade recht.

Mit Vehemenz und Eifer steigt er in seine Rolle, beflügelt von dem Glauben, auch noch etwas Gutes zu tun. Was er nicht berechnet: Seine nahezu perfekte Darstellung kreiert den Idealtypus von Vater schlechthin. Der Junge ist begeistert und will fortan von diesem tollen Kerl, der sein Vater sein soll, nicht mehr lassen.

Hier beginnt Leos eigentliches Problem, das ihn auch bei den folgenden theatralischen Abenteuern stets begleiten wird. Mit Leichtigkeit findet er sich in seine Rollen hinein. Der Ausstieg fällt da schon wesentlich schwerer. Das illusionsgläubige Publikum tut ein übriges, um Leo im selbstgewählten Mimenkorsett zu halten. Wenn da nicht kindliche Augen doch eben mehr als die Maske sehen würden...

Ob Gentleman oder wagemutiger Hasardeur, ob Blinder oder Hollywood-Regisseur, Leo Grandi spielt einfach alles. Schließlich avanciert er sogar zum Guru. Und was sein Publikum angeht, das nimmt den talentierten Gaukler begierig an, wo immer er auftritt.

Leo Grandi, gespielt von Gianni Cavina, einem der besten tragisch-komischen Schauspieler Italiens, ist der Held einer Fernsehserie mit sechs abgeschlossenen Episoden, die derzeit im Auftrag der RAI und des Westdeutschen Werbefernsehens (WWF) für alle ARD-Vorabendprogramme in Rom gedreht wird. Produziert wurde sie von *Giulio* Scanni, einem der Erfolgreichsten seines Metiers. Er finanzierte u. a. die Serie über das Leben Giuseppe Verdis, die demnächst zu sehen sein wird. Für den Sechsteiler „La Bella Otero", der ebenfalls über die Sender der ARD ausgestrahlt wird, erhielt er 1984 den Preis für die beste italienische Produktion des Jahres.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde der spanische Regisseur José Maria Sanchez, der „Gesicht zu vermieten" inszeniert. Sanchez brachte 1980 seinen ersten Kinofilm heraus, „Supermarche" mit Guilliano Gemma. Die deutsche Seite ist vertreten durch namhafte Schauspieler wie Ruth Maria Kubitschek und Mario Adorf.

WOLFGANG WISCHMEYER

KRITIK

Die einen sind zu irrwitzig . . .

Aus demselben Filmverlag der Autoren, der sich zur Zeit darum sorgen muß, warum einer der ihren, der preisgekrönte Regisseur Wim Wenders, mit seinem Neuwerk „Paris, Texas" im eigenen Lande auf so große Zurückhaltung stößt, zu später ARD-Stunde ein 80-Minuten-Film, in dem es dem Wenders-Trauerspiel umgekehrt entsprechend um so lustiger zugeht: **Wer spinnt denn da, Herr Doktor?**, von Stefan Lukschy, Hartmann Schmige und Christian Rateukel – eine lange Sternstunde, fürwahr.

Denn Lukschy und Co. haben sich erfolgreich eines Themas angenommen, das nicht neu, dafür aber, verhackstückt von weniger Begabten, um so anfälliger ist für Hauruck-Schurken und Lümmel-von-der-letzten-Bank: des Themas, das ein (vermeintlich) Irrer plötzlich mitten in der (vermeintlich) normalen Außenwelt irre werden muß am offenkundigen Irrsinn der Welt.

Er wird es nicht, diese ganze Gag-Rallye mit Tief- und Hintersinn endet happy, und so ganz furchtbar bitterernst hatte sie ja wohl ohnehin nicht betrachtet werden sollen: Irr-Witz statt Irr-Sinn.

Top-Besetzung, Top-Streifen: Der herzerweichend dreinglotzende Otto Sander, als „Idiot", der sich in jeder Lage als Improvisationsgenie entpuppt, war allein das Anschauen schon wert. Auch die anderen konnten sich sehen lassen: Frau Elstner war dabei, Heinz Schimmelpfennig, Edith Heerdegen und Evelyn Hamann als Nurse von – Loriot...

Eine Humoreske, kurzum, über die Phänomenologie des Alltags, aus der Perspektive des (nicht gerade shakespeare'schen) Clowns, gespickt mit herrlichstem Blödsinn, geschmacksicher gewählten Situationen über die vielen mittelgroßen Teufel im Detail eines harmlos beginnenden Tages.

ALEXANDER SCHMITZ

. . . die anderen viel zu normal

Der urtümliche bayerische Humor lebt von der Darstellung der Alltäglichkeit, die sich ohne jedes Hinzutun als Absurdität erweist: Nicht die Bayern sind verquer, die Welt ist es. Karl Valentin hat dies erkannt und ist wahrscheinlich daran gestorben.

Der Franz Xaver Sengmüller hat dem Willy Harlander ein Stück geschrieben, das nur Alltäglichkeiten enthält: **Wie im Paradies** (ZDF). Wir sehen den vergammelten Alois, der vor lauter Pech dem Bier anheimfällt, seine Wirtin, die als böse „Bisgurn" sich im Treppenhaus produziert, die Kumpane des Alois, lauter normale Menschen, möcht' man sagen, und auch der Alois ist normal. Es müßte also nach der bayerischen Poetik die Absurdität vom Bildschirm springen, es müßten sich alle die Figuren in unsere Stube begeben, laut und absurd schelten und lachen zugleich, traurig den Bierschaum vom Schnauzbart wischen und herrisch aufmotzen – halt bayerisches Theater, das ist: bayerische Wortwörtlichkeit produzieren.

Doch Karl Valentin ist seit 36 Jahren tot, und Franz Xaver Sengmüller, der Autor des Spiels, ist nicht Narr genug für die Nachfolge, ja, und Willy Herlander, der Darsteller des Alois, zeigt nur eine Schicht, sein Humor ist ohne Trauer, und seine Trauer ist nicht heiter genug für sein Leben.

Karl Valentin, wenn er das sähe, schriebe er wohl an den Herrn Intendanten: „Ich komme betreffs Not zu Ihnen."

VALENTIN POLCUCH

ARD  III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Direkt
10.50 Kornelia
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Moovis und die Indianerbraut
Puppenspiel nach einem Indianer-Märchen
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
Kleine Geschichten aus einer großen Stadt
16.00 Tagesschau
16.10 Tiere vor der Kamera
Die Schlucht der Felsenkänguruhs
16.55 Als die Igel größer werden
Preisgekrönter Zeichentrickfilm von Ursula und Franz Winzentsen
17.15 Wenn die Igel in der Abendstunde
Beobachtungen von Dieter Martin und Hans Smoczok
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Polizeiagenten
Lockspitzel im Zwielicht
Film von Christoph Maria Fröhder
Der Fall von H. G. Haupt, einem Kriminalkommissar mit falschem Ausweis, mehreren Millionen Spielgeld und schnellen Autos, der im Untergrund arbeitete, machte der Öffentlichkeit zum ersten Mal die umstrittenen Fahndungsmethoden des Bundeskriminalamtes deutlich.
21.00 Das kleine Kino an der Ecke
Eine heitere und besinnliche Erinnerung an Filme der 50er Jahre
Zu Gast: Siegfried Lowitz
22.00 Made in Holland
Musikalische Unterhaltung
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Nackten kleiden
Fernsehfilm von Luigi Filippo D'Amico nach dem gleichnamigen Schauspiel von Luigi Pirandello
0.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Mister Horatio Knibbles
Englischer Kinderfilm
16.00 Ferienkalender
Tips der Kriminalpolizei zum Thema: Tierquälerei
16.25 Die Schlümpfe
16.35 Puschel, das Eichhorn
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Happy-End mit Hindernissen
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Aus Forschung und Technik
Das überfüllte Raumschiff
Von Joachim Bublath
In den letzten Tagen diskutierten in Mexiko mehr als 140 Staaten der UNO über Weltbevölkerungsfragen. Aus diesem aktuellen Anlaß wird die Wissenschaftssendung über Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Ländern der Welt berichten.
21.45 heute-journal
22.05 Mit den „Grünen" ins Grüne
Die drei Sprecherinnen der Grünen (Annemarie Borgmann, Waltraud Schoppe und Antje Vollmer) werden von Reinhard Appel auf einem Allgäuer Bauernhof befragt
23.20 Wer wird schon reich beim Militär?
Amerikanischer Film (1941)
Mit Fred Astaire, Rita Hayworth u. a.
Musik: Cole Porter
Regie: Sidney Lanfield
0.45 heute



An der Seite Fred Astaires wurde Rita Hayworth 1941 berühmt (Wer wird schon reich beim Militär? – ZDF, 23.20 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
17.30 Schulfernsehen
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Charlie Chaplin
19.00 Höhlenabenteuer (2)
Götter der Unterwelt
19.45 Fahr' doch selbst mal hin (6)
Der Heide schwarzes Gold

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Ohne Skrupel
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Regie: Joseph Pevney
21.30 Unterhaltung auf Rezept
Prominenten-Talkshow in der Klinik
Moderation: Georg Schreiber
Mit Gerhard Polt, Bibi Johns, Gert Fröbe, Hazy Osterwald und Rüdiger von Wechmar
22.30 Ich habe Dich Madonna geschimpft
Inessa Armand – die einzige Liebe des Wladimir Iljitsch Lenin
Lutz Mahlerwein versucht in seiner Dokumentation, Licht in das Dunkel dieser versteckt gehaltenen Liebesbeziehung zu bringen.
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik – Gymnastik – Plauderei
Mit Herta Worell
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Stolz und Vorurteil (3)
Steil. Fernsehfilm
20.25 Lyrik in Optik
Bertolt Brecht (1898 – 1956) und Else Lasker-Schüler (1869 – 1945)
20.55 Kulturlandschaft: Schwarzwald
21.40 Im Zeichen der 6 Ringe
Marathon der Fernsehmacher
22.25 Notenschlüssel (2)
23.10 Beat, Beat, Beat!
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Jagdrevier
Von Herbert Lichtenfeld
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Einheit leben
Die Fokolare – für eine neue Generation
Bericht von Heinz Weber
21.30 Rundschau
21.45 Jedermann für jedermann (5)
Gespräche mit Klaus Maria Brandauer
Anschl. Rundschau

Milchkuhs Kraftfutter

blu. – Es kam, wie es wohl kommen mußte: Das Berliner Landgericht hat die einstweilige Verfügung des Filmverlags der Autoren gegen den Filmregisseur Wim Wenders insofern bestätigt, als dieser weiterhin nicht allein über die Verleihrechte aus seinem preisgekrönten Film „Paris/Texas" verfügen darf. Der kuriose Maulkorberlaß des ersten Urteils freilich, wonach Wenders nicht einmal öffentliche Äußerungen zur verhandelten Sache machen durfte, ist aufgehoben.

Auch in einer anderen Sache ist mittlerweile Klarheit geschaffen: Der Filmverlag der Autoren will, was die Zahl der Kopien betrifft, durchaus flexibel und der Sache angemessen operieren. D. h., sobald sich ein Zuschauererfolg von „Paris/Texas" abzeichnet, werden weitere Kopien zur Verfügung gestellt, so daß kein durch den Verleih verursachter Mangel entsteht.

Jetzt geht es also „nur noch" um Geld. Wenders will, was man verstehen kann, auch finanziell etwas von seinem Erfolgsfilm haben. Ob er aber den Filmverlag der Autoren deshalb von der Futterkrippe wegstoßen darf, darüber kann man streiten.

Auch wenn man in dieser Sache spontan auf der Seite des Regisseurs stehen mag, muß man doch zugeben, daß der Filmverlag der Autoren in der Vergangenheit sehr viel Geld für den „Jungen deutschen Film" durch den Schornstein gehen ließ. Er war zeitweise so etwas wie eine Rückversicherungsanstalt für Dauerflops. Daß er nun auch einmal ein bißchen Gewinn sehen will, ist nur natürlich. Man sollte die Milchkuh nicht gleich schlachten wollen, wenn sie einmal nach ein bißchen Kraftfutter muht. Ist es überhaupt Kraftfutter, was da ins Haus steht? Hoffentlich.

E. W. Eschmann 80

Meister der erdachten Briefe

Er ist einer unserer besten lebenden Schriftsteller, steht freilich so quer zum Zeitgeist, daß es beinahe schon selbstmörderisch ist. Er sei kein „verschärfender", sondern ein „entschärfender" Autor, sagt Ernst Wilhelm Eschmann von sich, einer, der eine literarische Bombe, wenn er sie vorfindet, nicht genußvoll hochgehen läßt, sondern sie entschärft.

Heute wird der große Entschärfer achtzig Jahre alt. Er stammt aus Berlin, wo er auch lange als wohlbestallter Professor für Soziologie und Kulturwissenschaft gelehrt hat. Seine ganze Liebe galt und gilt jedoch der klassischen griechischen Literatur. Sein dichterisches Werk steht ganz entscheidend unterm Zeichen der Affinität für die alten Griechen, seine Dramen „Ariadne" und „Alkestis" beispielsweise, seine berühmt-berüchtigten Langzeilengedichte und natürlich sein „Griechisches Tagebuch", mit dem er 1936 den Reigen seiner Werke eröffnete.

Den größten Erfolg hatte Eschmann mit den „Erdachten Briefen", einem Genre, das wie eigens für ihn geschaffen schien und dem er seit der



Ernst Wilhelm Eschmann FOTO: DIE WELT

ersten Ausgabe von 1938 auch bis heute treu geblieben ist. Der unverwelkbare Reiz der Methode besteht darin, daß weltbewegende Ereignisse und berühmte geschichtliche Täter hier gleichsam aus der Froschperspektive beleuchtet werden, durch die Briefe erdachter, fiktiver Zeitgenossen und „Adabeis", die sich über die Wichtigkeit des Ereignisses bzw. der betreffenden Person nicht im entferntesten klar sind – und die gerade dadurch die erhellendsten Aufschlüsse liefern.

In den „Erdachten Briefen" konnte Eschmann seine spezifischen Talente voll zur Geltung bringen: die Gabe des Sich-Hineinversetzens in fremde Milieus und Seelenlagen, seine gewaltigen Geschichtskenntnisse und nicht zuletzt die „Bombenentschärfung" durch Perspektivenwechsel, die völlig zu Recht sein literarisches Markenzeichen geworden ist.

ANDREAS WILD

Salzburger Hochschulwochen: Thema Zukunft

Auf der Suche nach Seinsfreude

Der Schwund von Zukunftsgewißheit gehöre geradezu konstitutiv zum Zivilisationsprozeß, notierte einmal der in Zürich lehrende Philosoph Hermann Lübbe. Damit aber, so hat man wohl zu schließen, schwindet im Zivilisationsprozeß auch all das, was den Menschen auf seine Zukunft hin hält. Wo die Gewißheit sich ins Asyl begibt, beginnt der „Insecuritas-Raum", von dem der Philosoph Peter Wust gesprochen hat.

Die Salzburger Hochschulwochen haben sich mit ihrem heuer deutlich religiös getönten Generalthema, „Die Zukunft der Zukunft", auf Ähnliches bezogen. Ausgangspunkt der zahlreichen interessanten und fruchtbaren Debatten war der moderne Mensch, der im Augenblick Hand an seine eigene Evolution legt und möglicherweise sogar die Regie seiner eigenen Apokalypse übernommen hat.

Dieser Mensch ist, genau betrachtet, aber genau der alte Mensch, wie es ihn immer gab, geplagt von Zweifeln und Ängsten. Die schlichte *Daseinsangst* hat er noch keineswegs abgelegt, auch wenn von den Existentialisten zur Zeit weniger die Rede ist, ausgenommen vielleicht von Gabriel Marcel, der in Salzburg erstaunlicherweise des öfteren zu Zitat-Ehren kam. Die Daseinsangst als Dauerzustand beschäftigte den Essener Philosophen Georg Scherer an ihren Quellen: Verlust an Möglichkeiten sinnvollen Daseins, mangelnde Orientierung am Ganzen der Wirklichkeit, Einsamkeit und Herrschaft der Ideologien ortete Scherer als Hauptverursacher.

Eugen Biser (München) knüpfte in einer großen, bewegenden Vorlesung über den „Gott der Zukunft" organisch daran an. Gewisse Schwergewichte ziehen den Menschen „nach hinten", führte er aus, die traditionelle abendländische Denkweise zum Beispiel, die immer nach dem „Was" fragt, und auch das „schmerzliche Absinken der Lebenskraft" in jedem einzelnen. Der Mensch gerät so unversehens mit dem Rücken zur Zukunft, dem Angelus Novus des Paul Klee vergleichbar, den Walther Benjamin auf seiner Flucht nach Frankreich als Ikone mit sich geführt hat und der mit weit ausgespannten Flügeln rücklings in die Zukunft hineingeweht wird, während er mit aufgerissenen Augen auf den Trümmerberg des Vergangenen vor seinen Füßen blickt.

Viele Menschen kompensieren ihre Zukunftsabgewandheit durch eine neue, leidenschaftliche Hinwendung zur Religion. Aber die biblischen Glaubenszeugnisse, so fuhr Biser fort, zeigten übereinstimmend, daß der sachgerechte Umgang mit dem Göttlichen allein im Akt demütiger Anrufung bestehen könne. In welcher Art die Offenbarung den suchenden modernen Menschen einholt – das war Gegenstand der ebenso wissenschaftlichen wie religiösen Darstellung durch den Münchner Religionsphilosophen, der diesen Hochschulwochen die von ihm für die Zukunft des Menschen geforderte „Perspektivendrehung" zeigte: „Was uns neue Zukunft gibt, muß von der Größenordnung Gottes sein." Es gehe darum, sich von *Gott* zur Zukunft verhelfen zu lassen.

Bleibt also die Hoffnung als Grundexistential des Menschen im Sinne von Gabriel Marcel, eingebettet in das Christentum als die Religion der Angstüberwindung und der Hoffnung schlechthin. Die endzeitliche Zukunftsperspektive setzt, so Biser, das Christentum in die Lage, jene notwendige Perspektivendrehung zu veranlassen und damit die sehr oft unheilvolle Vergangenheitsverhaftung zu überwinden.

Die Veränderung meint freilich nicht den Blick allein, sondern eine Veränderung der gesamten menschlichen Existenz durch die neue Dimension der Hoffnung. Wenn eine solche *Zukunft möglich ist*, gibt es dann auch eine Zukunft Gottes? Der brennende Dornbusch stellt diese Frage außer Streit: Offenbart sich Gott darin selbst, dann hat er auch eine Zukunft.

Hinter Bisers großen Entwurf ging in Salzburg der Blick auf die kleinen Realitäten keineswegs verloren. Die mit einem solchen Entwurf gesetzte enorme Herausforderung für die Pädagogik bedarf ja vor allem einer gediegenen Anwaltschaft für die Jugend, und die nahm u.a. der Kölner Pädagoge Egon Schütz eindrucksvoll wahr. Es gelte, meinte Schütz, dem Wissen wieder ein *Gewissen* zu verschaffen, was nur über Beispielbeziehungen möglich sei, weil das Beispiel nicht zerstört, sondern nur überzeugen kann, freisetzt, aber nicht im Stich läßt. Es dürfe nicht zu einer „Enteignung der Zukunft" kommen.

Hochschulwochen wie die Salzburger dienen in erster Linie wissenschaftlicher Fortbildung; daß in den Vorlesungszyklen des Vormittags auch praktische Handreichungen gegeben wurden, sei besonders vermerkt. Wie wäre denn eine Zukunft in Frieden, eine *bewältigte* Zukunft, zu sichern, wenn es nicht gelänge, schwelende wirtschaftliche, ideologische, persönliche Konflikte in souveräner Weise zu entschärfen?

Die Warnung des emeritierten Tübinger Ethikers Alfons Auer (dem Grundsätzliches zu einer Ökologischen Ethik zu danken war), der überaus verhängnisvollen gegenwärtigen Allianz zwischen Theologie und Kulturpessimismus entgegenzutreten, zielte schon dahin. Der Innsbrucker Moraltheologe Hans Rotter, der über „Chancen des Christseins" las, machte anschließend klar, daß das Instrumentarium gewöhnlichen geschäftlichen Miteinanders nicht mehr ausreicht: „Die Bewältigung unserer Zukunft wird in hohem Maße von der Fähigkeit zur Versöhnung abhängen. Die entscheidende Frage wird sein, woher wir die Kraft zur Versöhnung nehmen."

Nach all dem, was da über zwei Wochen bei diesen Hochschulwochen zu hören war, ist also ein Welt- und Menschenbild vonnöten, das christlich fundiert, nicht säkularisiert und verwässert, von der Grundtugend der Zukunft, der *Hoffnung* bestimmt wird. Gegen jegliche Wissenschaftsskepsis und Technikfeindlichkeit – was nicht Kritiklosigkeit und blindes Folgen bedeutet – bedarf es einer erneuerten positiven Einstellung zu Welt und Leben. Die Zukunftsgewißheit, auch jene vom Tod, entzieht sich dann grundsätzlich den alltäglichen Bedrohungen und Fährnissen.

Gabriel Marcel, der heuer so viel Zitierte, hat in Salzburg auf der gleichen Veranstaltung vor vielen Jahren einen Vortrag mit dem Hinweis geschlossen, was immer bleibe, sei das *gaudium essendi*, die Seinsfreude, die man aber nur auf Grund des Imago-Dei-Seins gewinne. Dieser Idee huldigten, unausgesprochen, auch die Hochschulwochen '84.

FRANZ MAYRHOFER

Rachmaninows 3. Klavierkonzert mit D. Sgouros

Träume aus Talmiglanz

Nie ohne Rührung stehe ich vor den Ballhäusern der Belle Epoque und ihrer zerbröckelnden Pracht, die, soweit sie noch stehen, zumeist als Lagerhäuser genutzt werden. Die nachfolgende Bauhaus-Epoche der Neuen Sachlichkeit hat diese Architektur in ihrem Überschwang und ihrer – so sah man das – Verlogenheit in totalen Mißkredit gebracht. Es gibt keine solche Häuser mehr und keine solche Festlichkeiten. Geblieben ist nur die Sehnsucht nach ihrer Möglichkeit, wie sie sich in Manifestationen der Subkultur kundtut.

Einen „Sentimentalismus von sehr schlechter Qualität", nannte der russische Neutöner Andrej Volkonsky die musikalischen Zeugnisse dieser Epoche, aber fügte hinzu, hier habe es sich immerhin noch um eine Ästhetik gehandelt, die dann abgelöst wurde durch eine Technologie; die aber sei dieser Ästhetik niemals gleichwertig geworden.

In den 50er Jahren konnte man in russischen Läden in Ost-Berlin noch Skrjabin-Interpretationen des Komponisten und Pianisten Samuel Feinberg kaufen, und bei all ihrer heute nicht mehr diskutablen technischen Qualität kenne ich in der Gegenwart nichts Gleichwertiges an ungebrochenem, geradezu perversem romantischen Lebensgefühl. Die vorliegende Aufnahme des 3. Klavierkonzerts von Rachmaninow mit Dimitris Sgouros und den Berliner Philharmonikern unter Juri Simonow hat mich an diese vergessenen Interpretationen erinnert.

An einen einstmals vorhandenen Vollbesitz an viel romantischem Schwung, an die Übereinstimmung von künstlerischen Mitteln mit einem außer Diskussion stehenden Ziel, zu verzaubern, auch wenn dies mit Talmiglanz geschah. Rachmaninow kann man „sauber", analytisch-zergliedernd interpretieren, und es wird öde Unterhaltungsmusik daraus. Rachmaninow, überhaupt jene Epoche russischer Hochromantik sinngemäß zu interpretieren, braucht es offenbar jene auf Wunder ausgehende, vor Talmi und Überschwang nicht zurückscheuende, in großen theatralischen Gesten agierende, dann aber wieder überaus naive, vor den eigenen Ergebnissen geradezu erschreckende Haltung; selbstsicheres virtuoses Pathos auf der einen und erschauernde Sensualität auf der anderen Seite.

Diese Aufnahme bietet konserviertes, nein: nacherlebtes, nein: gegenwärtiges 19. Jahrhundert. Solist und Dirigent stammen, in Griechenland bzw. Rußland gebürtig, aus dem byzantinischen Kulturkreis, in dem auch in der Gegenwart Mystik nicht aufgehört hat zu existieren. Was den westlichen Ohren sonst als „illustrativ" erscheint, gewinnt in diesem mystischen Zusammenhang die Verbindlichkeit einer Botschaft und steht der heutigen Idee „meditativer Musik" nicht fern.

DETLEF GOJOWY



Von den Japanern gelernt: Berthold Löfflers Fächer für das Kabarett „Fledermaus" in Wien (um 1907), aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Stuttgarter Staatsgalerie zeigt „Fächerblätter aus vier Jahrhunderten"

Zarte Kompositionen in Halbrund

Fächer sind Herrschaftssymbole und Statuszeichen gewesen. Aber sie waren auch liebenswürdige Accessoires der Koketterie (von der Nützlichkeit einmal ganz zu schweigen). Hergestellt wurden sie von Handwerkern. Und meist sind auch die Maler, die sie verzierten, nicht bekannt. Aber es gibt noch eine ganze Reihe „Kunstfächer", gewöhnlich als freundliche Gabe verfertigt, als Gelegenheitsarbeit also, und deshalb nicht mit der Ernsthaftigkeit, mit der die Maler sich sonst ihrer Kunst widmeten. Deshalb haben die Fächerblätter lange Zeit nur das Interesse der Sammler und der Kultur- und Modehistoriker gefunden.

Mit der Ausstellung „Kompositionen in Halbrund" hat sich die Stuttgarter Staatsgalerie deshalb auf Neuland gewagt. Sie zeigt „Fächerblätter aus vier Jahrhunderten", einige anonyme, aber die meisten von bekannten Künstlern. Das beginnt mit den Entwürfen aus Callots Kreis und führt bis zu zeitgenössischen Varianten zum Thema Fächer bei Miriam Shapiro oder Manuel Baptista.

Der Faltfächer, vor dem Jahr tausend von den Japanern erfunden und im 15. Jahrhundert in China eingeführt, verbreitete sich in Europa etwa zweihundert Jahre später. Hier läßt sich genauso wie in China im Laufe der Zeit feststellen, wie man sich nach und nach die für den Fächer am besten geeignete Kompositionsform erarbeitete. In China lassen sich grob unterteilt vier Schemata erkennen. Zuerst wurde einfach das Fächerblatt aus einer Querrolle geschnitten. Die Komposition nimmt also noch keinerlei Rücksicht auf die Halbkreisform. Das andere Extrem ist ein Fries, bei dem alle Figuren auf den Kreismittelpunkt ausgerichtet sind. Bald bildete sich jedoch eine Mischform heraus, die die Komposition sozusagen mit Verzögerung dem Fächerrund folgen läßt. Und die vierte Möglichkeit überspielt die Grundfläche, indem sie geschickt einen Wechsel zwischen Bildvordergrund und Bildhintergrund inszeniert.

Diese Formen lassen sich auch in der Ausstellung finden. Raymond Lafage zeichnete z. B. den Parnaß mit Apoll, den Musen und dem Pegasus. Doch das Pferd kommt auf dem Fächer nicht mehr vor, weil es außerhalb des Fächerkreises fliegt. Ähnlich ist es bei den Fächerentwürfen von Signac, Gauguin oder Pisarro. Ihre Fächerblätter gleichen eher Supraporten. Häufig erfinden die Maler auch Szenen, bei denen sich die Hauptfiguren in der Bildmitte auf einem Felsen oder einer anderen Erhöhung niederlassen, um das Fehlen des kleinen Halbkreises zu kaschieren. Die völlige Anpassung findet sich bei Abraham Bosse (1602-1676), aber auch bei Kokoschka. In beiden Fällen werden Medaillons oder Einzelfiguren nebeneinandergestellt und nicht durch einen gemeinsamen Hintergrund verbunden. Die meisten Fächer bevorzugen deshalb die dritte Kompositionsform, die zögernd dem Halbrund folgt, während der Vordergrund-Hintergrund-Wechsel zwar schon bei Giovanni Paolo Panninis (1691-1765) Fächer mit römischen Ruinen, aber in Vollendung dann erst bei Degas' Fächern mit Ballett- und Bühnenszenen zu finden ist.

Natürlich beschränkt sich die Ausstellung nicht auf die kühle Kompositionslehre. Das Vergnügen an den (Fächer-)Bildern versagt sie sich nicht. Da gibt es dann die herrlich zarte Tuschzeichnung von Toulouse-Lautrec zu sehen, die einen Dompteur mit einem Elefanten zeigt, oder „Spaziergänger und Reiter auf der Avenue du Bois" von Pierre Bonnard. Beide Fächerblätter verleugnen den Einfluß der japanischen Kunst nicht, entwickeln diese Stilform jedoch auf sehr eigene Weise weiter. Ein ungewöhnliches Stück ist auch ein Fächer von Josef Hoffmann, der in Golddruck auf schwarzer Seide eine Phantasiearchitektur dem Halbrund anpaßt. Und als Raritäten können die Stuttgarter wahre „Dichterfächer" zeigen. Einen, den Mallarmé mit einem Gedicht beschrieben hat, sowie vier andere von Tomita Keisen mit Gedichten Paul Claudels.

Es ist eine Ausstellung, die mit ihrer spielerischen Leichtigkeit Freude an der Kunst zu wecken vermag. (Bis 2. Sept.; Zürich: 12. Sept. bis 4. Nov.; Katalog 30 Mark)

PETER DITTMAR

Die Musikfestspiele im schwedischen Schloßtheater von Drottningholm

Vortreffliche Megäre auf alten Pfaden

Unter den Musikfestspielen im sommerlichen Schweden finden die Opernaufführungen im Schloßtheater von Drottningholm seit langem das größte Interesse. Es hat sich so eingependelt, daß Drottningholm teils eigene Produktionen, teils Gastspiele der *Königlichen Oper Stockholm* präsentiert.

So Rossinis „Cenerentola", die der Kölner Opernchef Michael Hampe hier vor zwei Jahren inszenierte und die zum Auftakt der diesjährigen Festspiele wiederaufgenommen wurde. Hampe benutzt nämlich geschickt die noch immer originale und inzwischen auf der Welt einzigartige Bühnenmaschinerie von 1766. Hampe hat mit viel Liebe zu solchen Details eine phantasievolle und höchst amüsante Vorstellung ausgedacht.

Am Pult sorgte Carlo Felice Cillario mit Genauigkeit und Temperament für den richtigen Rossini-Ton, der auch von den Sängern aufgegriffen wurde. Allen voran Sylvia Lindenstrand mit ihrem weich timbrierten und geläufigen Mezzo in der Titelpartie. Erik Saedén sang den Prinzenlehrer Alidoro mit noch immer markigem Baß, Carl-Johan Falkman als Dandini war die eigentliche Sängerentdeckung dieses Drottningholmer Sommers.

Seinen Mozart-Zyklus hat Drottningholm in diesem Jahr mit „Cosi fan tutte" fortgesetzt, unter der Regie von Willy Decker, der den Experimenten, die seine schwedischen Kollegen hier in den letzten Jahren an Mozart unternahmen, gründlich abschwört. Ihm war es einfach darum zu tun, mit viel Stilgefühl Personen und Handlung lebendig werden zu lassen.

Als Handicap erwies sich, daß man die Aufführung mit zwei Besetzungen einstudierte, einem sehr talentierten jungen Ensemble und einer Equipe *international* klangvoller Namen für eine Schallplattenproduktion: Rachel Yakar, Alicia Nafé, Georgine Resick, Gosta Winbergh, Tom Krause und Carlos Feller. Das klang zwar dann ausgezeichnet, aber der Ensemblegeist, den Mozart wohl doch am meisten braucht, war dahin. Geteilter Meinung kann man über des Dirigenten Arnold Östmans Versuch sein, das Spiel auf historischen Instrumenten zu kultivieren.

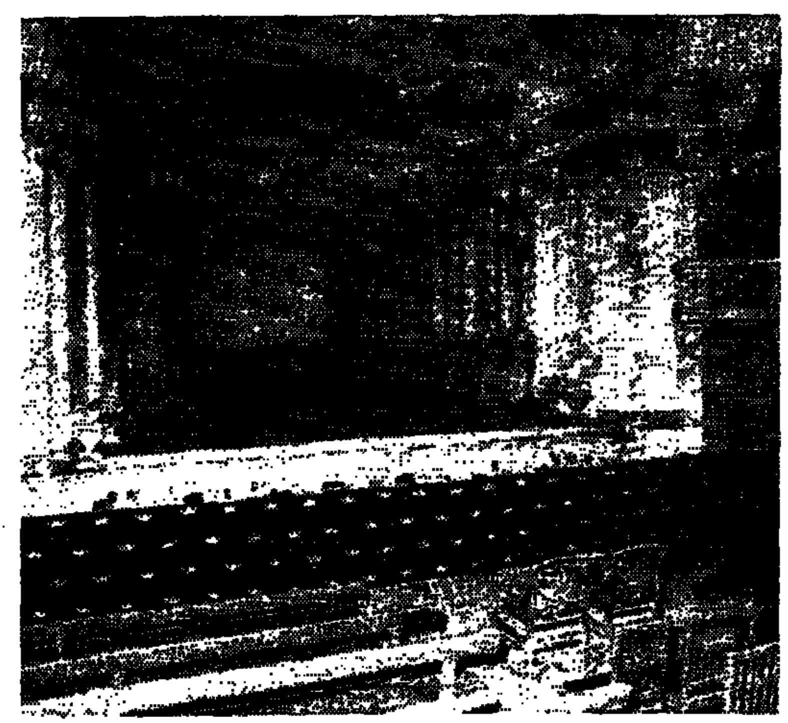
Ganz auf historischen Pfaden wandelte Drottningholm mit einem aus Oper und Konzert gemischten Abend, der neben Cimarosas „Maestro di capella" (mit Erik Saedén) und der c-Moll-Symphonie von J. M. Kraus auch Jiri Bendas Melodram „Medea" offerierte. Kim Anderzon, assistiert vom Regisseur Per-Erik Öhrn, gab eine vortreffliche Megäre ab, wenngleich das Stück in diesem mehr auf Unterhaltung zielenden Rahmen wohl in seinem tragischen Gestus nicht zur vollen Wirkung kam. Eine weitere interessante Ausgrabung steht zum Schloß der Drottningholmer Sommersaison noch aus: Martin y Solers „L'Arbore di Diana" als Gastspiel der Stockholmer Oper.

Das Schauspiel tut sich in Drottningholm weit schwerer als die Oper, selbst wenn es mit einer Rarität wie Holbergs Theaterstück „Henrik und Pernille" aufwarten kann, das als Gastspiel aus Kopenhagen kam und als Huldigung zu Holbergs 300. Geburtstag gedacht war. Es kamen so wenig Zuschauer, daß man den hinteren Teil des Theaters mit einem alten Vorhang drapierte.

Was man außerhalb Schwedens kaum weiß: Drottningholm hat ein Schwestertheater, und zwar am Königlichen Schloß Ulriksdal im Norden Stockholms. Selbst in Schweden war es lange Zeit vergessen, Mitte des vorigen Jahrhunderts ließ man es zu einem Jagdsaal umbauen. Inzwischen freilich versucht man, den Bau als Theater wiederzuerwecken. So werden dort im Sommer Konzerte gegeben, bei denen die Musiker ohne Gage mitwirken, um den Erlös ganz der Restaurierung des Theaters zukommen zu lassen. Es wird ein schwieriges Unterfangen bleiben, da es kaum noch Unterlagen über das ursprüngliche Aussehen des Theaters gibt, es ohnehin wohl niemals ganz den Glanz von Drottningholm hatte. Aber auch Drottningholms Dornröschenschlaf dauerte von 1800 bis 1921.

Außerhalb Stockholms, das den Hauptstädtern auch noch Konzerte im Reichssaal des Schlosses bietet, konzentriert sich das Interesse der Opernfreunde mehr und mehr auf die Akademie von Vadstena, wo man jedes Jahr ein oder zwei vergessene Opern auf den Prüfstand holt. In diesem Jahr Dittersdorfs „Opera buffa", ein Singspiel über die Oper, die Welt des Theaters, die Launen der Sänger. Lange verschollen, wurde die Partitur vor einigen Jahren in einem italienischen Archiv wiederentdeckt, im vorigen Jahr erstmals wiederaufgeführt und nun fürs Fernsehen aufgezeichnet. Sicher nicht mehr als eine geistvolle und amüsante Nichtigkeit, aber eben das erwartet man von Schwedens Sommerfestspielen wohl vor allem.

LARS HOLMERT



Schwedens Beitrag zur sommerlichen Festspielsaison Europas: Die Bühne des Schloßtheaters Drottningholm FOTO: TOMMY PEDERSEN

JOURNAL

Streit um jüdische Manuskripte aus Berlin

SAD, New York

Eine juristische Auseinandersetzung ist um 59 kostbare Manuskripte und Dokumente der ehemaligen Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums entbrannt, die vom New Yorker Auktionshaus Sotheby's am 26. Juni trotz Einspruchs verschiedener jüdischer Gelehrter und Organisationen versteigert worden waren. Sie hatten insgesamt einen Preis in Höhe von 1,45 Millionen Dollar erbracht. Unter der Beschuldigung, die Versteigerung vorgenommen zu haben, obwohl bekannt war, daß der Verkäufer keineswegs der Eigentümer war, hat die New Yorker Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Sotheby's eingeleitet. Ziel der Staatsanwaltschaft ist es, den Weg der Dokumente von Berlin bis zur Versteigerung in New York vor wenigen Wochen lückenlos aufzuklären. Zunächst wird die Sicherstellung der Dokumente erstrebt.

Einstweilige Verfügung im Wenders-Prozeß

dpa, Berlin

Im Streit um die Verleihrechte an Wim Wenders' preisgekröntem Film „Paris/Texas" hat das Landgericht Berlin eine durch einen Koproduzenten erwirkte Einstweilige Verfügung bestätigt. Das Gericht gab dem Antrag der Münchner Pro-Ject Filmproduktion statt und verbot der Berliner Road Movie Filmproduktion und ihrem Gesellschafter Wim Wenders, über die Verleihrechte an dem Spielfilm zu verfügen. Der zweite Passus der Einstweiligen Verfügung, der den *Road Movies* öffentliche Erklärungen zum Verleihvertrag untersagte, wurde auf Antrag beider Prozeßparteien gestrichen.

Karajan mit den Wienern erstmals in Luzern

AFP, Luzern

Herbert von Karajan dirigiert am 31. August und am 1. September bei den internationalen Musikwochen in Luzern erstmals die Wiener und nicht die Berliner Philharmoniker. Das Programm der Konzerte steht noch nicht fest. Im vergangenen Jahr hatte der Dirigent in Luzern noch mit den Berliner Philharmonikern gastiert. Die internationalen Musikwochen in Luzern, die bis zum 8. September andauern, stehen in diesem Jahr im Zeichen der tschechoslowakischen Musik.

Händel-Gedenkstätten in Halle restauriert

AFP, Berlin

In Halle werden zur Zeit die Georg-Friedrich-Händel-Gedenkstätten restauriert. Anlaß sind die von der „DDR" geplanten Händel-Ehrungen im kommenden Jahr zum 300. Geburtstag des Komponisten. Seit einigen Monaten wird das Geburtshaus Händels restauriert und um ein Nebengebäude für das Händel-Museum erweitert. Nach der Wiedereröffnung im Februar 1985 sollen in dem erweiterten Bau auch die Händel-Gesellschaft, die Hallesche „Händel-Ausgabe" und die Werkstatt für historische Instrumente untergebracht werden. Georg Friedrich Händel wurde am 23. Februar 1685 in Halle geboren und starb am 14. April 1759 in London, wo er in der Westminster Abbey beigesetzt wurde.

Zu viele historische Gärten zu Biotopen?

dpa, Köln

Nach Schätzung des Deutschen Heimatbundes gibt es in der Bundesrepublik 2500 bis 3000 historische Gärten, die zum größten Teil verwildert, aber durchaus restaurierbar sind. Diese Kunstwerke von oft europäischem Rang dürften „nicht zu Miniatur-Urwäldern vergammeln", so der Präsident des Bundes, Dr. Hans Tiedeken. Es sei keine Lösung, wenn der Naturschutz die meist als Englische Gärten gestalteten Parks bei Adelssitzen in Biotope verwandele.

Stolberg-Wernigerode in München gestorben

W.G., Hamburg

Er gehörte zu den Stillen im Lande. Tages- oder Hochschulpolitik war nicht seine Sache. Nun ist er im biblischen Alter von 91 Jahren in Hamburg gestorben: der Historiker Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, dem München nach seiner Rostokker Zeit zur Wahlheimat geworden war. Sein Hauptverdienst, von der Öffentlichkeit kaum notiert, lag in der Herausgabe der neu gefaßten „Allgemeinen Deutschen Biographie", deren Werdegang er von 1950 bis 1968 betreut hat. Solche Arbeit braucht einen Historiker von Augenmaß und Gediegenheit, ohne Kotau vor modernen soziologischen Mätzchen. Aber er hat uns auch ein Werk von bleibendem Rang geschenkt, „Die unentschiedene Generation", die Analyse der deutschen konservativen Führungsschichten am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Andere Arbeiten galten u.a. der Zeit Bismarcks.

Die Riesenschnitzel und die Steuerfahnder

Zu große Portionen machte Österreichs Fiskus stutzig

AP, Linz

Im sommerlichen Österreich, das von der Affäre um den ehemaligen Finanzminister Hannes Androsch ganz in den politischen Bann gezogen ist, sorgt gegenwärtig der einsame Kampf eines Schnitzelwirtes gegen das Finanzamt im oberösterreichischen Altenschlag für Aufsehen. Nicht komplizierte oder undurchsichtige Geldtransaktionen, sondern über den Tellerrand hinausragende Schnitzelportionen waren den Finanzbehörden verdächtig. Dem Gastwirt Franz Windsteiger flatterte daraufhin ein Steuernachzahlungsbescheid von 163 000 Schilling (umgerechnet rund 20 000 Mark) ins gastliche Haus.

Die Finanzbeamten gehen bei ihrer Kalkulation von der eingekauften Fleischmenge aus: Pro Schnitzel werden ortsüblich 180 Gramm Fleisch angesetzt. Der über die Grenzen der Gemeinde hinaus bekannte Wirt besteht jedoch darauf, daß seine Schnitzel seit Jahr und Tag 220 Gramm wiegen. Das sei sein Markenzeichen.

Beamte aßen „Probe" und waren zufrieden

Gerade die Größe seiner Portionen und seine mäßigen Preise – Schnitzel plus Beilage 55 Schilling (etwa 7,70 Mark) brachten ihm jahrelang die Gäste aus dem weiten Umkreis und aus der Landeshauptstadt Linz ins Haus. Die Finanzbeamten, die selbst zu ihrer übergroßen Zufriedenheit „probegegessen" haben sollen, zeigten sich nun wenig dankbar und schlossen aus der eingekauften Menge Fleisch, daß zu wenige Portionen versteuert wurden und verfügten also die Nachzahlung.

Die ersten Zeitungsberichte in Lokalblättern, die schnell von überregionalen Zeitungen aufgenommen wurden, lösten eine Sympathiewelle für den Schnitzelwirt aus. Windsteiger berichtet, daß zahlreiche Anrufe kämen, in denen langjährige Gäste die Größe der Schnitzel bestätigten. Schon lägen 450 Schreiben vor, in denen die Schnitzelgröße über Jahre „dokumentiert" werde. Selbst hohe Finanzbeamte und Angehörige der Landesverwaltung hätten sich schon zu Wort gemeldet und seien – incognito – bereit, für ihn auszusagen.

„Köder" als Anreiz und alle, alle kamen

Im Jahre 1956 hatte Windsteiger das Gasthaus von seinem Vater übernommen, und seit den siebziger Jahren verfügt es über eine richtige Küche. Damit er nicht wie die meisten früheren Konkurrenzgasthöfe angesichts schwacher Nachfrage die Türen schließen mußte, ließ sich der Wirt die großen Portionen als „Köder" einfallen. Dank dieses Anreizes sind die 80 Plätze im Lokal und die 100 weiteren im Saal fast immer gut besetzt. Und seit Beginn des Finanzstreits kommen noch mehr Gäste, von noch weiter weg. Am vergangenen Sonntag meldete der streitbare Wirt sogar ein ausverkauftes Haus.

Nun aber fürchtet er, daß er durch das Finanzamt zu kleineren Portionen gezwungen werden könnte, wenn sein Widerspruch keinen Erfolg haben sollte. „Dann sind die Leut beim Teufel", ängstigt sich Windsteiger.

Die öffentliche Hand
FOTO: DPA, aufgenommen vor der neuen Post in Köln-Welden

Ein Held rastet aus und wird zur traurigen Figur

Verhaftet: der Polizist, der „Bomben-Attentat" verhinderte

WOLFGANG WILL, New York

Dieser Held des nach-olympischen Los Angeles war nicht müde, wie man es nach dermaßen strapazierenden Wochen erwarten müßte, nein: Dieser Held, der 40 Jahre alte Polizist Jimmy Pearson, wollte noch heldenhafter sein als in seiner ehrenvollen Vergangenheit, in der er sogar von einem US-Präsidenten belobigt worden war.

Für nur wenige Stunden stand Jimmy Pearson im Rampenlicht wie die Sportler, die er zwei Wochen lang beschützt hatte. Aber in diesen wenigen Stunden überschlugen sich die Ereignisse:

Von seinem Polizeipräsidenten, Daryl Gates, war er als „wahrer Held" gefeiert worden, nachdem Pearson „unter Einsatz seines Lebens" eine Bombe in der Felge eines Olympia-Busses entdeckt und unschädlich gemacht hatte. Er hatte die Röhrenbombe an sich gepreßt und war dmit 60 Meter weit auf ein freies Flugplatzvorfeld gerannt, so daß im Falle ihrer Explosion nur er und niemand anderer zu Schaden gekommen wäre. Das türkische Außenministerium schickte dem State Department eine Dankesdepesche, womit Pearson auch internationale Anerkennung gefunden hatte – der Bus, an dem die Bombe angebracht worden war, beförderte das Gepäck der türkischen Olympioniken, und die Türken galten aufgrund armenischer Drohungen als besonders gefährdet.

Doch dann plötzlich brach das Heldenstück des Jimmy Pearson zusammen wie ein Kartenhaus. Der Bus war im Rahmen der strikten Sicherheitsvorkehrungen mehrfach überprüft worden, und die Sicherheitsexperten konnten sich einfach nicht vorstellen, wie die Bombe trotzdem angebracht werden konnte. Pearson wurde deshalb einem Lügendetektor angeschlossen und gestand, nachdem er diesen Test nicht bestanden hatte: Er hatte die Bombe selbst gebastelt und erst 15 Minuten, bevor er sie „entdeckte", an der Felge angebracht. Damit machte sich der vielfach ausgezeichnete Polizist Pearson zu einer Art Ritter von der traurigen Gestalt: Ein Held, der noch heldenhafter erscheinen wollte.

Der Held: Einmal hatte Pearson einen Mord allein, ohne Hilfe anderer aufgeklärt. Ein andermal hatte er das Leben eines Mannes durch Mund-zu-Mund-Beatmung gerettet. Vor sechs Jahren geriet er in eine Schießerei. Sein Leben verdankt er nur dem Umstand, daß er seine Panzerweste trug. Ex-Präsident Gerald Ford schrieb ihm einmal, weil Pearson sich auch als Mitglied einer präsidentiellen Eskorte hervorgetan hatte.

Und jetzt sah dieser Jimmy die Olympischen Spiele als die Gelegenheit, sich im Ansehen noch höher zu hangeln. Eine inoffiziell gegebene Begründung, er habe in letzter Zeit einige Schwierigkeiten mit Vorgesetzten gehabt und wollte die durch seine „Heldentat" aus dem Wege räumen, darf bezweifelt werden: Denn wäre dem so, hätten diese Vorgesetzten Pearson nicht zu den „besten zehn Prozent unserer Beamten" erklärt und in den „inneren Kreis" der Sicherheitsbeamten des Anti-Terroristen-Aufgebots aufgenommen. Es scheint eher, als habe der Held eine neue Heldentat für sein Ego nötig gehabt. Diese Sucht kann ihm bis zu sechs Jahre Haft einbringen.

Letzte Boeing 727 rollt vom Band

SAD, Renton

Für Tausende von Arbeitern der Boeing-Flugzeugwerke kam am Dienstag ein nostalgischer Moment: Die letzte Boeing 727 rollte vom Band. Zwanzig Jahre lang hatte die Produktion des dreistrahligen Jets rund 10 000 Arbeiter der Boeing-Werke in Renton, südlich von Seattle, beschäftigt gehalten. „Ich kann es nicht sehen, daß sie abgeschafft wird, aber wie alles andere – irgendwann muß einmal Schluß sein", meinte Wilson Lindsay, ein Schichtleiter der Firma. Von dem Passagierjet, dessen erstes Modell am 9. Februar 1963 erstmalig flog, sind insgesamt 1832 Stück gebaut worden. Die letzten Jets waren alles Frachter des Typs 727-200 für die Luftfrachtfirma „Federal Express". „Die 727 ist wahrscheinlich das beliebteste Flugzeug, das sich noch im Dienst befindet. Das gilt für Piloten und Passagiere gleichermaßen", sagte Pilot S. Lewis „Lee" Wallick, der das erste Modell testgeflogen hatte, und auch beim letzten wieder im Cockpit saß. Wie beliebt und ausdauernd die „727" ist, zeigte die Abwesenheit des ersten Modells. Im Besitz der Fluggesellschaft „United Airlines" befindlich, war die Maschine wegen des starken Urlaubsverkehrs unabkömmlich. Der Jet hat mittlerweile 47 180 Flugstunden hinter sich gebracht und wurde bereits viermal generalüberholt.

Tödliche Blutsbrüderschaft

AP, Berlin

Verblutet ist ein 48jähriger Berliner, weil er mit einem Freund Blutsbrüderschaft schließen wollte. Der Mann war vorgestern abend in der Wohnung seines 47jährigen Bekannten tot aufgefunden worden. Der Überlebende gab an, beide hätten Blutsbrüder werden wollen und sich deshalb Schnitte an den Handgelenken beigebracht, um ihr Blut miteinander zu mischen. Nach Angaben des Gerichtsmediziners starb der 48jährige an Ausblutung. Sein Bekannter habe ambulant behandelt werden müssen. Die Ermittlungen dauern an.

Dunkelheit nach Erdbeben

dpa, Tokio

Zum dritten Mal in dieser Woche ist die südjapanische Hauptinsel Kyushu gestern von einem Erdbeben mittlerer Stärke heimgesucht worden. Nach Angaben der Meteorologischen Behörde hatte das Beben um 3.30 Uhr Ortszeit die Stärke vier auf der siebenteiligen japanischen Skala. In 200 000 Haushalten fiel die Stromversorgung aus. Mehrere Züge wurden automatisch gestoppt. Auch der Iran ist gestern von zwei Erdbeben erschüttert worden, deren Zentren 1250 Kilometer weit auseinander im Westen und Südosten des Landes lagen. Die Stärke der beiden Beben wurden mit 4,6 beziehungsweise 5,3 auf der Richter-Skala angegeben.

Europäisches Kriminalamt

dpa, Berlin

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BdK) hält die Schaffung eines „westeuropäischen Kriminalamtes" für notwendig. Der Bundesvorsitzende Ingo Hermann erklärte gestern in Wiesbaden, daß sich die Sicherheitslage in Europa nach einem Abbau der Grenzkontrollen ändern würde. Deshalb müßten die Sicherheitsbehörden aller beteiligten Staaten intensiver zusammenarbeiten.

Staatsanwalt pro Mafia?

Justiz kündigt Korruption in eigenen Reihen Kampf an

KLAUS RÜHLE, Rom

Den Kampf gegen die sizilianische Mafia führen in vorderster Front Richter und Staatsanwälte. Einige von ihnen haben diese Mission mit dem Leben bezahlt: Vor einem Jahr Rocco Chinnici und unlängst Ciaccio Montalto. Ein lebensgefährlicher Kampf also. Daher nimmt es nicht wunder, wenn immer wieder hohe Justizbeamte einen bequemeren Weg wählen, mit dem mächtigen Gegner „auszukommen". Zur letzteren Kategorie gehört der Anklage nach der Staatsanwalt Antonio Costa (51) in Trapani. Er soll in die Ermordung seines Amtsvorgängers Montalto verwickelt sein. Veranlaßt wurde die Festnahme von Oberstaatsanwalt Sebastiano Patanè, der eine Woche zuvor im parlamentarischen Mafia-Ausschuß schwere Vorwürfe gegen einen Teil der sizilianischen Richter erhoben hatte.

Sie kämen ihrer Pflicht nur unvollkommen nach. Deshalb sei der Staat nicht in der Lage, einen wirkungsvollen Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu führen. Diese Anklage löste heftige Polemik in Richterkreisen aus. Wie zur Bekräftigung seiner These ließ Patanè seinen Kollegen Costa verhaften. Die Untersuchung ist noch im Gange. Doch scheint festzustehen, daß Costa nicht nur Schmiergelder kassierte, sondern sogar mit Mafia-Bossen unter einer Decke steckte. In seiner fürstlichen Eine-Million-Mark-Villa in Castellamare del Golfo bei Trapani wurden umgerechnet 115 000 Mark in bar und fünf frisch geölte, das heißt einsatzbereite Pistolen mit Hunderten von Patronen gefunden. Der Untersuchungsrichter Claudio Lo Curto vermutet in diesen Summen „schmutziges" Geld, das der Richter keiner Bank anzuvertrauen wagte. Von den fünf Pistolen hatten nur zwei einen Waffenschein. Besonders verdächtig ist auch die Tatsache, daß auf einem der Schießeisen die Kontrollnummer entfernt worden war.

Costa galt in Trapani als die rechte Hand Ciaccio Montaldos, der sich nach der Entführung des Industriellen Michele Roditti und der anschließenden Mordserie im Mafia-Milieu um die Aufklärung der Affäre bemüht hatte, bis er erschossen wurde. Hauptangeklagte waren die Brüder Salvatore und Antonio Minore, die sich jedoch rechtzeitig durch Flucht der Justiz entzogen.

Nach der Ermordung Montaltos wurde die Akte an Richter Dino Cerami und Staatsanwalt Costa weitergereicht. Beide hatte die Mafia offenbar zu bestechen versucht. Vermutlich steckten sogar die Minore-Bosse dahinter. Den Versuch unternahm freilich dessen inzwischen verhafteter Statthalter Giuseppe Cizio. Bei Cerami hatte Cizio kein Glück, bei Costa um so mehr. Während nämlich der Richter das Untersuchungsverfahren mit dem Resultat abschloß, das Hauptverfahren zu eröffnen, bemühte sich Costa hingegen in einem meisterhaften Plädoyer um Freisprüche. Und er schafft es. Die Mafia-Bosse Minore wurden – in Abwesenheit – freigesprochen.

Nun wird Korrumpierern und Korrumpierten der Prozeß gemacht. Patanè will ein Exempel statuieren. Ob zu der Anklage der Bestechlichkeit auch noch die der Mittäterschaft an der Ermordung Montaltos erhoben werden wird, bleibt offen. Auf die Frage, ob es mutige Untersuchungsrichter gebe, hatte Costa vor kurzem sibyllinisch erklärt: „Man kann nicht den Helden spielen."

In der italienischen Presse wird eingeräumt, daß es für sizilianische Richter nicht leicht sei, gegenüber einer so brutalen Organisation wie der Mafia Haltung zu bewahren. Die Richterin Daniela Giglio hat dieser Tage zur Begründung ihres Versetzungsgesuches in eine mafiafreie Gegend von der richterlichen Vereinsamung, der Taubheit und Verständnislosigkeit des sie umgebenden Milieus gesprochen.

Durchforstet ganz Lateinamerika wirklich seinen Kokain-Dschungel?

Überall Jagd auf Drogenhändler / Vorstoß bei der UNO / Große Erfolge in Kolumbien

W. THOMAS/DW. Miami

In Lateinamerika ist der Kampf gegen das Rauschgift in eine neue Phase geraten. Sechs Länder haben in einer Botschaft an die Vereinten Nationen die Forderung erhoben, den Handel mit Rauschgift zu „einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu erklären. Die Regierungen schlugen ferner vor, einen internationalen Fonds einzurichten, der Entwicklungsländer beim Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen solle.

Aber es bleibt nicht mehr nur bei Absichtserklärungen. Die brasilianische Polizei hat gestern im Bundesstaat Mato Grosso eines der größten bisher bekanntgewordenen Kokain-Labors des Landes ausgehoben. Die Anlage hat einen Wert von neun Millionen Dollar.

Schlagzeilen macht auch Bolivien. Das Land, dem nachgesagt wird, es sei bis in höchste Regierungskreise mit der Kokain-Mafia liiert, führt zur Zeit einen gnadenlosen Kampf gegen die Rauschgiftbosse. 1500 Mitglieder der bolivianischen Sicherheitskräfte halten seit Tagen die Chapare-Region besetzt, das Kokain-Zentrum der Anden-Nation. Die Regierung des Präsidenten Herman Siles Zuazo will dem lukrativsten Gewerbe des Landes das illegale Handwerk legen.

Nicht nur in Bolivien, in ganz Lateinamerika ist der Krieg gegen den Feind Kokain eröffnet worden. Überall warnen plötzlich Politiker vor den Gefahren. Zu den Initiatoren der UNO-Resolution gehört auch der neue ecuadorianische Präsident Leon Febres Cordero. Mitunterschrieben haben seine Kollegen aus Bolivien, Kolumbien und Venezuela.

Die bisher dramatischsten Erfolge konnten die Kolumbianer vorweisen, die den Kokain-Clan derart in die Defensive drängten, daß dieser gar kapitulieren will – falls die Regierung Amnestie gewährt. Dazu werde es nicht kommen, gelobte Präsident Betancur.

Betancur ließ nach der Ermordung des Justizministers Rodrigo Lara Bonilla durch Rauschgifthändler eine Offensive gegen die Branche starten. Sicherheitskräfte schlossen bereits mehr als zwanzig Labors. Die von den USA gesuchten und seit Jahren sicher in Bolivien lebenden Personen laufen plötzlich Gefahr, ausgeliefert zu werden. Die Justizbehörden in Miami hoffen wieder.

Selbst Venezuela und Brasilien, in der Vergangenheit selten mit dem Rauschgiftproblem assoziiert, werden aktiv. Beide Länder dienen verstärkt dem internationalen Drogenhandel als Umschlagplätze. Durch Venezuela gehen jährlich 15 Tonnen Kokain. Von Brasilien wird die heiße Fracht nach Europa transportiert. Kolumbien und Brasilien wollen eine interamerikanische Polizeiorganisation schaffen. Venezuela, eine Nation mit einer halben Million Süchtigen bei 18 Millionen Einwohnern, warnt die Jugend durch Fernsehappelle vor dem Rauschgiftgenuß. Präsident Jaime Lusinchi unterzeichnete ein Gesetz, das Rauschgiftvergehen mit 30 Jahren Gefängnis ahndet, die Höchststrafe des Landes.

Die wichtigste Schlacht des lateinamerikanischen Kokain-Krieges wird in Bolivien geschlagen. Etwa die Hälfte der gesamten Kokainproduktion der Welt stammt aus diesem Land. Die Rauschgiftbranche verbucht Umsätze von mehr als zwei Milliarden Dollar im Jahr und beschäftigt zehntausende Menschen.

Die Chapare-Region, in die jetzt die Soldaten entsandt wurden, liefert wiederum 70 Prozent der nationalen Produktion. Es ist ein malerisches Vorandengebiet mit subtropischen Temperaturen, 300 Kilometer von der Hauptstadt La Paz entfernt. Touristen sind fasziniert von den kleinen Ortschaften, der Indio-Bevölkerung und den farbenprächtigen Märkten – die Coca-Blätter anbieten. Sinahota, 3000 Einwohner, gilt als „Kokain-Hauptstadt" Boliviens.

Niemand weiß, ob die Regierung tatsächlich ihr Ziel erreicht. Viele Pressekommentatoren äußerten sich skeptisch. Fest steht bereits, daß die meisten Rauschgifthändler nicht gefaßt wurden: 20 000 Personen ergriffen die Flucht. Die Medien würdigten jedoch den „Mut" des Präsidenten. Er unterscheidet sich von jenen Amtsvorgängern wie Luis Garcia Meza, die Millionen mit Kokain verdient haben.

SAD

LEUTE HEUTE

Kursänderung

Liz Taylor flog mit ihrer zweistrahligen „Hawker Siddeley 125" gerade den Londoner Flughafen an, als sie per Funk von **Paul McCartney** auf seinen Bauernhof in Schottland eingeladen wurde. Stumm wies der Star seinen Piloten an, den Kurs zu ändern. Als der Privatjet 800 Kilometer nördlich des ursprünglichen Zielflughafens auf der kleinen NATO-Basis Machrihanish landete, wartete dort schon der Hubschrauber des gastfreundlichen Ex-Beatle.

Nicht knickerig

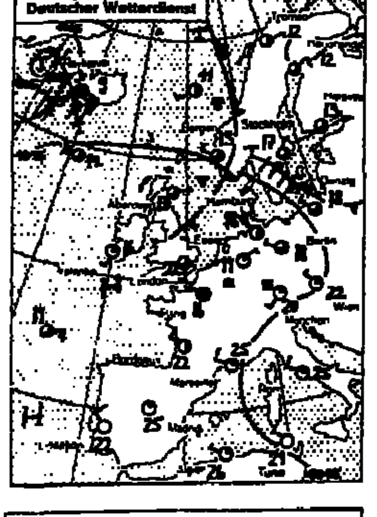
Samuel Johnson, Vorstandsvorsitzender eines Poliermittelwerkes in Milwaukee (USA), lud die 500köpfige Belegschaft der britischen Tochterfirma zu einem fünftägigen Besuch des Mutterunternehmens ein. Kostenpunkt des „Betriebsausflugs": 1,2 Millionen Mark. Kommentar der Packerin **Gladys Sheppard**: „Eines muß man den Amerikanern lassen. Knickerig sind sie nicht."

Unter der Haube

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit im engsten Kreis von 130 Freunden heiratete vorgestern **Patti Davis**, die Tochter von Präsident **Ronald Reagan** und seiner Frau **Nancy** den 25 Jahre alten Yogalehrer **Paul Grilley** in Beverly Hills. Einzige Aufgabe des Vaters war es, seine Tochter zum Altar zu führen und auf die Frage des Pastors, ob er seine Tochter in den Stand der Ehe entlassen wolle, zu antworten: „Ihre Mutter und ich wollen es." Wirklich?

WETTER: Veränderlich

Wetterlage: Ein vom Ostatlantik nach Deutschland gerichteter Hochkeil bestimmt das Wetter. Der Norden und Nordosten wird von der Kaltfront eines Tiefs über Südschweden gestreift.



Stationen ... bedeckt ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion

Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden und Osten zeitweise stark bewölkt und vereinzelt Schauer, nachmittags und abends einzelne Wärmegewitter. Höchsttemperaturen zwischen 18 Grad im Norden und 24 Grad im Südwesten, Tiefstwerte in der Nacht 15 bis 10 Grad. Schwacher, im Norden zeitweise mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Heiter bis wolkig, trocken und warm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	31°
Bonn	18°	Kopenh.	19°
Dresden	18°	Las Palmas	23°
Essen	19°	London	22°
Frankfurt	21°	Madrid	25°
Hamburg	18°	Mailand	23°
List/Sylt	18°	Mallorca	27°
München	20°	Moskau	15°
Stuttgart	21°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	15°
Amsterdam	19°	Paris	16°
Athen	26°	Prag	20°
Barcelona	23°	Rom	25°
Brüssel	20°	Stockholm	17°
Budapest	24°	Tel Aviv	32°
Bukarest	25°	Tunis	29°
Helsinki	13°	Wien	22°
Istanbul	25°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 6.11 Uhr, Untergang: 20.40 Uhr; **Mondaufgang:** 22.52 Uhr, Untergang: 12.06 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Tigran Petrosjan – manche sterben vor ihrem Tod

Von KLAUS GEHRMANN

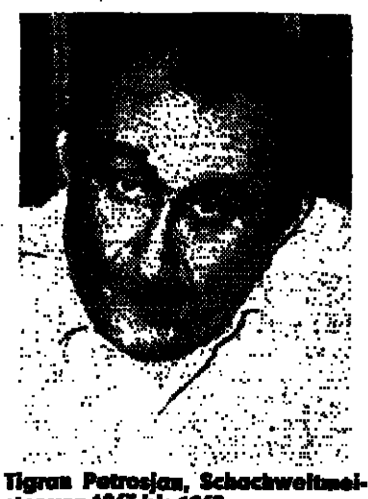
Manche sind glücklich und zufrieden, wenn ihre Welt aus einem kleinen Quadrat besteht, auf dem man 32 Schachfiguren auf 64 Feldern hin- und herbewegen kann. Tigran Petrosjan gehörte zu ihnen. Er konnte sein Hörgerät abschalten und versonnen in einen stillen Kosmos tauchen, in der es eine Unzahl von Zügen zu bewältigen gibt. Eine 1 mit 40 Nullen, das ist der von Mathematikern errechnete mögliche Variantenreichtum einer durchschnittlichen Großmeisterpartie. Ein unendlicher Dschungel, in dem sich Tigran Petrosjan großartig zurechtfand. Von 1963 bis 1969 war der Armenier sogar der Weltmeister des Schachs.

Manche sterben vor ihrem Tod. Auch Tigran Petrosjan, der jetzt im Alter von 55 Jahren einer schweren Krankheit erlag (s. WELT v. gestern). Vielleicht starb er schon 1971 in Buenos Aires, als er von dem jungen Amerikaner Bobby Fischer in einem Qualifikationsduell um die Weltmeisterschaft so erbarmungslos geschlagen wurde, daß er sein wundes Ego in ärztliche Behandlung geben mußte.

Vielleicht war es in den Iden des März 1977 in der verregneten Toskana, als er, quasi im Staatsauftrag, im Kandidatenmatch den „Landesverräter" Viktor Kortschnoi vernichten wollte und dabei selbst vernichtet wurde. Spätestens danach war er nie mehr der lebensfrohe Kumpel, der die Gedichte Lermontows liebte und die Musik Wagners brauchte, um seine meist freundliche Psyche kämpferisch zu stimmen. Denn zu bekämpfen gab es nicht mehr allzu viel für ihn. Petrosjan spürte, daß sich seine Karriere dem Ende zuneigte. Es wurde still um ihn.

„Chess for Fun und Chess for Blood" heißt ein Buch des Amerikanes Eduard Lasker. Für einen wie Petrosjan zählte zuletzt nur noch die blutige Version. Und das ist die eigentliche Tragik eines Mannes, der im Diagramm des Schachs mehr gesehen hat als bloß das Abbild eines Spiels. Für Petrosjan war das Schachspiel ein Sprungbrett aus der Armut seines armenischen Elternhauses in die Privilegien, die eine kommmunistische Gesellschaft ihren Schachspielern von Extraklasse gewährt. Für ihn war das Schachspiel auch eine Brücke zu Freundschaften in aller Welt. Oft und gern ging er sie, vor allem in Richtung Bundesrepublik Deutschland.

Doch in erster Linie war Schach für ihn Philosophie und Kunst zugleich. Er schrieb intelligente Abhandlungen über die tiefgründige Schönheit der „einfachen" Züge, die ihm mehr lagen als die üppigen Kombinationen. Er erwarb mit wissenschaftlichen Arbeiten über das Schachspiel einen akademischen Grad des Pädagogischen Instituts in Eriwan.


Tigran Petrosjan, Schachweltmeister von 1963 bis 1969.
FOTO: CAMERA PRESS

Sein stolzester Titel aber war ein Beiname, den ihm seine Gegner verliehen hatten: das Krokodil. Es geschah aus Respekt vor seinem Kampfstil; Petrosjan lag meist im Hinterhalt auf der Lauer und schnappte zu, wenn sich der Gegner eine Blöße gab.

Eine Zeitlang war er sogar Fußballtrainer in Moskau, „weil der Mensch sich eben für alles interessieren muß". Als der erste Sputnik um die Erde kreiste, reizten ihn die physikalischen Gesetze der Raumfahrt. Später meinte er, daß es sich auch ohne Sputniks leben ließe, nicht aber ohne die Schachfiguren.

Und ausgerechnet diesen Mann hatte das Schicksal am Ende seiner Karriere dazu gedrängt, Rache zu nehmen an Viktor Kortschnoi. Rache für die Schmach, die Kortschnoi mit seiner Flucht in den Westen 1976 der Sowjetunion und ihren Ideologen angetan hatte.

Es war ein Unternehmen, dessen unseliges Ende für den Rechner Petrosjan programmiert war. Er hatte das Schachspiel als Instrument der Politik und Rachegefühle benutzt und damit seine Waffe der Logik über Gebühr belastet. Seine Züge entsprangen nicht mehr seiner vielgerühmten Ökonomie und Präzision, sondern dem blanken Haß. Einem Haß, den er selbst vielleicht nie gewollt, der ihn aber eingefangen hatte, weil die Umstände eben so waren.

Drei Wochen lebte er mit Kortschnoi unter einem Dach, aber drei Wochen lang wechselte er mit seinem früheren Landsmann kein einziges Wort. Formalitäten erledigten die Sekundanten oder einer der sechs Männer aus dem neutralen Schiedsgericht.

Am Kampfplatz gab es nur eine Toilette. Anfangs hatten sie sich geweigert, diese Toilette gemeinsam zu benutzen, doch dann hatten sie eingesehen, daß der Fußmarsch zu einer entfernter liegenden Toilette dem anderen nur Vorteile brachte – Zeitvorteile. Der Handschlag, den sich selbst vor und nach den Partien im Nervenkrieg von Reykjavik im Jahre 1972 der Amerikaner Bobby Fischer und der Sowjetrusse Boris Spasski nicht vorenthielten, fand nicht statt. Beide taten so, als kämpften sie gegen ein Nichts.

Vielleicht war es für Tigran Petrosjan der Kampf seines Lebens – weil er überleben wollte. Er kam zwar lebend nach Moskau zurück, doch er spürte vielleicht schon selbst, daß er bereits ein toter Mann war.

ZU GUTER LETZT

Der „Durchschnittsexhibitionist" ist eher schüchtern. Aus einer Meldung der Nachrichtenagentur AP.